

Fichtner, Ferdinand et al.

Article

Sommergrundlinien 2012

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Fichtner, Ferdinand et al. (2012) : Sommergrundlinien 2012, DIW Wochenbericht, ISSN 0012-1304, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 79, Iss. 26/27, pp. 1-48

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/61169>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Sommergrundlinien 2012



von Ferdinand Fichtner, Simon Junker, Kerstin Bernoth, Franziska Bremus, Karl Brenke, Mareike Breuer, Christian Dreger, Christoph Große Steffen, Hendrik Hagedorn, David Kunst, Katharina Pijnenburg, Kristina van Deuverden und Max Winkler

Gebremste Expansion in Deutschland und der Welt 3

Weltwirtschaft: Anziehende Dynamik erst ab der Jahreswende 4

Deutschland: Krise im Euroraum dämpft Wirtschaft 21

INTERVIEW mit Ferdinand Fichtner

»Eurokrise holt deutsche Wirtschaft ein« 39

Hauptaggregate der Sektoren 2011–2013 40

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnungen für Deutschland 43

AM AKTUELLEN RAND Kommentar von Nicola Jentzsch

Ökonomen und Juristen sollten gemeinsam
für verbesserten Datenschutz arbeiten 48



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
79. Jahrgang
4 Juli 2012

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Dr. Martin Gornig
Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Nicole Walter

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Richard Ochmann
Dr. WolfPeter Schill

Lektorat

Kristina van Deuverden

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
Nicole Walter
Tel. +49-30-89789-250
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Jede Woche liefert der Wochenbericht einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Der Wochenbericht richtet sich an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – mit Informationen und Analysen aus erster Hand.

Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Jahresabo zum Vorzugspreis: Der Wochenbericht zum Preis von 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand), gegenüber dem Einzelpreis von 7 Euro sparen Sie damit mehr als 40 Prozent.

Studenten-Abo: Studenten können den Wochenbericht bereits zum Preis von 49,90 Euro im Jahr abonnieren.

Probe-Abo: Sie möchten den Wochenbericht erst kennenlernen? Dann testen Sie sechs Hefte für nur 14,90 Euro.

Bestellungen richten Sie bitte an den

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
Tel. (01805) 9 88 88, 14 Cent./min.
leserservice@diw.de

Weitere Fragen?

DIW Kundenservice:
Telefon (030) 89789-245
kundenservice@diw.de

Abbestellungen von Abonnements
spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

RÜCKBLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN

Zur Kaufkraft des Rubels im Verhältnis zur DM-West

Die Kaufkraftparität entsprach dem Verhältnis 1 Rubel = 2,92 DM, wenn dem Vergleich das sowjetische Währungsschema zugrunde gelegt wird. Zum Erwerb des westdeutschen Warenkorbs hätte der sowjetische Vierpersonenhaushalt dagegen 112 Rubel aufwenden müssen, was einer Kaufkraftparität von 1 Rubel = 2,51 D-Mark entspricht. Nach den früheren Untersuchungen des DIW ließ sich die Erhöhung der durchschnittlichen Rubel-DM-Kaufkraftrelation von 1958 bis 1960 auf etwa 8 vH (sowjetischer Warenkorb) bzw. etwa 20 vH (westdeutscher Warenkorb) veranschlagen, wobei diese Verbesserung der Verbraucher-Kaufkraftparität des Rubels im Wesentlichen das Ergebnis von Preiserhöhungen in der Bundesrepublik war.

Am ersten Juni 1962 wurden jedoch auch in der Sowjetunion die Preise für Fleisch, Fleischwaren und Butter kräftig – durchschnittlich um 30, 35 und 25 vH – erhöht. Gleichzeitig wurde der Zuckerpreis um 5 vH und der Preis für Zellwoll- und Kunstfasergewebe um 20 vH ermäßigt.

Die Preiserhöhungen betrafen Produkte, die in der Sowjetunion im Vergleich zur Bundesrepublik traditionell besonders teuer sind (die Kaufkraft des Rubels entsprach 1960 bei Kunstseide der von 0,80 DM); im Gegensatz dazu ist Fleisch, dessen Preis erhöht wurde, bisher vergleichsweise billig gewesen (die Kaufkraft des Rubels entsprach bei Fleisch der von 4,- DM). Bei unverändertem Warenkorb und bei gleichbleibenden Preisen für die übrigen Güter bewirken die am 1. Juni 1962 in der Sowjetunion dekretierten Preisveränderungen eine Erhöhung der Ausgaben eines durchschnittlichen Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalts für Nahrungs- und Genussmittel von 85,88 auf 91,63 Rbl, d. h. um 6,7 vH. Die in der Bundesrepublik von 1960 bis Mitte 1962 eingetretenen Preiserhöhungen sind bei Nahrungs- und Genussmitteln dagegen durchschnittlich auf etwa 4 vH zu beziffern. Der Aufwand für Nahrungs- und Genussmittel des Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalts nahm – ceteris paribus – von 280,95 auf 292,19 DM zu.

Wochenbericht Nr. 27 vom 6. Juli 1962

Gebremste Expansion in Deutschland und der Welt

Von Ferdinand Fichtner, Simon Junker, Kerstin Bernoth, Franziska Bremus, Karl Brenke, Mareike Breuer, Christian Dreger, Christoph Große Steffen, Hendrik Hagedorn, David Kunst, Katharina Pijnenburg, Kristina van Deuverden und Max Winkler

Die deutsche Wirtschaft wird im Prognosezeitraum deutlich schwächer wachsen als in den vergangenen zwei Jahren. Nach drei Prozent 2011 dürfte die Produktion in diesem Jahr nur noch um ein Prozent zunehmen, 2013 werden es knapp zwei Prozent sein. Die Expansion in Deutschland ist in erster Linie durch die binnenwirtschaftliche Dynamik getrieben. Erst ab der Jahreswende dürften auch die Exporte wieder stärker zulegen. Die zunächst schwächere Konjunktur wird vorübergehend wohl auch zu einem Rückgang der Beschäftigung führen; die Arbeitslosenquote bleibt mit knapp sieben Prozent in diesem und im nächsten Jahr in jahresdurchschnittlicher Betrachtung aber stabil.

Die Krise im Euroraum bremst die deutsche Wirtschaft stärker als zunächst erwartet. Nachdem die Spannungen zu Jahresbeginn abzunehmen schienen, hat mit der politischen Instabilität in Griechenland und den offensichtlich gewordenen Problemen im spanischen Bankensektor die Krise wieder an Schärfe gewonnen. Die hieraus erwachsende Unsicherheit dämpft zusätzlich zu den Sparprogrammen der Regierungen die Nachfrage in den Krisenländern und damit die deutschen Exporte. Auch die Gipfelbeschlüsse von Ende Juni dürften hieran nicht dauerhaft etwas ändern. Damit dürfte mittelfristig das Wachstum in den Krisenländern schwach bleiben; der in den Produktionsrückgängen zum Ausdruck kommende Strukturwandel wird sich noch über einige Jahre hinziehen. Ebenso eingetrübt bleiben die wirtschaftlichen Aussichten in den übrigen Industrieländern. Anhaltende Probleme auf dem Arbeitsmarkt und hohe staatliche und private Verschuldung dürften die wirtschaftliche Entwicklung bis auf Weiteres dämpfen. Auch in den Schwellenländern hat sich die Konjunktur zuletzt abgeschwächt; Geld- und Finanzpolitik haben aber mittlerweile wieder einen expansiveren Kurs

eingeschlagen, der die wirtschaftliche Entwicklung ab der zweiten Jahreshälfte etwas beschleunigen dürfte.

Die deutsche Exportindustrie trägt deshalb dieses Jahr nur moderat zum Wachstum bei. Auch die Investitionstätigkeit wird wohl verhalten sein, positive Impulse kommen im Wesentlichen von der Bauwirtschaft, vor allem wegen der günstigen Finanzierungskonditionen. Zwischenzeitlich ist daher mit einem leichten Rückgang der Beschäftigung zu rechnen, wenngleich der Beschäftigungsstand auf hohem Niveau bleibt. Trotzdem bleibt der private Konsum Hauptstütze des Wachstums, vor allem dank hoher Lohnabschlüsse und rückläufiger Preissteigerungsraten. Im kommenden Jahr dürften dann die Exporte und in der Folge auch die Investitionstätigkeit wieder etwas zulegen. Die Arbeitslosenquote wird bis Ende 2012 leicht steigen, auf etwas über sieben Prozent; für das nächste Jahr ist dank des kräftigeren Wachstums mit einem Rückgang auf etwa sechseinhalb Prozent zum Jahresende zu rechnen.

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geht in diesem Jahr langsamer voran als im Vorjahr. Die Einnahmen des Staates werden im Gefolge der wirtschaftlichen Entwicklung zwar wiederum kräftig zulegen. Vor allem aber nehmen die Ausgaben deutlich stärker zu als im Vorjahr. Neben spürbaren Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst sowie deutlichen Rentenanpassungen tragen hierzu auch diskretionäre Maßnahmen bei. Das Defizit im öffentlichen Gesamthaushalt wird 2012 auf 0,4 Prozent und im kommenden Jahr auf 0,1 Prozent zurückgehen. Auch wenn Deutschland im europäischen Vergleich damit gut dasteht, sollte die aktuell gute wirtschaftliche Lage genutzt werden, das Defizit im Bundeshaushalt schneller zurückzuführen.

Weltwirtschaft: Anziehende Dynamik erst ab der Jahreswende

Sowohl in den Schwellenländern, als auch in den großen entwickelten Volkswirtschaften machen sich die Belastungen aus der globalen Rezession der Jahre 2008 und 2009 weiterhin bemerkbar (Abbildung 1). Vor allem in den Industrieländern fehlt der Wirtschaftspolitik aufgrund weitgehend ausgeschöpfter geld- und finanzpolitischer Spielräume die Möglichkeit, die wirtschaftliche Entwicklung so wie in den vergangenen beiden Jahren durch expansive Maßnahmen zu stützen; hohe Arbeitslosigkeit und Verschuldung der Haushalte dämpfen weiterhin die Konjunktur. Wieder stärker belastend als im Frühjahr wirken außerdem die Turbulenzen im Euro-Raum, die in vielen Ländern zu massiven Einsparungen der öffentlichen Hand und zu rückläufiger Produktion

aufgrund eines begonnenen Strukturwandels führen. Zudem ist vielfach eine zurückhaltende Kreditvergabe der Banken zu beobachten. Die aufgehellte Stimmung, die zum Jahresbeginn zu beobachten war, erweist sich damit als wenig beständig.

Im Jahr 2012 dürfte die Weltwirtschaft deutlich langsamer wachsen als in den vergangenen beiden Jahren. Nach einer Wachstumsrate von vier Prozent 2011 dürfte das Expansionstempo im laufenden Jahr auf nur noch dreieinhalb Prozent zurückgehen (Tabelle 1). In der zweiten Jahreshälfte ist für die Schwellenländer allerdings dank einer auf einen expansiveren Kurs umgeschwenkten Geld- und Finanzpolitik wieder mit einer Beschleunigung zu rechnen. Dabei stützen auch die zuletzt deutlich gesunkenen Ölpreise die wirtschaftliche Entwicklung (Kasten 1). Die zunehmende Nachfrage aus den Schwellenländern dürfte gegen Ende des laufenden Jahres auch in den entwickelten Volkswirtschaften wieder zu einer leichten Belebung der Konjunktur führen. Dabei bleibt das Expansionstempo aber insgesamt gebremst: Vor allem im Euroraum, in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien wirkt die restriktive Finanzpolitik dämpfend auf die wirtschaftliche Entwicklung. In Europa, aber auch darüber hinaus, dürfte außerdem die Unsicherheit wegen der Schuldenkrise anhalten; kurzfristig sind jedenfalls keine politischen Maßnahmen in Sicht, die zu einer Entspannung führen könnten. Auch die Gipfelergebnisse von Ende Juni dürften daran nicht grundsätzlich etwas ändern. Für den Jahresdurchschnitt 2013 ist daher nur mit einer geringfügig höheren Wachstumsrate der weltwirtschaftlichen Produktion als im laufenden Jahr zu rechnen. Der Welthandel ist in diesem Umfeld zunächst ebenfalls gedämpfter als in den vergangenen Jahren. Mit der anziehenden Konjunktur in den Schwellenländern dürfte er im weiteren Verlauf dieses Jahres wieder zulegen; diese Entwicklung wird sich im nächsten Jahr fortsetzen (Abbildung 2).

Die Risiken für die konjunkturelle Entwicklung haben wieder deutlich zugenommen. Nachdem die Krise im Euroraum zu Jahresbeginn zunächst an Schärfe verloren zu haben schien, ist in den vergangenen zwei Monaten mit der nunmehr offen zutage getretenen Instabilität des spanischen Finanzsystems und den politischen Turbulenzen in Griechenland die Krise noch gravierender geworden. Eine rasche Stabilisierung der Situation ist angesichts der zunehmenden realwirtschaftlichen Schwierig-

Abbildung 1

Reales Bruttoinlandsprodukt

Index 1. Quartal 2008 = 100



Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

In vielen Industrieländern hat die Produktion das Vorkrisenniveau noch immer nicht erreicht.

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft

In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr								2010	2011	2012	2013
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013				
Euroraum	1,9	1,5	-0,4	0,6	1,6	2,7	2,3	1,7	10,1	10,2	11,2	11,2
Großbritannien	2,1	0,7	-0,3	0,9	3,3	4,4	3,2	2,5	7,9	8,0	8,4	7,9
Mitteleuropa und Balkan	4,3	5,5	4,3	4,7	5,1	4,9	5,6	4,1	10,4	9,6	9,5	9,3
Russland	4,2	4,7	4,6	4,1	6,9	8,4	4,2	6,4	7,5	6,6	6,0	6,0
USA	3,0	1,7	1,9	1,6	1,6	3,1	2,3	1,8	9,6	9,0	8,1	7,7
Japan	4,5	-0,7	2,6	1,2	-0,7	-0,3	0,4	0,0	5,1	4,6	4,7	4,8
China	10,4	9,2	7,9	8,0	3,3	5,4	3,6	3,5	4,1	4,1	3,9	3,5
Südkorea	6,3	3,6	3,6	4,9	2,9	4,1	2,9	2,7	3,7	3,4	3,3	3,2
Indien	10,3	7,0	5,5	5,8	12,0	8,9	7,0	6,6	-	-	-	-
Brasilien	7,6	2,7	2,7	4,8	5,0	6,6	5,1	5,6	6,8	6,0	5,8	5,8
Mexiko	5,6	3,9	4,1	3,6	4,2	3,4	4,2	3,9	5,4	5,2	4,9	4,9
Weltwirtschaft	5,4	4,0	3,5	3,7	3,3	4,3	3,3	3,0	7,9	7,6	7,5	7,3

Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Das Wachstum 2012 fällt deutlich niedriger aus. Die Arbeitslosigkeit geht daher nur noch leicht zurück.

Kasten 1

Annahmen bei dieser Prognose

Die vorliegende Prognose stützt sich auf die in der Tabelle aufgeführten Annahmen. Die EZB-Geldpolitik ist anhaltend expansiv ausgerichtet; für das Ende des Prognosezeitraums wird eine leichte Anhebung des Leitzinses unterstellt. Entsprechend bleiben auch die kurz- und langfristigen Kapitalmarktzinsen bis auf weiteres auf niedrigem Niveau, wengleich der Spread zwischen deutschen und europäischen Langfristzinsen im Prognosezeitraum etwas zurückgehen dürfte. Der nominale Wechselkurs zwischen US-Dollar und Euro wird gemäß der üblichen Konvention über den Prognosezeitraum konstant gesetzt, in dieser Prognose auf den Durchschnitt der letzten 30 Tage. Für die Ölpreisannahme stützen wir uns auf die Entwicklung der Preise von Futures auf Brentöl,¹ die zum Stichtag 15. Juni 2012, der allen Annahmen zugrunde liegt,

einen leichten Rückgang der Ölpreise über den Prognosezeitraum anzeigen.

Tabelle

	2011	2012	2013
EZB-Leitzins	1,25	1,00	1,09
Geldmarktzins (Euribor-Dreimonatsgeld)	1,40	0,85	1,20
Kapitalmarktzins (Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit)	3,87	3,29	3,15
Kapitalmarktzins (Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit)	2,62	1,75	2,37
Wechselkurs US-Dollar gegenüber dem Euro	1,39	1,28	1,26
Erdölpreis Brent in US-Dollar je barrel	111,8	104,8	93,9
Erdölpreis Brent in Euro je barrel	80,4	82,1	74,8

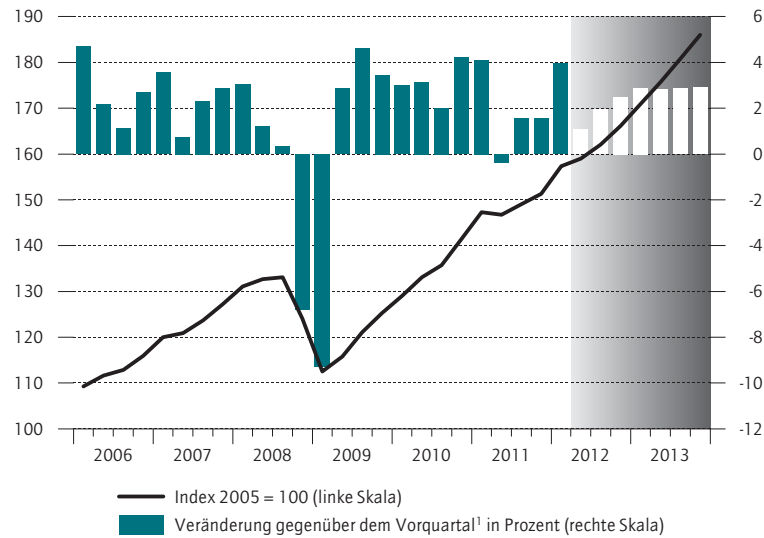
© DIW Berlin 2012

¹ Coimbra, C., Soares Esteves, P. (2004): Oil price assumptions in macroeconomic forecast: Should we follow futures market expectations? OPEC Review Vol. 24 (2), 87-106.

Abbildung 2

Welthandel

Güter- und Dienstleistungen



¹ Auf Jahresraten hochgerechnet, saisonbereinigter Verlauf.

Quelle: Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

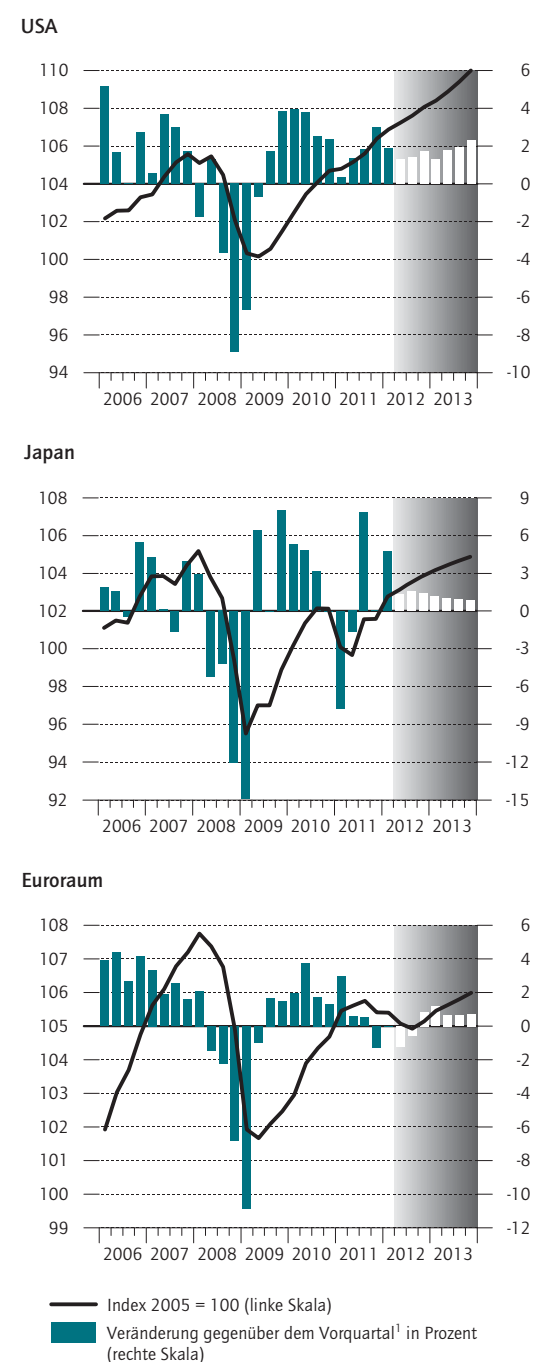
Der Welthandel dürfte im Sommerhalbjahr deutlich an Schwung verlieren, bis zum Jahresende aber wieder kräftig zulegen.

keiten in den Krisenländern wenig wahrscheinlich. Alles spricht derzeit dafür, dass es der Politik nicht kurzfristig gelingen wird, die Krise grundlegend zu entschärfen. Die vorliegende Prognose unterstellt daher, dass sich die aus der Krise resultierende Verunsicherung der Unternehmen und Haushalte bis zum Ende des Prognosezeitraums nur wenig abschwächt. Sollte entgegen dieser Annahme kurzfristig ein die Finanzmärkte überzeugender Schritt zur Lösung der Krise getan werden, so ist, jedenfalls vorübergehend, eine kräftigere als die hier prognostizierte wirtschaftliche Entwicklung denkbar.¹ Allerdings überwiegen in dieser Hinsicht die Risiken die Chancen: Eine Eskalation der Krise im Euroraum, etwa wenn große Volkswirtschaften wie Italien oder Frankreich stärker betroffen wären oder gar die Währungsunion auseinander bricht, wäre für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa, aber auch weltweit aufgrund der engen Verflechtung über die Güter- und Finanzmärkte, eine große und nicht kalkulierbare Belastung.

¹ Eine Maßnahme, die kurzfristig zu einer Entspannung der Finanzmärkte führen dürfte, wäre beispielsweise die vielfach geforderte Einführung von Eurobonds. In der mittleren bis langen Frist wären mangels einer funktionierenden Koordinierung und Kontrolle der Finanzpolitik mit einem solchen Schritt aber wohl erhebliche Stabilitätsprobleme in der Währungsunion verbunden.

Abbildung 3

Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA, in Japan und im Euroraum



¹ Auf Jahresraten hochgerechnet, saisonbereinigter Verlauf.

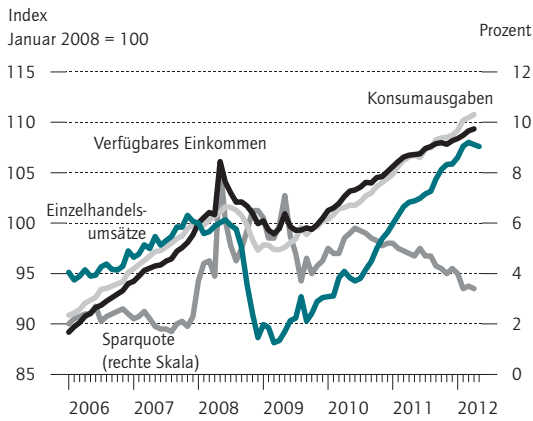
Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Das Wachstum in den Industrieländern bleibt gering, die private und öffentliche Verschuldung wirkt weiterhin bremsend.

Abbildung 4

Haushaltseinkommen und -ausgaben in den USA



Quelle: Federal Reserve.

© DIW Berlin 2012

Der Konsum der US-Haushalte hat in den letzten Monaten kräftig zugelegt; das ging vor allem auf Kosten der Ersparnisbildung.

Vereinigte Staaten

In den Vereinigten Staaten ist die Aufwärtsbewegung bis zuletzt recht kräftig gewesen (Abbildung 3). Im ersten Quartal 2012 war das Expansionstempo mit auf das Gesamtjahr hochgerechneten 1,9 Prozent etwas schwächer als im Schlussquartal des Jahres 2011; erneut war das Wachstum vor allem durch die Konsumnachfrage getrieben. Da die verfügbaren Einkommen weiterhin nur wenig zunahm, ging der Anstieg des privaten Verbrauchs erneut zulasten der Ersparnis. Die Sparquote, die im Zuge der Finanzkrise kurzzeitig auf bis zu sieben Prozent angestiegen war, ist damit weiter gefallen und liegt nun mit zuletzt 3,4 Prozent auf dem niedrigsten Stand seit Frühjahr 2008 (Abbildung 4).

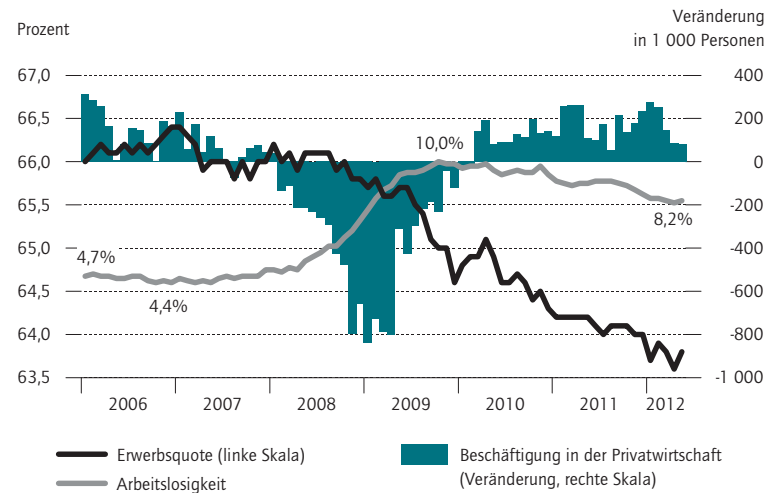
Die geringere Ersparnisbildung bremst die dringend erforderliche Entschuldung der privaten Haushalte; die private Verschuldung relativ zum verfügbaren Einkommen, die Anfang 2008 noch bei knapp 130 Prozent lag und bis Mitte 2011 deutlich auf 110 Prozent zurückgegangen war, ist in den letzten Quartalen kaum noch gefallen. Ein weiterer Rückgang der Sparquote ist unter diesen Umständen nicht zu erwarten, so dass die Konsumnachfrage im weiteren Verlauf durch die Einkommensentwicklung bestimmt sein dürfte.

Für das zweite Quartal weist die Entwicklung der monatlichen Konsumausgaben der Haushalte bis Mai zwar auf einen erneut recht kräftigen Zuwachs beim privaten Verbrauch hin, die Einzelhandelsumsätze lassen aber bereits eine deutliche Abschwächung erkennen (Abbildung 4).

Abbildung 5

Arbeitsmarktsituation in den USA

Saisonbereinigte Monatsdaten



Quelle: Bureau of Labor Statistics.

© DIW Berlin 2012

Die Arbeitslosigkeit geht nur langsam zurück, die verdeckte Arbeitslosigkeit steigt. Neue Arbeitsplätze entstehen nur in geringem Maße.

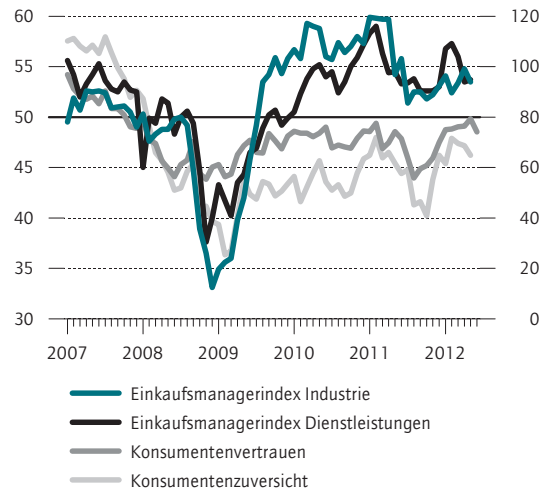
Die anhaltend schwierige Situation auf dem Arbeitsmarkt dürfte die Konsumnachfrage in den kommenden Quartalen deutlich dämpfen. Die Beschäftigungszuwächse lagen mit weniger als auf das Jahr hochgerechnet 80 000 neugeschaffenen Stellen im April und Mai deutlich unter der zum Ausgleich des Wachstums des Erwerbspersonenpotentials erforderlichen Marke von rund 200 000 Jobs (Abbildung 5). Entsprechend ist die Arbeitslosenquote im Mai leicht auf 8,2 Prozent angestiegen. Gleichzeitig verharrt die Erwerbsquote auf niedrigem Niveau. Viele Menschen haben sich also vom Arbeitsmarkt zurückgezogen; die verdeckte Arbeitslosigkeit ist anhaltend hoch. Folglich haben sich die Indikatoren für die Konsumentenstimmung zuletzt wieder deutlich verschlechtert (Abbildung 6). Die reale Entwicklung der Einkommen wird allerdings durch die sinkende Inflationsrate etwas unterstützt. Sie lag nach einem starken Rückgang im Mai mit 1,7 Prozent erstmals seit Januar 2011 unter dem Inflationsziel der Federal Reserve² von zwei Prozent und damit gleichauf mit der seit eineinhalb Jahren unter der Teuerungsrate liegenden Zuwachsrates bei den Stundenlöhnen.

Auf der Unternehmensseite hat sich die Stimmung zuletzt eingetrübt. Die Einkaufsmanagerindizes sowohl

² Die Federal Reserve hat seit Januar 2012 ein offizielles Inflationsziel von zwei Prozent formuliert.

Abbildung 6

Stimmungsindikatoren in den USA
Index



Quellen: Institute for Supply Management; Conference Board; University of Michigan.

© DIW Berlin 2012

Die Stimmung hat sich sowohl auf Produzenten- als auch auf Konsumentenseite zuletzt verschlechtert.

für das verarbeitende Gewerbe als auch für das Dienstleistungsgewerbe sind im Mai deutlich zurückgegangen (Abbildung 6). Angesichts der ungünstigeren Nachfragesituation, die sich im März und April in einem deutlichen Rückgang der Auftragseingänge der US-Industrie niedergeschlagen hat, bleibt die Investitionstätigkeit schwach. Im ersten Quartal dieses Jahres haben die Ausrüstungsinvestitionen kaum zugelegt, und auch im weiteren Verlauf des Jahres ist angesichts der gedämpften Entwicklung der Nachfrage nur mit geringer Investitionstätigkeit zu rechnen.

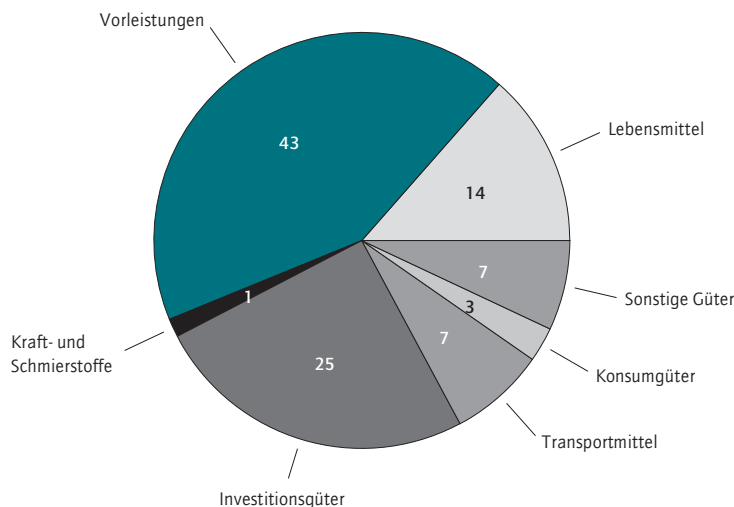
Erst gegen Ende des Jahres dürfte sich das etwas anziehende Wachstum in den Schwellenländern in einer kräftigeren Entwicklung der Exporte niederschlagen; damit wird auch die Investitionstätigkeit wieder etwas zulegen. Dabei wird sich wohl insbesondere die steigende Nachfrage aus China, mit sieben Prozent der Warenexporte der drittgrößte Exportpartner nach Kanada und Mexiko, positiv auswirken. Rund zwei Drittel der Exporte nach China sind zudem Investitions- und Vorleistungsgüter (Abbildung 7), also solche Produkte, die bei einem Aufschwung in China besonders stark nachgefragt werden.

Starke Zuwächse konnten im ersten Quartal vor allem die Bauinvestitionen verzeichnen. Dabei dürfte aber der ungewöhnlich milde Winter eine wichtige Rolle gespielt haben. Im zweiten Quartal ist das Expansionstempo wohl geringer gewesen. Die Entwicklung der Immobilienpreise weist darauf hin, dass sich die Situation am Häusermarkt nicht wesentlich verbessert. Der Case/Shiller-Preisindex erreicht immer neue Tiefststände; im März lag er mehr als 35 Prozent unter seinem Spitzenwert vom Juli 2006. Ursache hierfür ist in erster Linie die anhaltend hohe Leerstandsquote bei gewerblichen, aber auch bei Wohnimmobilien, die eine kräftige Bautätigkeit nicht erwarten lässt.

Von der Finanzpolitik kommen zudem eher restriktive Impulse. Im vierten Quartal 2011 und im ersten Quartal 2012 gingen die staatlichen Ausgaben und insbesondere die Verteidigungsausgaben bereits deutlich zurück. Für den weiteren Verlauf des Jahres ist angesichts der Präsidentschaftswahlen im November zunächst keine starke Rückführung der Staatsausgaben zu erwarten. Nach der Wahl und insbesondere ab dem ersten Quartal 2013 stehen aber Veränderungen an: Die derzeit gültige Budgetplanung sieht für das kommende Kalenderjahr eine Halbierung des Haushaltsdefizits auf Bundesebene um 750 Milliarden US-Dollar (gut fünf Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts) vor. Dabei wirken vor allem das Auslaufen von Steuersenkungen aus der Zeit der Bush-Regierung sowie Ausgabenkürzungen, unter anderem im Bereich der Verteidigung und der Sozialversicherungen, defizitmindernd; diese waren im Rahmen der Verhandlungen um die Erhöhung

Abbildung 7

Die Zusammensetzung der US-Exporte nach China 2011
In Prozent



Quelle: UN Comtrade.

© DIW Berlin 2012

Vorleistungen und Investitionsgüter machen zwei Drittel der US-Exporte nach China aus.

der Schuldengrenze im vergangenen Jahr vereinbart worden. Die Aufsichtsbehörde Congressional Budget Office (CBO) geht davon aus, dass bei voller Umsetzung der geplanten Konsolidierungsmaßnahmen die Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2013 fast vier Prozentpunkte niedriger läge als ohne diese Einschnitte.³ Angesichts einer gesamtstaatlichen Schuldenstandsquote von nahezu hundert Prozent ist der Konsolidierungsdruck allerdings hoch, so dass davon auszugehen ist, dass ein Teil der Maßnahmen umgesetzt wird: In der vorliegenden Prognose wird angenommen, dass rund ein Viertel der vereinbarten Ausgabenkürzungen (rund 50 Milliarden US-Dollar) sowie ein Teil der geplanten Steuererhöhungen umgesetzt werden.⁴ Die ohnehin geschwächte private Konsumnachfrage wird sich daher im nächsten Jahr nicht spürbar erholen. Die staatlichen Investitions- und Konsumausgaben werden 2013 einen deutlich negativen Wachstumsbeitrag leisten.

Von der Geldpolitik sind hingegen – gerade angesichts der deutlich rückläufigen Inflationsrate – weiterhin eher expansive Impulse zu erwarten. Auch die hohe Verschuldung der privaten und öffentlichen Haushalte, die bei höheren Inflationsraten leichter zu bewältigen ist, könnte aus Sicht der Federal Reserve eine expansivere Politik rechtfertigen. Die Spielräume hierfür sind allerdings begrenzt; der Leitzins liegt bereits seit Dezember 2008 nahe null. Die Federal Reserve hat signalisiert, hieran zumindest bis 2014 festzuhalten, und auch die zur Senkung der Langfristzinsen seit September 2011 laufende „Operation Twist“ vorerst bis Ende des Jahres fortzuführen.⁵ Darüber hinaus gibt es bisher keine offiziellen Ankündigungen, die Konjunktur durch andere geldpolitische Mittel zu stützen. Fed-Chairman Ben Bernanke hat bei seiner jüngsten Kongressanhörung aber weitere Maßnahmen nicht mehr explizit ausgeschlossen. Noch für das dritte Quartal 2012 ist eine Neuaufgabe der Quantitative-Easing-Programme wahrscheinlich. Nennenswerte realwirtschaftliche Effekte sind von einer solchen Maßnahme angesichts des ohnehin extrem expansiven geldpolitischen Umfelds aber nicht zu erwarten.⁶

³ CBO (2012): Economic Effects of Reducing the Fiscal Restraint That Is Scheduled to Occur in 2013. www.cbo.gov/publication/43262.

⁴ Die tatsächliche Entwicklung der Finanzpolitik im kommenden Jahr wird stark von dem Ergebnis der Präsidentschaftswahl im November beeinflusst sein. Die Prognose ist an dieser Stelle mit großer Unsicherheit behaftet.

⁵ Durch Umschichten ihrer Vermögensbestände von kurz- zu langfristigen Anlagen versucht die Federal Reserve, die langfristigen Zinsen zu senken; nach Einschätzung der BIS mit Erfolg, vgl. Meaning, J., Zhu, F. (2012): The impact of Federal Reserve asset purchase programmes: another twist. BIS Quarterly Review, März 2012. Seit September 2011 hat die Fed langfristige Papiere im Volumen von 400 Milliarden Dollar gekauft, bis zum Ende des laufenden Jahres sollen zusätzliche 267 Milliarden Dollar eingesetzt werden.

⁶ Vgl. zu den Grenzen der Wirksamkeit geldpolitischer Maßnahmen im aktuellen weltwirtschaftlichen Umfeld auch BIS (2012): The limits of monetary policy. BIS Annual Report 2011/2012, Kapitel 4.

Angesichts der schwachen Entwicklung der Konsum- und Investitionsnachfrage dürfte die Wachstumsrate der US-Wirtschaft in diesem Jahr bei für US-Verhältnisse schwachen zwei Prozent liegen. Für das nächste Jahr kann im Zuge der kräftigeren Konjunktur in den Schwellenländern zwar mit einer Belebung der Exporttätigkeit gerechnet werden; die fiskalischen Konsolidierungsmaßnahmen werden das Wachstum aber belasten, so dass die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate auf unter zwei Prozent zurückgehen wird. Für den Arbeitsmarkt ist angesichts der schwachen Konjunktur nicht mit einer Belebung zu rechnen. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt 2013 nur wenig unter acht Prozent sinken.

Süd- und Mittelamerika

In Lateinamerika war die wirtschaftliche Entwicklung zuletzt insgesamt moderat; im weiteren Verlauf dürfte sie wieder etwas dynamischer sein, da vielerorts Geld- und Fiskalpolitik einen expansiveren Kurs eingeschlagen haben.

In Brasilien hat zum Jahresauftakt die Wirtschaftsleistung nur leicht zugelegt. Die Industrieproduktion war sogar rückläufig, da die Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft mehr und mehr unter dem starken Real gelitten hatte. Als Reaktion hat die brasilianische Zentralbank ihren expansiveren Kurs fortgesetzt. Im Mai wurden die Leitzinsen erneut gesenkt, der Zinssatz liegt nun bei achteinhalb Prozent und damit vier Prozentpunkte niedriger als noch im August 2011; seit März hat der Real daher abgewertet. Auch die Finanzpolitik wirkt weiterhin nachfragefördernd. Eine Reihe von Maßnahmen, zuletzt die im Mai verabschiedeten Steuererleichterungen beim Automobilerverb sowie eine verstärkte Konsumentenkreditvergabe, im Gegenzug zu der die Regierung eine Lockerung der Eigenkapitalanforderungen für die Banken eingeräumt hat, dürfte das Wirtschaftswachstum in der zweiten Jahreshälfte anregen. Die Arbeitslosenquote bleibt daher 2012 bei knapp sechs Prozent; dies wird die Inlandsnachfrage stützen. Die Kaufkraft wird zudem von der zuletzt auf gut fünf Prozent gesunkenen Inflation gestärkt. Für 2012 ist mit einem Wachstum von knapp drei Prozent zu rechnen, 2013 dürfte die Wirtschaftsleistung um rund viereinhalb Prozent zunehmen.

In Mexiko profitierte die Exportindustrie von der zu Jahresbeginn kräftigen Entwicklung in den USA; dies hat bereits die Investitionen angeschoben und wirkt sich günstig auf Arbeitsmarkt- und Konsumententwicklung aus. 2012 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt mit knapp vier Prozent zunehmen. Im nächsten Jahr ist aber mit einer Abkühlung der wirtschaftlichen Entwicklung zu rechnen. Die argentinische Wirtschaft wird 2012 mit gut drei Prozent deutlich langsamer wachsen als 2011: Die Staatsausgaben steigen nicht mehr so stark wie noch im

vergangenen Jahr, zudem belastet der wegen der hohen Inflation überbewertete reale Wechselkurs den Exportsektor. Im kommenden Jahr wird das Wachstum wieder leicht an Fahrt aufnehmen, mit knapp vier Prozent aber weiter unter dem Trend der vergangenen Jahre liegen. Das zuletzt dynamische Wachstum in Kolumbien und Chile verlangsamt sich in diesem Jahr etwas, ist aber dank solider Fundamentaldaten kräftig und wird auch 2013 mit Zuwachsraten zwischen fünf und sechs Prozent auf einem ähnlich hohen Niveau bleiben.

Japan

In Japan legte die Produktion im ersten Quartal 2012 mit 1,2 Prozent ausgesprochen stark zu. Nach einer Schwächephase im Schlussquartal des Vorjahres, die durch die stockende Versorgung mit Vorleistungsgütern infolge der Flutkatastrophe in Thailand bedingt war, konnte Japan kräftige Nachholeffekte realisieren. Die Erholung wird nachfrageseitig vor allem durch die Binnenwirtschaft gestützt. Dabei spielen immer noch die hohen öffentlichen Investitionen in den Wiederaufbau nach der Erdbebenkatastrophe im März 2011 eine wesentliche Rolle. Auch der private Konsum hat sich weiter erholt, nunmehr bereits das vierte Quartal in Folge. Dahinter stand zuletzt aber vor allem eine kräftige Nachfrage nach Autos, die durch staatliche Subventionierung gefördert wurde.

Die Auslandsnachfrage hat sich dagegen nur schwach entwickelt, die Zuwächse bei den Ausfuhren lassen weiter nach. Die Exporte werden zum einen von der nur moderaten Konjunktorentwicklung in den Industrieländern belastet. Zum anderen hat sich die Wettbewerbsposition japanischer Unternehmen deutlich verschlechtert. Vor allem die Schuldenkrise im Euroraum hat zu einer starken Aufwertung des Yen beigetragen, der sich seit Jahresbeginn im Vergleich zum Euro um zwanzig Prozent verteuert hat. Japans Währung wird mehr und mehr zum sicheren Hafen für internationale Anleger; zudem verlieren Carry-Trade-Aktivitäten im Zuge der weltweit niedrigen Zinsen an Bedeutung. Zuletzt waren es vor allem die USA, die noch für ein steigendes Exportgeschäft sorgten; im weiteren Verlauf werden die Exporte in die USA aber mit geringerer Dynamik zulegen. Die Absätze in den Euroraum, die rund zehn Prozent des Gesamtvolumens ausmachen, sind schon seit Monaten rückläufig, und auch die Exporte nach China, das mit einem Anteil von zwanzig Prozent das größte Abnehmerland ist, sind zuletzt gesunken. Zwar dürfte der bilaterale Handel durch sinkende Transaktionskosten etwas kräftiger werden, denn die beiden Länder haben den direkten Handel ihrer Währungen aufgenommen, so dass der US-Dollar als Zwischenwährung entfällt. Zu einem deutlichen Anziehen der Exporte dürfte es aber erst gegen Ende des laufenden Jahres kommen, wenn die chinesische Konjunktur wieder etwas zulegt.

Die Aufwertung erschwert es zudem, die lang anhaltende Deflation zu überwinden. Diese dämpft die Konsumausgaben, da die Nachfrager angesichts sinkender Preise Ausgaben auf einen späteren Zeitpunkt verschieben. Außerdem beeinträchtigt die Deflation das Investitionsgeschehen im Inland, da die reale Rendite von Kapitalgütern gedrückt wird. Die durch die Aufwertung entstehenden Kostennachteile werden zunehmend dadurch kompensiert, dass japanische Unternehmen Produktionsbereiche ins Ausland verlagern. Dies setzt den Arbeitsmarkt unter Druck. Die Bank of Japan stemmte sich zwar bisher mit Interventionen und einer quantitativen Lockerung der Geldpolitik einer weiteren Aufwertung des Yen entgegen. Weitere Maßnahmen stehen nicht unmittelbar auf der Tagesordnung. Offenbar hält die Bank of Japan ihr Pulver zurück, um bei einer Verschärfung der Schuldenkrise im Euroraum reagieren zu können.

Ein weiterer Risikofaktor für die Konjunktur ist die Staatsverschuldung. Diese liegt bereits bei über 230 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (IWF-Abgrenzung) und wird noch deutlich zunehmen, weil der Wiederaufbau nach der Erdbebenkatastrophe größtenteils kreditfinanziert ist. Dies dürfte mittelfristig die Finanzierungskosten erhöhen, so dass eine sich immer schneller drehende Schuldenspirale droht. Um die Verschuldung einzudämmen, plant die Regierung, die Verbrauchsteuern zu erhöhen und dürfte damit die Konsumausgaben zusätzlich dämpfen; dies wird die Konjunktur aber wohl erst nach dem Ende des Prognosezeitraums beeinträchtigen.

Alles in allem dürfte die japanische Wirtschaft daher in den folgenden Quartalen wohl noch recht starke Zuwachsraten realisieren. Das Wachstum wird im weiteren Verlauf jedoch nachlassen. Für dieses Jahr ist mit einem Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts von deutlich über zwei Prozent zu rechnen, im nächsten Jahr wird es voraussichtlich noch etwas über einem Prozent sein.

China

In China ist die Produktion im ersten Quartal 2012 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 8,1 Prozent gestiegen. Dies war der geringste Zuwachs seit fast drei Jahren. Im vierten Quartal des vergangenen Jahres wurde noch ein Wachstum von fast neun Prozent erreicht. Im Zuge der schwächeren Konjunktur hat die Inflation auf rund drei Prozent, den niedrigsten Wert seit etwa zwei Jahren, abgenommen.

Einerseits ist die gegenwärtige Abschwächung des Wachstums politisch gewollt; die Regierung hat ein Wachstumsziel von 7,5 Prozent festgelegt. In den ersten Monaten des Jahres gab es allerdings Anzeichen, dass die Abbremsung stärker als gewollt ausfällt, denn auch die Exporte stiegen im ersten Quartal nur verhalten.

Während die Ausfuhren in die USA deutlich expandierten, haben die Exporte nach Europa im Zuge der anhaltenden Schuldenkrise im ersten Quartal stagniert; erst in den letzten Monaten konnten wieder leichte Zuwächse erzielt werden. Auch die Einfuhren haben sich insgesamt verhalten entwickelt, konnten aber zuletzt wieder deutlicher zulegen. Dies könnte auf eine Festigung der binnenwirtschaftlichen Antriebskräfte hindeuten. Auch die Industrieproduktion hat im Mai mit fast zehn Prozent wieder stärker angezogen als im Vormonat. Für eine Entwarnung ist es gleichwohl zu früh. So sind wichtige Frühindikatoren wie der Einkaufsmanagerindex zuletzt deutlich gesunken, sowohl bei den großen als auch bei den mittelständischen Unternehmen.

Die kurzfristige Herausforderung für die Regierung liegt darin, die Konjunktur nicht übermäßig abzuwürgen. Die Regierung hat noch ausreichend Spielraum, um auf eine stärkere Abschwächung des Wachstums zu reagieren. Da die Preissteigerungen nur noch moderat sind, hat die Zentralbank ihren Fokus von der Inflationsbekämpfung auf die Konjunkturbelebung verschoben. So hat sie im Juni bereits eine moderate Leitzinssenkung beschlossen, weitere Zinssenkungen dürften anstehen. Auch der Zugang zu Krediten dürfte weiter erleichtert werden, indem die Mindestanforderungen für das Eigenkapital der Banken herabgesetzt werden. Außerdem ist mit zusätzlichen Investitionen in die Infrastruktur zu rechnen, die den Umbau der Wirtschaft hin zu einer stärkeren Binnenorientierung unterstützen sollen. Im Zuge dessen dürften die Importe zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Insgesamt wächst die chinesische Wirtschaft im laufenden Jahr mit einer Rate von knapp acht Prozent. Ab der Jahresmitte sollte die expansivere Geld- und Finanzpolitik wieder für eine Beschleunigung sorgen, im Jahresdurchschnitt dürfte die Wachstumsrate aber nicht wesentlich höher liegen als in diesem Jahr.

Indien

Die Produktion der indischen Wirtschaft lag im ersten Quartal 2012 nur noch etwas mehr als acht Prozent über dem Vorjahresniveau; dies ist die vierte Abschwächung der Wachstumsrate in Folge. Dabei ist der industrielle Sektor sogar leicht geschrumpft, lediglich die Landwirtschaft und vor allem der Dienstleistungsbereich expandierten. Trotz der langsameren Gangart der Konjunktur ist die Inflation mit etwa acht Prozent immer noch beträchtlich. Die Notenbank versucht seit geraumer Zeit, mit hohen Zinsen dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Infolge der gestiegenen Finanzierungskosten sind die Investitionen zuletzt gesunken, und die Inflation schmälert die Kaufkraft der privaten Haushalte.

Infolge hoher Haushaltsdefizite hat auch die Finanzpolitik wenig Spielraum, um auf die Wachstumsabschwächung zu reagieren. Auch der Geldpolitik sind aufgrund der schwachen Rupie weitgehend die Hände gebunden. So hat die Währung seit August vergangenen Jahres ein Viertel ihres Wertes gegenüber dem US Dollar eingebüßt. Dies verschärft das Inflationsproblem, da wichtige Importe wie Öl in US-Dollar fakturiert werden und nicht ohne weiteres substituierbar sind. Die Exporteure profitieren zwar von der Abwertung; das schlägt aber angesichts der niedrigen Exportquote Indiens kaum zu Buche. So steigen insgesamt die außenwirtschaftlichen Defizite. Mit der zunehmenden internationalen Verschuldung des Landes erhöht sich für Kapitalanleger auch das Risiko, im Land zu investieren.

In diesem Jahr wird die indische Wirtschaft lediglich um knapp sechs Prozent zulegen können. Für das nächste Jahr ist ein Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts in gleicher Größenordnung zu erwarten.

Euroraum

Die wirtschaftliche Entwicklung

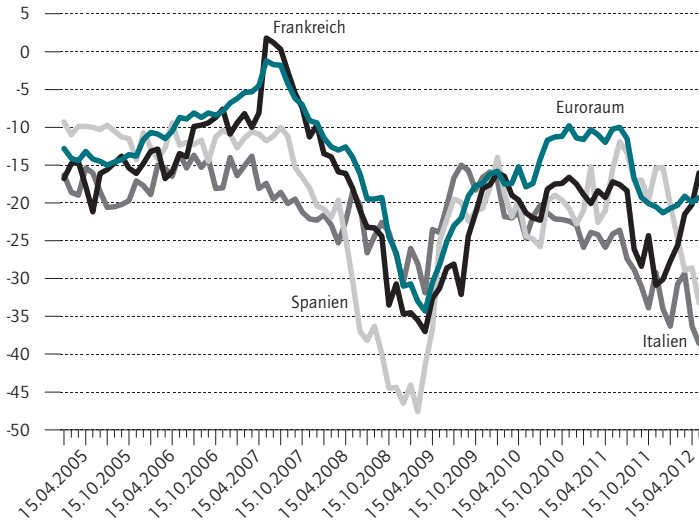
Die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum hat im ersten Quartal 2012 stagniert. Dies lag aber vor allem am starken Wachstum der deutschen Volkswirtschaft, in den übrigen Euroländern war die Produktion vielfach rückläufig. Die Investitionen gingen zurück und vom privaten Konsum kamen keine Impulse; nur der Außenbeitrag stützte das Wachstum. Im zweiten Quartal dürfte die Produktion rückläufig gewesen sein. Diese Entwicklung wird sich wohl im dritten Quartal fortsetzen. Darauf deutet etwa der Economic Sentiment Indicator der Europäischen Kommission hin, der deutlich unter seinem langjährigen Durchschnitt liegt. Vor allem für Italien ist dieser Indikator eingebrochen, und auch für Spanien hat er kräftig nachgegeben. Der Euroraum ist damit weiterhin in einer Rezession.

Nach einer Stagnation im ersten Quartal dürfte der private Konsum im Euroraum im Sommerhalbjahr rückläufig sein; vor allem in Spanien und Italien sinkt er. In beiden Volkswirtschaften hat das Konsumentenvertrauen (Abbildung 8) deutlich nachgelassen und die Arbeitslosenquote steigt weiter. Speziell in Spanien dämpfen zudem die weiterhin sinkenden Hauspreise (Abbildung 9) das Ausgabeverhalten.⁷

⁷ Für Spanien kann ein statistisch signifikanter Vermögenspreiseffekt der Immobilienpreise auf die Konsumnachfrage nachgewiesen werden, vgl. Bover, O. (2005): Wealth Effects On Consumption: Microeconomic Estimates From A New Survey Of Household Finances. Banco de España Working Papers 0522.

Abbildung 8

Konsumentenvertrauen
Saldo



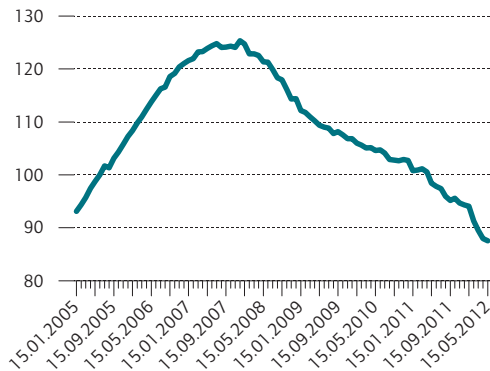
Quelle: Europäische Kommission.

© DIW Berlin 2012

In Spanien und Italien ist das Konsumentenvertrauen kräftig zurückgegangen; in Frankreich hat sich die Konsumentenstimmung seit Jahresbeginn hingegen deutlich aufgehellt.

Abbildung 9

Hauspreisindex für Spanien
Index 2005 = 100



Quelle: Tinsa Tasaciones Inmobiliarias.

© DIW Berlin 2012

Ein Ende des Hauspreisverfalls in Spanien zeichnet sich nicht ab.

Für den Euroraum insgesamt wurden dem Bank Lending Survey der Europäischen Zentralbank (EZB) zufolge die Kreditstandards für private Haushalte zuletzt zwar gelockert, die Nachfrage nach Konsum- und Hypothekenkrediten ist aber merklich zurückgegangen. Aus einzelnen Ländern sind aber auch positive Signale zu verzeichnen: So ist das Konsumentenvertrauen in Frankreich in den letzten Monaten deutlich gestiegen. Für Zuwächse beim dortigen Konsum spricht auch, dass die Auftragseingänge für Verbrauchsgüter und langlebige Konsumgüter seit der Jahreswende 2011/2012 deutlich gestiegen sind. Sogar für den Euroraum insgesamt deutet der Bank Lending Survey darauf hin, dass die Nachfrage nach Konsumkrediten wieder anziehen wird. So ist damit zu rechnen, dass sich der private Konsum ab dem vierten Quartal 2012 wieder leicht belebt.

Die Investitionen im Euroraum sind im ersten Quartal zum vierten Mal in Folge gesunken und dürften im Sommerhalbjahr zurückgehen. Vor allem in Spanien, aber auch in Italien und in Frankreich ist die Investitionsneigung niedrig, da die Produktionskapazitäten weiterhin stark unterausgelastet sind. Die spanische Industrieproduktion (Abbildung 10) liegt mittlerweile unter dem Niveau der Rezession 2009; die Auftragseingänge verharrten auf sehr niedrigem Niveau und lassen kein Anziehen erkennen. Die italienische Industrieproduktion und Auftragslage ist seit gut einem Jahr tendenziell rückläufig; der zuletzt kräftige Anstieg der Auftragseingänge für Investitionsgüter dürfte nicht ausreichen, den negativen Trend der vergangenen anderthalb Jahre umzukehren. Auch in Frankreich dürfte die Industrieproduktion nach fast zwei Jahren Stagnation angesichts der anhaltend schwachen Auftragslage nicht nennenswert zulegen.

Im Euroraum insgesamt ist dem Bank Lending Survey zufolge die Nachfrage nach Unternehmenskrediten zu Investitionszwecken deutlich zurückgegangen. Allerdings gibt die Bankenumfrage Signale, dass die Nachfrage der Unternehmen nach Krediten wieder ansteigen wird. Mit einem Wiedererstarren der ausländischen Nachfrage zum Ende des Jahres dürften auch die Investitionen wieder zulegen.

Die Produktion im Baugewerbe ist im April im Vergleich zum Vorjahr um fünf Prozent gesunken. Der negative Trend der vergangenen fünf Jahre, in denen die Bauproduktion im Euroraum um etwa 22 Prozent gesunken ist, hält damit an. Vor allem für Spanien ist eine Erholung des Bausektors nicht absehbar. In Frankreich ist der Stimmungsindikator für die Bauwirtschaft zwar zuletzt leicht gesunken; die Baugenehmigungen signalisieren aber noch keine Talfahrt.

Der Außenbeitrag trug im ersten Quartal maßgeblich dazu bei, dass die Wirtschaftsleistung im Euroraum

nicht schrumpfte. Auch im weiteren Prognosezeitraum dürfte der Außenhandel einen positiven Wachstumsbeitrag leisten. Das liegt im zweiten und dritten Quartal aber vor allem an einer Importschwäche im Zusammenhang mit sinkenden Investitionen und nachlassendem privaten Konsum. Die Exporte dürften sich zunächst nur schwach entwickeln. Darauf weist hin, dass die Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes abnehmende Exportvolumina erwarten, und auch die Auftragseingänge für Vorleistungsgüter (Abbildung 11) stagnieren.⁸ Erst im Winterhalbjahr dürfte die wieder anziehende Weltkonjunktur zu einem Anstieg der Auslandsnachfrage führen. Der Außenhandel dürfte dann maßgeblich zu einem Ende der Rezession im Euroraum beitragen und eine, wenngleich schwache, binnenwirtschaftliche Erholung anstoßen. Dabei wird aber weiterhin vor allem die Entwicklung in Deutschland das europäische Wachstum antreiben. In den Krisenländern ist bis auf weiteres keine deutliche Beschleunigung zu erwarten; die schwache Produktionsentwicklung in den betroffenen Ländern ist letztlich eine Folge des notwendigen Strukturwandels, der aus der Bereinigung unwirtschaftlicher, durch ausländische Kapitalzuflüsse in der Vergangenheit aufgeblähter Wirtschaftsbereiche resultiert. Dazu zählen etwa der Staatssektor in Griechenland oder die Bauwirtschaft in Spanien. Eine schnelle Rückkehr zu einem höheren Expansionstempo ist daher nicht zu erwarten. Vielmehr ist es erforderlich, mittelfristig wettbewerbsfähige Wirtschaftsbereiche in den Ländern zu entwickeln.

Für das Jahr 2012 ist ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im Euroraum um 0,4 Prozent zu erwarten. Im nächsten Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung um 0,6 Prozent ansteigen. Die Arbeitslosenquote dürfte in diesem Jahr bei 11,2 Prozent liegen und im Prognosezeitraum kaum zurückgehen.

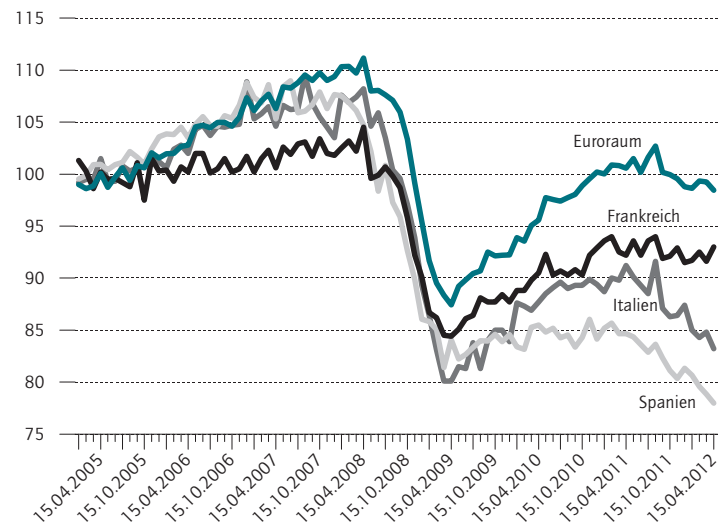
Wirtschaftspolitik

Die Krise im Euroraum hat sich in den letzten Wochen erneut deutlich verschärft. Dies schien ein entschlosseneres Handeln der europäischen Länder erforderlich zu machen. Deshalb kamen die EU-Regierungschefs Ende Juni zu einem weiteren Krisengipfel in Brüssel zusammen, auf dem weitreichende Beschlüsse gefasst wurden. Den Vereinbarungen müssen allerdings noch weitgehende Konkretisierungen folgen; genaue Rege-

⁸ In den vier großen Volkswirtschaften beträgt der Anteil der Exporte von Vorleistungsgütern in Länder außerhalb der Eurozone etwa 50 Prozent der gesamten Exporte in diese Länder. Für Portugal, Finnland und Irland liegt der Anteil bei etwa 55 Prozent, bei Belgien und Griechenland sogar bei 60 Prozent. Bei den vier großen Volkswirtschaften beträgt der Anteil der Vorleistungsgüterexporte in Länder außerhalb des Euroraums zwischen 25 und 30 Prozent an den gesamten Exporten dieser Länder.

Abbildung 10

Industrieproduktion
Index 2005 = 100



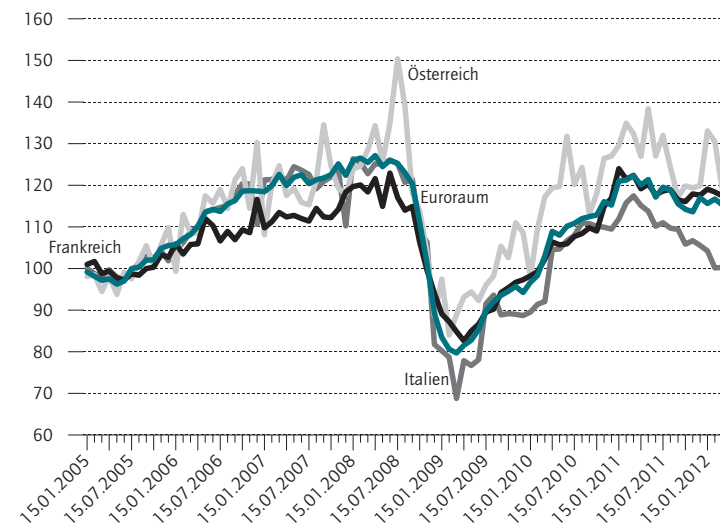
Quellen: Eurostat; nationale Quellen über Datastream.

© DIW Berlin 2012

Die spanische Industrieproduktion liegt unterhalb des Krisenniveaus von 2009 und auch in Italien ist die Produktion rückläufig.

Abbildung 11

Auftragseingänge für Vorleistungsgüter
Index 2005 = 100



Quelle: Eurostat.

© DIW Berlin 2012

Die Auftragseingänge für Vorleistungsgüter stagnieren.

lungen werden wohl bis ins kommende Jahr auf sich warten lassen. Zudem bleiben Zweifel bestehen, ob die zum Teil grundsätzlich in die richtige Richtung weisenden Beschlüsse des Brüsseler Gipfels angesichts von Unwägbarkeiten und möglichen Unzulänglichkeiten in der politischen Umsetzung tatsächlich zu einer erhöhten Stabilität des Finanzsystems in der Währungsunion beitragen können.

Dem Gipfel vorausgegangen war eine weitere Zuspitzung der Krise, insbesondere in Griechenland und Spanien. Im Mai 2012 war deutlich geworden, dass die 15 Milliarden Euro, die die spanische Regierung über den staatlichen Bankenrettungsfonds FROB zur Rekapitalisierung des Bankensektors bereitgestellt hatte, nicht ausreichen würden, um den Kapitalbedarf des inzwischen verstaatlichten Sparkassenkonzerns Bankia zu decken. Nachdem die Bank bereits im vergangenen Jahr mit 4,5 Milliarden Euro aus dem FROB gestützt worden war, wurde Ende Mai ein zusätzlicher Bedarf von 19 Milliarden Euro bekannt. Im Juni veröffentlichte der IWF eine Schätzung, der zufolge der Kapitalbedarf des gesamten spanischen Bankensektors mindestens 40 Milliarden Euro beträgt und angesichts möglicher Kosten für Restrukturierung und Kreditausfälle sogar doppelt so hoch ausfallen könne. Daraufhin erklärte die spanische Regierung ihre Bereitschaft, zur Rekapitalisierung der Banken Unterstützung aus dem europäischen Hilfsfonds zu beantragen, und die Euro-Finanzminister einigten sich darauf, dem Land mit bis zu 100 Milliarden Euro (etwa zehn Prozent des spanischen Bruttoinlandsprodukts) zur Seite zu stehen.

Die Hilfen sollen direkt für den Bankensektor und nicht zur Refinanzierung der Staatsschulden bereitgestellt werden. Gemäß der Gipfelbeschlüsse von Ende Juni sollen Gelder direkt vom ESM, sobald dieser einsatzfähig ist, an die einzelnen Banken ausbezahlt werden und nicht wie bei Hilfszahlungen durch den EFSF an den staatlichen spanischen Bankenrettungsfonds. Auf diese Weise soll die Höhe der Staatverschuldung Spaniens in Zukunft nicht von den Hilfekrediten beeinflusst werden.

Entgegen den bisherigen Vereinbarungen sollen nach den Brüsseler Beschlüssen die Kredite für den spanischen Bankensektor aus den Bailout-Fonds keinen vorrangigen Status gegenüber Krediten privater Gläubiger haben. Die bisherige Regelung barg in der Tat die Gefahr, dass sich private Investoren verstärkt aus dem Markt zurückziehen, weil Privatkredite im Konkursfall erst nachrangig bedient werden. Dennoch ist das Umschwenken kritisch zu beurteilen: Die Aufgabe der Fonds war bisher, lediglich eine überbrückende Liquiditätsbereitstellung zu leisten und so die Wahrscheinlichkeit für die privaten Gläubiger zu erhöhen, zumin-

dest einen Teil ihrer Forderungen realisieren zu können. Dies erschwert es zu akzeptieren, dass die „Rettungsschirme“, die ja gerade nicht mit dem Ziel der Renditeerwirtschaftung in den Markt eintreten, mit dem gleichen Risiko belastet werden sollen wie sonstige Gläubiger.

Mit dem Brüsseler Beschluss einer direkten Unterstützung von Banken durch den Rettungsfonds wird versucht, dem Problem der engen Verflechtung des Banken- und des Staatsektors zu begegnen. Seit Ende des zweiten Weltkrieges haben Macht und Bedeutung des Finanz- und Bankensektors in Europa (und weltweit) enorm zugenommen, so dass es für einzelne Staaten kaum noch möglich ist, eine in Liquiditätsprobleme geratene Bank den Marktprozessen zu überlassen, ohne dass sich gravierende Schäden für den Wirtschaftskreislauf einstellen. Andererseits ist es für einige Staaten angesichts der Größe des jeweiligen Bankensektors kaum möglich, im Falle einer Krise Stützungsmaßnahmen zu finanzieren und gleichzeitig die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen zu erhalten.

Offensichtlich sind die Gefahren eines exzessiv großen Finanzsektors für die Stabilität der Staatsfinanzen derzeit vor allem in Irland und zunehmend auch in Spanien. Umgekehrt dokumentiert das Beispiel Griechenland, dass ein Staatsbankrott oder eine Umstrukturierung von Staatsschulden eine ernsthafte Gefahr für die Stabilität des Bankensystems darstellt, da die Banken zu großen Teilen Staatsanleihen mit einem Schwerpunkt auf Schuldverschreibungen des eigenen Landes halten.

Durch die enge Verflechtung zwischen nationalem Bankensektor und der finanziellen Situation der nationalen Regierung entsteht eine gegenseitige Abhängigkeit, die die Eskalation einer ursprünglich auf einen der beiden Bereiche beschränkten Krise wahrscheinlicher macht. Deshalb ist die auf dem Brüsseler Gipfel angedachte Errichtung einer so genannten „Bankenunion“ im Grundsatz zu begrüßen.

Geplant ist, die Stabilisierungs- und Aufsichtsfunktion in Bezug auf die Finanzinstitute von der nationalen auf die europäische Ebene zu verlagern, da diese möglicherweise neutraler als entsprechende nationale Einrichtungen agieren und über eine höhere Finanzkraft als ein nationaler Stabilisierungsfonds verfügen könnte. Eine Aufsichtsbehörde müsste mit hinreichenden Kompetenzen nicht nur zur effektiven Kontrolle, sondern auch zur Sanktionierung ausgestattet werden. Ob eine hierfür legitimierte Institution zeitnah geschaffen werden kann, ist zumindest zweifelhaft. Sehr fraglich ist, ob sich eine solche Einrichtung hinreichend von politischer Einflussnahme abgrenzen kann und frei von Partialinteressen agiert. Problematisch ist ferner, dass mit der

Einführung eines internationalen Rettungsfonds für das Bankensystem eine weitere Vergemeinschaftung der Haftung im Euroraum eintritt, die allenfalls in gewichtigen Einzelfällen zu rechtfertigen ist. Kurzfristig angemessen mag sie insbesondere sein, wenn es darum geht, massenhafte Kapitalflucht und innereuropäische Ansteckungseffekte (zum Beispiel von spanischen auf italienische oder französische Banken) zu mindern.

Die einzelnen Nationalstaaten sollten nicht völlig von ihren Verpflichtungen enthoben werden – zumal die große Gefahr besteht, dass bei einem von allen Mitgliedsländern finanzierten Rettungsfonds für das Bankensystem die Anreize für die einzelnen Staaten weniger als bisher ausgeprägt sein könnten, auf ein verantwortungsvolles Wirtschaften der nationalen Banken hinzuwirken. Was etwa Kommunalkredite oder die Finanzierung von Großprojekten anbelangt, könnten nationale Politiker sogar auf eine größere Risikobereitschaft der Banken drängen.

Auf keinen Fall darf bei etwaigen Bankenrettungen das Haftungsprinzip völlig ausgehebelt werden. Bevor eine Bank Hilfen seitens der Steuerzahler erhält, stehen zuvor die Eigentümer und dann die Gläubiger in der Pflicht. Erst dann sollten Mittel von unbeteiligten Dritten überhaupt in Frage kommen. Die von einem einzelnen Staat oder, wie geplant, der Staatengemeinschaft angebotenen Gelder für Banken dürfen also nur eine Ultima Ratio sein.

Eine ordnungspolitisch bessere Alternative wäre es, wenn in Notfällen nicht die Staatengemeinschaft und mithin die Steuerzahler einspringen müssten, sondern ein von den Finanzinstituten geschaffener Rettungsfonds für die Eurozone bereitstünde. So könnte, wie im Vorfeld des Brüsseler Gipfels angeregt, ein von den europäischen Finanzinstituten selbst getragenes Einlagensicherungssystem als Nothilfeeinrichtung installiert werden. Ein von den Staaten finanzierter Rettungsschirm sollte allenfalls als *lender of last resort* bei einer Überinanspruchnahme des privaten Sicherungssystems eingreifen. Zwar würde durch die gemeinschaftliche Haftung im Rahmen eines Einlagensicherungssystems die Marktdisziplin etwas gemindert werden, da weniger zwischen der Kreditwürdigkeit einzelner Banken unterschieden würde; allerdings hätte das System auch zur Folge, dass Kreditinstitute sich untereinander stärker kontrollieren.

Die Einrichtung von supranationalen Hilfefonds sollte zudem endlich dazu führen, dass sich die EZB wieder auf ihre eigentliche Aufgabe – die Gewährleistung von Preisstabilität – konzentrieren kann. In den vergangenen Jahren war es im Wesentlichen die Zentralbank, die – bei Überdehnung ihres Mandates – das Banken-

system in erheblichem Maß etwa durch den Ankauf von Staatsanleihen, die Bereitstellung massiver Liquiditätshilfen oder die Vergabe von Krediten bei zweifelhaften Sicherheiten gestützt hat.

Auf jeden Fall sind Institutionen nötig, um das Problem der nationalen politischen Rücksicht- und Einflussnahme bei etwaigen Hilfen für Banken abzumildern und der Internationalität der Kapitalmärkte eine entsprechende supranationale Aufsichts- und Regulierungsbehörde entgegenzusetzen. Dies schafft politisch hoffentlich auch die Möglichkeit, das derzeitige Klumpenrisiko im Bankensystem abzubauen, indem Banken dazu angehalten werden, ihr Portfolio breiter zu streuen, und somit eine geringere Konzentration auf die Staatsanleihen bestimmter Länder entsteht.

Fragwürdig ist allerdings, dass die Aufgabe der Finanzmarktaufsicht und -regulierung der Zentralbank zugewiesen werden soll, anstatt sie den im Zug der Finanzkrise geschaffenen Institutionen (etwa der European Banking Authority EBA) zu übertragen. Neben der Gefahr einer zunehmenden Überforderung der EZB ist nicht von der Hand zu weisen, dass das Primärziel der Zentralbank – die Gewährleistung der Preisstabilität – mit anderen Zielen wie der Herstellung von Finanzmarktstabilität in Konflikt gerät.

In Griechenland haben nach dem Wahlsieg der Konservativen und der anschließenden Koalitionsbildung aus Konservativen, Sozialisten und der demokratischen Linken die Sparkursbefürworter im griechischen Parlament eine regierungsfähige Mehrheit. Die Neuverhandlung der Bedingungen für die Unterstützung durch die europäischen Rettungsschirme dürfte eine der ersten Herausforderungen für die neue griechische Regierung werden. Insbesondere die deutsche Bundesregierung zeigt sich in dieser Hinsicht zu Recht zurückhaltend – geschlossene internationale Verträge werden auch durch einen Regierungswechsel nicht hinfällig.

In diesem Zusammenhang irritiert es, dass auf dem Brüsseler Gipfel die bisher strikte Verknüpfung zwischen Hilfsmaßnahmen aus den Rettungspaketen und strukturellen Reformen verwässert wurde. Entgegen den früheren Beschlüssen können Länder mit „guter Haushaltsführung“ ohne zusätzliche Sparmaßnahmen Hilfskredite erhalten. Offen bleibt, wodurch eine „gute Haushaltsführung“ gekennzeichnet ist und wie diese für das jeweilige Empfängerland festgestellt wird. So besteht die Gefahr, dass das bisherige Prinzip von Leistung und Gegenleistung nicht mehr gewährleistet ist. Damit würden die Anreize für eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zumindest abgeschwächt – und zwar nicht nur für die Hilfeempfänger, sondern für alle Staaten der Eurozone, da ihnen die Bailout-Fonds

die Inanspruchnahme von Krediten zu günstigen Zinsen garantieren.

Dass in Brüssel ein „Wachstumspakt für mehr Beschäftigung“ vereinbart wurde, kann grundsätzlich sinnvoll sein. Er darf aber nicht darauf zielen, nicht wettbewerbsfähige Sektoren wie etwa die Staatswirtschaft in Griechenland oder den Immobiliensektor in Spanien künstlich am Leben zu erhalten sowie unnütze Infrastrukturprojekte zu finanzieren. Der Abbau unproduktiver und nicht wettbewerbsfähiger Wirtschaftsbereiche, die sich im letzten Jahrzehnt lediglich auf Grundlage von internationalen Kapitalzuflüssen entwickeln konnten, muss fortgesetzt werden. Wachstumsunterstützende Maßnahmen sollten sich im Gegenteil auf Sektoren und Aktivitäten beziehen, von denen eine nachhaltige Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit zu erwarten ist. Dieses Ziel erreicht man allenfalls langfristig.

Alles in allem ist nicht davon auszugehen, dass es mit den Gipfel-Ergebnissen gelingen wird, die Krise im Euroraum kurzfristig und vollständig einzudämmen. Zwar dürfte die Vereinbarung einer direkten Stützung des Bankensystems durch die Rettungsfonds dazu führen, dass die Refinanzierung Italiens und insbesondere Spaniens über die privaten Kapitalmärkte in Zukunft zu günstigeren Konditionen möglich sein wird. Zudem wird mit dieser Vereinbarung die EZB von der Aufgabe der Finanzmarktstabilisierung entlastet und die ohne-

hin bereits etablierte gemeinschaftliche Haftung für Schieflagen im Bankensystem transparenter gemacht. Aber die in manchen Staaten zu geringe Wettbewerbsfähigkeit und viel zu hohe Staatsschuld bleiben weiterhin auf der Agenda. Die Beschlüsse könnten sogar bewirken, dass in diesen Ländern nun der Druck abnimmt, die erforderlichen Reformen fortzusetzen. Hinzu kommen zu erwartende politische Konflikte über die Umsetzung der Vereinbarungen, so dass die Verunsicherung an den Märkten anhalten dürfte.

Geldpolitik

Der geldpolitische Kurs der Europäischen Zentralbank (EZB) ist im vergangenen Quartal unverändert geblieben. Der europäische Leitzins liegt nach wie vor auf dem historisch niedrigen Niveau von einem Prozent. Im Mai ging die Teuerungsrate im Vergleich zu den Vormonaten etwas zurück und war mit 2,4 Prozent so niedrig wie schon seit über einem Jahr nicht mehr.

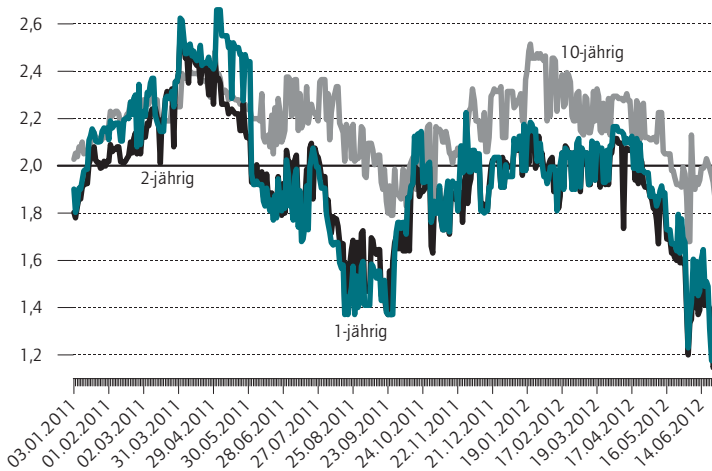
Zwar liegt die Inflation damit noch immer deutlich über der von der EZB als Preisstabilität definierten Rate von nahe aber unter zwei Prozent. Allerdings ist dies vor allem auf vorübergehende Einflüsse zurückzuführen. Zum einen wurde die Inflationsentwicklung in einigen Ländern erheblich durch die Anhebung indirekter Steuersätze beeinflusst. In Portugal nahm die Inflation deshalb um rund zwei Prozentpunkte, in Griechenland, Italien und Finnland um rund einen Prozentpunkt zu. In Griechenland lag die um Steuererhöhungen korrigierte jährliche Inflation im März und April sogar deutlich unter einem Prozent. Hier ist eine Deflation in den kommenden Quartalen nicht unwahrscheinlich. Während sich dies insgesamt förderlich auf die relative Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Ökonomie innerhalb der Eurozone auswirken wird, erhöht die interne Abwertung gleichzeitig auch die reale Schuldenlast des Landes. Das Abtragen des Schuldenbergs dürfte für die griechische Regierung so noch zusätzlich erschwert werden, etwa weil auf nominalen Bemessungsgrundlagen beruhende Steuereinnahmen dadurch weniger steigen.

Ein erheblicher Anteil der Preissteigerung im Euroraum in den vergangenen Monaten ist außerdem den abermals gestiegenen Energiekosten zuzurechnen. Die um Energiekosten bereinigte Inflationsrate lag in den vergangenen drei Monaten rund 0,7 Prozentpunkte niedriger als die tatsächliche Inflationsrate. Entwickeln sich die Energiepreise annahmegemäß, so führt dies zu einem deutlichen Rückgang des Inflationsdrucks. Die Entwicklung der Preise von Inflationsswaps (Abbildung 12) zeigt, dass die Inflationserwartungen von Marktteilnehmern über verschiedene Erwartungshorizonte in den vergangenen Wochen zurückgegangen

Abbildung 12

Inflationsswaps

In Prozent



Quelle: Datastream.

© DIW Berlin 2012

Die Inflationserwartungen sind deutlich zurückgegangen.

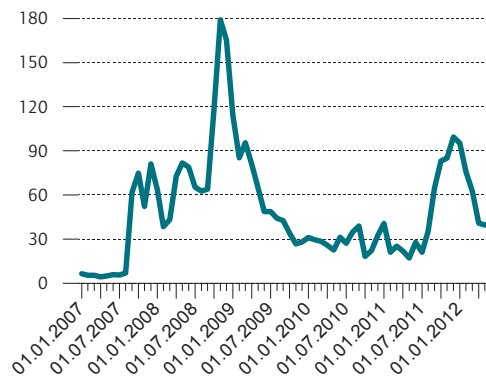
sind und zum Teil deutlich unter der Zwei-Prozent-Marke liegen. Angesichts verhaltender gesamtwirtschaftlicher Nachfrageentwicklung ist in den nächsten Quartalen also kaum Inflationsdruck zu erwarten. Für das laufende Jahr rechnen wir mit einem Anstieg der Verbraucherpreise von 2,3 Prozent und für das kommende Jahr von 1,7 Prozent. In dieser Prognose wird angenommen, dass die EZB den Leitzins auf niedrigem Niveau beibehält; erst zum Ende des Prognosezeitraums ist eine leichte Erhöhung zu erwarten (Kasten 1).

Der Fokus der europäischen Geldpolitik liegt damit weniger auf dem Erhalt der Preisstabilität, als auf Maßnahmen zur Stützung des europäischen Bankensektors. Der starke Rückgang der Risikoprämie bei Interbankengeschäften seit Dezember von 100 auf gegenwärtig 40 Basispunkte zeigt, dass die von der EZB durch die beiden dreijährigen Refinanzierungsgeschäfte im vergangenen Dezember und Februar bereitgestellte Liquidität von mehr als einer Billion Euro zumindest für die Finanzinstitute, die noch Zugang zum Interbankenmarkt haben, zu einer deutlichen Entspannung geführt hat (Abbildung 13).

Insgesamt hat die massive Liquiditätsbereitstellung im europäischen Bankensektor zu einer Überschussliquidität geführt; dies ist auch an der verstärkten Nutzung der Einlagenfazilität der EZB zu erkennen. Der Geldbetrag, den die Geschäftsbanken bei der EZB zu Niedrigzinsen über Nacht einlagern, ist im Gefolge der liquiditätsbereitstellenden Maßnahmen im Dezember und Februar stark angestiegen; derzeit lagern europäische Banken rund 800 Milliarden Euro auf den Konten der EZB. Unterscheidet man jedoch zwischen den einzelnen Euroländern, so zeigt sich, dass sich die Refinanzierungssituation und -notwendigkeit der Banken in den einzelnen Ländern erheblich unterscheidet und dass die Überschussliquidität im Bankensektor keineswegs die Liquiditätsengpässe aller Banken löst (Kasten 2). Vor allem griechische, irische und spanische Banken haben erhebliche Schwierigkeiten, sich zu normalen Konditionen über die gewöhnlichen Refinanzierungskredite Zentralbankliquidität zu verschaffen, da ihnen die dafür nötigen notenbankfähigen Sicherheiten fehlen. Zwar hat die EZB im Februar ihre Anforderungen an die von Banken zu bietenden Sicherheiten für Refinanzierungsgeschäfte weiter erheblich gesenkt und damit abermals ihr eigenes Risiko erhöht. Doch selbst diese Maßnahme scheint nicht ausreichend gewesen zu sein, um diesen Finanzinstituten ausreichend Zugang zu Zentralbankliquidität zu verschaffen. Griechische, irische, aber auch spanische Banken waren zunehmend auf Liquiditätshilfen im Krisenfall (Emergency Liquidity Assistance, ELA) von ihren jeweiligen Nationalbanken angewiesen. Ende Juni hat die EZB daher ihre Anforderungen an die Sicherheiten abermals gelockert. Vor allem

Abbildung 13

Risikoprämien auf dem Interbankenmarkt
In Prozent



Quelle: Datastream.

© DIW Berlin 2012

Die Lage im Interbankenmarkt entspannt sich.

spanische Banken dürften von dieser Maßnahme profitieren, da insbesondere die Qualitätsanforderungen an verbrieft Hypothekenkredite gesenkt wurden, die spanische Banken in großem Umfang halten.

Großbritannien

Großbritannien verzeichnete im ersten Quartal 2012 einen weiteren deutlichen Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts; mit 0,3 Prozent war die Kontraktion nur wenig geringer als im vierten Quartal des vergangenen Jahres. Damit befindet sich das Vereinigte Königreich zum zweiten Mal innerhalb von vier Jahren in einer Rezession.

Der Anstieg des privaten Konsums ist im ersten Quartal im Umfeld staatlicher Sparmaßnahmen und niedriger Vermögenspreise rückläufig gewesen. In den kommenden Quartalen ist allenfalls mit einer Stabilisierung zu rechnen: Zum einen verminderte sich die Arbeitslosenquote im Juni leicht auf nun 8,2 Prozent. Zum anderen verbessert die zuletzt rückläufige Inflationsrate die reale Einkommenssituation der Haushalte. Die geringere Konsumentenzuversicht deutet aber daraufhin, dass der Konsum nur wenig zulegen dürfte.

Die Investitionstätigkeit hat zuletzt kräftig nachgelassen. So trug insbesondere ein Einbruch des Baugewerbes im ersten Quartal um 4,8 Prozent zu dem starken Rückgang der Produktion bei. Auch für die kommenden Quartale ist nicht mit einer substanziellen Kräfti-

Kasten 2

Europäischer Bankensektor tief gespalten – Banken in Peripherieländern auf Notkredite angewiesen

Die Kanäle, über die europäische Finanzinstitute ihren Liquiditätsbedarf decken, unterscheiden sich mittlerweile deutlich zwischen den einzelnen Eurostaaten. Darin zeigt sich ein zunehmendes Auseinanderdriften der Euroländer.

Es waren größtenteils spanische, italienische und französische Banken, welche ihre Nachfrage nach langfristigen Refinanzierungsgeschäften mit der EZB massiv ausgeweitet haben. Auf spanische und italienische Banken entfallen derzeit rund 60 Prozent (jeweils rund 300 Milliarden Euro) des von der Zentralbank insgesamt bereitgestellten Volumens langfristiger Refinanzierungskredite (Abbildung 1). Ein Motiv für die große Nachfrage dieser Banken nach langfristiger Liquidität bei der EZB dürfte sein, mit den Geldern auslaufende Schuldverschreibungen in den nächsten drei Jahren zu decken, da eine Refinanzierung über die Kapitalmärkte aus jetziger Sicht nicht gewährleistet ist. Insbesondere im Fall Italiens und Spaniens dürfte aber auch der Kauf von Staatsanleihen in größerem Umfang ein Motiv für die Liquiditätsaufstockung gewesen sein.

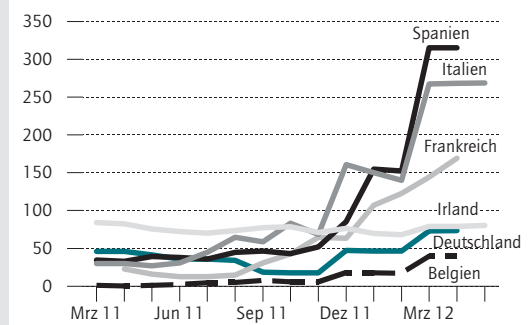
Dagegen ist in den übrigen Euroländern die Nachfrage der Banken nach mehrmonatigem Zentralbankkredit in den vergangenen Monaten konstant geblieben. Gleichzeitig beobachtet man, dass der starke Anstieg des Gebrauchs der Einlagenfazilität seit Dezember letzten Jahres zu einem großen Teil deutschen Geldinstituten zuzuschreiben ist (Abbildung 2). Während deutsche Banken im Dezember nur rund 60 Milliarden Euro bei der EZB parkten, waren es im April diesen Jahres bereits rund 250 Milliarden Euro, also etwa ein Drittel der gesamten Nutzung der Einlagenfazilität im Eurosystem. Im Gegensatz etwa zu Spanien und Italien stammt diese Liquidität aber zu einem großen Teil nicht aus Kreditaufnahmen beim Eurosystem, sondern ist den Banken unter anderem aufgrund der Kapitalflucht aus den Krisenländern zugeflossen.

Offensichtlich kann man die nationalen Bankensektoren mittlerweile in zwei Gruppen unterteilen, von denen die eine auf die Refinanzierungsgeschäfte des Eurosystems zurückgreift, während die andere – bestehend hauptsächlich aus dem deutschen Bankensektor – die in der Folge überschüssige Zentralbankliquidität hält.

Im speziellen Fall der griechischen und irischen Banken ist die geringe Nachfrage nach langfristigen Refinanzierungsgeldern dagegen vor allem dadurch begründet, dass diese mittlerweile zu wenige vom Eurosystem anerkannte notenbankfähige Sicherheiten halten. Sie sind dadurch von den EZB-Refinanzierungsgeschäften abgeschnitten und darauf angewiesen,

Abbildung 1

Langfristige Refinanzierungskredite
In Milliarden Euro

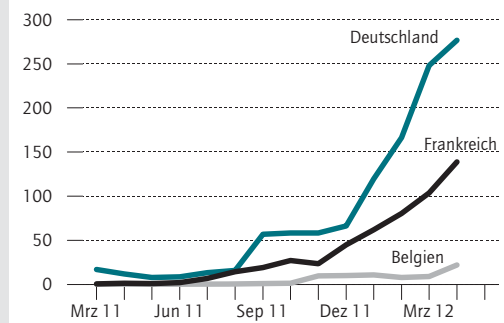


Quelle: Nationale Zentralbanken.

© DIW Berlin 2012

Abbildung 2

Inanspruchnahme der Einlagenfazilität der EZB
In Milliarden Euro



Quelle: Nationale Zentralbanken.

© DIW Berlin 2012

ihren kurzfristigen Liquiditätsbedarf über Liquiditätshilfen im Krisenfall (Emergency Liquidity Assistance, ELA) zu decken, die von den jeweiligen nationalen Notenbanken bereitgestellt werden. In der aktuellen Krisensituation hat sich ELA, das ursprünglich lediglich als Instrument zur Beseitigung akuter Liquiditätsengpässe gedacht war, zu einer permanenten Liqui-

ditätsquelle für die Finanzinstitute in den Krisenländern entwickelt.

Im Rahmen der ELA vergibt eine nationale Zentralbank Kredite an nationale Geldinstitute im Tausch gegen Sicherheiten, über deren Qualität sie eigenständig entscheiden kann. Da Kreditinstitute jedoch nur auf die ELA zurückgreifen, wenn eine Finanzierung über die EZB nicht mehr möglich ist, können die verlangten Sicherheiten nur von minderer Qualität sein als die von der europäischen Notenbank derzeit akzeptierten. Die ausleihenden Geschäftsbanken zahlen im Gegenzug einen Strafzins, den die Nationalbanken ebenfalls eigenständig festlegen können. Mit Hilfe der ELA-Kredite haben die nationalen Notenbanken also die Möglichkeit, faktisch ohne große Einflussmöglichkeit der EZB einen Geldschöpfungsprozess in Gang zu setzen. Zwar werden bei einem Kreditausfall nur die nationalen Zentralbanken zur Verantwortung gezogen, während die EZB ihre direkte Risikoexposition gegenüber maroden Banken mindert. Da die nationalen Notenbanken sich ihrerseits aber wiederum bei der europäischen Notenbank Liquidität verschaffen, geht die EZB indirekt durchaus ein Risiko ein.

Eine amtliche Statistik über den Umfang an Notfalkrediten, die einzelne Zentralbanken vergeben haben, ist nicht öffentlich. Aus den Zentralbankbilanzen lassen sich aber Näherungswerte ableiten.¹ Ende April standen demnach Notfalkredite an Geschäftsbanken in Höhe von insgesamt rund 120 Milliarden Euro aus, Ende Mai dürften es 180 Milliarden Euro gewesen sein. Dies entspricht etwa 16 Prozent der Liquidität, die die EZB über die gewöhnlichen Refinanzierungsgeschäfte an den Bankensektor zum selben Zeitpunkt herausgegeben hat. Neben spanischen und zyprischen Banken haben vor allem griechische und irische Geschäftsbanken in den vergangenen Monaten in großem Umfang Notfalkredite von den jeweiligen Nationalbanken erhalten.

¹ Seit Ende April 2012 werden die Notkredite in den nationalen Zentralbankbilanzen nicht mehr unter dem Posten „Sonstige Aktiva“, sondern unter der Kategorie „Sonstige Forderungen in Euro gegenüber Kreditinstituten im Eurowährungsgebiet“ geführt. Unter der Annahme, dass die übrigen Wertpapiermengen in diesem Bilanzposten in der letzten Aprilwoche unverändert geblieben sind, lässt die Veränderung dieser Position auf die Größe der ELA-Notfalkredite rückschließen.

gung der Investitionstätigkeit zu rechnen. Ein deutlicher Rückgang des Einkaufsmanagerindex im Mai weist darauf hin, dass sich die Aussichten für das verarbeitende Gewerbe weiter eintrüben. Nur wenig besser sind die Ergebnisse der Mai-Umfrage für den Dienstleistungssektor und das Baugewerbe. Auch die angespannte Finanzierungssituation der Unternehmen wegen der anhaltend schwierigen Lage auf den Finanzmärkten dürfte die Investitionstätigkeit weiterhin erschweren. Bis zum Herbst dürften die Investitionen daher weiter zurückgehen, wenngleich mit abnehmenden Raten.

Auch vom Außenhandel kommen zurzeit keine nennenswerten Wachstumsimpulse. Eine anhaltende Belastung für den britischen Außenhandel geht von der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung in der Eurozone aus, in die etwa 50 Prozent der britischen Exporte fließen. Der derzeit zu beobachtende Rückgang bei den britischen Ausfuhren dürfte sich daher kurzfristig fortsetzen. Bei leicht steigenden Importen dürfte der Außenbeitrag zum Wachstum im Vereinigten Königreich daher in den kommenden Quartalen negativ ausfallen.

Die Geldpolitik wird angesichts der schwachen Wirtschaft stark expansiv bleiben. Denkbar sind insbesondere weitere Maßnahmen zum Ankauf von Wertpapieren (Quantitative Easing 3). Die Inflationsrate fiel zwar zuletzt leicht auf 2,8 Prozent, von einer Rückkehr zum Inflationsziel der Bank of England von zwei Prozent ist im Prognosezeitraum aber nicht auszugehen.

Vor allem wegen des schwachen ersten Quartals ist für 2012 mit einem leichten Rückgang der Produktion zu rechnen. Mit der konjunkturellen Besserung der Lage in der Europäischen Währungsunion dürfte das Wachstum im nächsten Jahr zwar positiv ausfallen, aber kaum über ein Prozent liegen.

Mittel- und Osteuropa

Die konjunkturellen Aussichten der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften trüben sich weiter ein, nachdem sich schon im ersten Vierteljahr das Wachstum deutlich verlangsamt hat. Nur in Polen zog aufgrund einer noch recht dynamischen Binnennachfrage die Konjunktur etwas an. Ansonsten beeinträchtigt die anhaltende Schwäche im Euroraum die Exporte der Region; davon sind insbesondere exportorientierte Länder wie Ungarn und Tschechien betroffen.

In vielen Ländern wirken sich sinkende staatliche Konsumausgaben zunehmend negativ auf die Binnennachfrage aus. In Polen dürfte die bis zuletzt noch recht kräftig gestiegene private Konsumnachfrage aufgrund der Konsolidierungsmaßnahmen der Regierung in Zukunft

weniger dynamisch wachsen; beabsichtigt ist, das Haushaltsdefizit von 5,1 Prozent im vergangenen Jahr auf 2,9 Prozent in diesem Jahr und 2,0 Prozent im nächsten Jahr zurückzuführen. Zudem wird wohl eine Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt zu geringeren Lohnerhöhungen führen und mit dem Ende der Fußballeuropameisterschaft entfallen die zuletzt positiven Sondereffekte auf die Investitionstätigkeit. Auch Rumänien und Ungarn setzen weiterhin auf eine stark restriktive Finanzpolitik, um das Vertrauen der internationalen Kreditgeber nicht zu verlieren. Die türkische Regierung hat Maßnahmen eingeleitet, die in den vergangenen Jahren entstandene Kreditblase durch restriktivere Kreditvergabebedingungen zu bekämpfen. Dies hat zu einem deutlichen Rückgang der Inflationsrate von über zehn Prozent auf zuletzt acht Prozent beigetragen. Kurzfristig dürfte dies die Entwicklung von Investitionen und Konsum ebenfalls dämpfen.

Schwächere Währungen und gestiegene Energie- und Rohstoffpreise haben zuletzt in den osteuropäischen EU Mitgliedsländern zu erhöhter Inflation geführt. Zudem sind in manchen Ländern Steuererhöhungen wirksam geworden. Der Einfluss dieser Effekte dürfte jedoch in den kommenden Quartalen zurückgehen. Bei anhaltender Unsicherheit im Euroraum ist außerdem mit einer Aufwertung der nationalen Währungen und damit günstigeren Importpreisen zu rechnen. Vielfach dürften zudem schwächere Lohnerhöhungen die Inflation dämpfen.

Russland

Für Russland ist für dieses Jahr nur eine geringe Abschwächung des Wachstums zu erwarten. Die Perspektiven für die Exporte in den Euroraum werden noch immer durch die Krise beeinträchtigt, und vor allem der

Außenhandel wird sich weiter nur verhalten entwickeln, da der Ölpreis annahmegemäß rückläufig ist. Im nächsten Jahr dürfte sich die wirtschaftliche Dynamik somit noch weiter eintrüben.

Die Binnennachfrage, der Wachstumsmotor in der jüngeren Vergangenheit, stützt sich weiterhin vor allem auf eine günstige Arbeitsmarktsituation. Die Arbeitslosenquote fiel im April unter sechs Prozent, auf den niedrigsten Stand seit Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008. Besonders im verarbeitenden Gewerbe nahm die Zahl der Beschäftigten merklich zu; dies lag aber vor allem an den höheren staatlichen Ausgaben im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen. Für den Prognosezeitraum ist hingegen nicht mit einer deutlichen Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt zu rechnen. Die Arbeitslosenquote dürfte in den Jahren 2012 und 2013 aber bei rund sechs Prozent verharren. Die Binnennachfrage wird damit zwar weiter gestützt, die Dynamik dürfte jedoch abnehmen. Der Produktionszuwachs in Russland wird wohl in diesem Jahr etwa der im vergangenen Jahr erreichten Rate von 4,7 Prozent entsprechen. Im nächsten Jahr dürfte die Rate mit gut vier Prozent etwas geringer sein.

Die verhaltene konjunkturelle Entwicklung und sinkende Nahrungsmittelpreise führten im ersten Halbjahr 2012 zu einer vergleichsweise niedrigen Inflationsrate von unter vier Prozent. Im weiteren Verlauf ist jedoch von einem Inflationsschub auszugehen. Erhöhungen der staatlich regulierten Energiepreise sowie höhere Einfuhrzölle auf Strom und Gas wurden bereits für Juli angekündigt. Die Inflation dürfte noch stärker steigen, falls die russische Zentralbank entgegen jüngster Ankündigungen eine expansivere Geldpolitik beschließen sollte, um den Spielraum bis zum Zielinflationbereich von fünf bis sechs Prozent zur Stimulierung der Realwirtschaft zu nutzen.

Deutschland: Krise im Euroraum dämpft Wirtschaft

Die spürbare Erholung der Stimmungsindikatoren zum Jahreswechsel bestätigte zunächst die Erwartung, dass die Krise im Euroraum die deutsche Wirtschaft nur vorübergehend belastet. Die Unternehmen setzten den dynamischen Beschäftigungsaufbau bis zuletzt fort, und das starke Wachstum im ersten Quartal sprach dafür, dass die deutsche Wirtschaft sich aus dem Griff der Krise gelöst habe.

Das kräftige Wachstum im ersten Vierteljahr (+0,5 Prozent gegenüber dem Schlussquartal 2011) war lediglich dem Zuwachs in einigen Dienstleistungsbranchen zu verdanken. Die Industrie hat wie schon seit Mitte 2011 kaum dazu beigetragen (Abbildung 14). Mittlerweile ist die Krise im Euroraum wieder in den Vordergrund gerückt, und es mehren sich die Zeichen für eine Eintrübung der Konjunktur. So stagnieren die Auftragseingänge in der Industrie seit geraumer Zeit. Zudem ist die Industrieproduktion zuletzt deutlich eingebrochen und auch die Exporte lagen zu Beginn des zweiten Quartals niedriger als im Durchschnitt des ersten Vierteljahrs. Die Krise im Euroraum belastet über die wegfallende Nachfrage aus den Krisenländern die deutsche Wirtschaft unmittelbar. Mittelbar wirkt sie sich durch die schwelende Unsicherheit dämpfend auf das Ausgabeverhalten der Haushalte und insbesondere der Unternehmen aus.

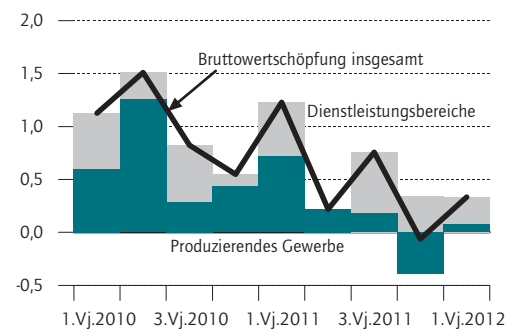
Die Unternehmen dürften sich zunächst weiter mit ihren Investitionen zurückhalten. Vor allem die exportabhängige Industrie wird im Sommerhalbjahr ihre Produktion merklich drosseln. Dies wird sich nach und nach auf die Zahl der Erwerbstätigen auswirken, insbesondere da das verarbeitende Gewerbe bereits im Winterhalbjahr gemessen am Beschäftigungsstand vergleichsweise wenig produziert hat. Der Abbau bei der Beschäftigung in der Industrie und bei den Unternehmensdienstleistern werden wohl von den übrigen Bereichen nicht vollständig kompensiert, so dass es zwischenzeitlich zu einem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung kommen wird. Insgesamt bleibt die Beschäftigung aber auf einem hohen Niveau (Tabelle 2). Dies und die damit einhergehenden hohen Lohnsteigerungen kurbeln den privaten Verbrauch an.

Im zweiten Quartal dürfte das Bruttoinlandsprodukt nur verhalten zugelegt haben (Tabelle 3). Für den weiteren Verlauf ist aber wieder mit kräftigeren Raten zu rechnen (Abbildung 15). Im Jahr 2012 wird die gesamtwirtschaftliche Produktion jedoch nur ein Prozent höher liegen als 2011.

Abbildung 14

Bruttowertschöpfung nach Sektoren

Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Die Industrie hat bereits im Winterhalbjahr das Wachstum belastet.

Im kommenden Jahr wird Deutschland von der leichten Belebung der Weltwirtschaft profitieren. Besonders das Wachstum in den Schwellenländern wird die Exporte stützen. Im späteren Verlauf wird sich dann auch die Nachfrage aus dem Euroraum allmählich erholen. Zudem stärkt der Rückgang der Rohölpreise die Kaufkraft der Haushalte. Vor allem aber treibt der private Verbrauch das Wachstum, da die Löhne weiter zulegen und ab dem Jahreswechsel wieder Beschäftigung aufgebaut wird. Dies und die allmähliche Belebung der Exporte dürfte im späteren Verlauf auch die Investitionstätigkeit wieder anregen. Da die Unsicherheit aufgrund der Krise im Euroraum allmählich abebbt, wird das anhaltend günstige Finanzierungsumfeld dann wieder stärker zum Tragen kommen. Im Jahr 2013 wird die deutsche Wirtschaft daher wieder dynamischer wachsen und im Jahresvergleich um knapp zwei Prozent zulegen.

Das Produktionspotenzial⁹ der deutschen Wirtschaft wird in diesem Jahr mit 1,6 Prozent etwas kräftiger zu-

⁹ Zur Berechnung wenden wir die Methode der EU-Kommission auf die vorliegende Konjunkturprognose an. Für eine ausführliche Dokumentation vgl. DAuria, F., Denis, C., Havik, K., Mc Morrow, K., Planas, C., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A. (2010): The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates and Output Gaps. Economic Papers 420. Die Europäische Kommission stellt neben ausführlichen Informationen auch zur Berechnung notwendige Programme und Daten zur Verfügung, siehe circa.europa.eu/Public/irc/ecfin/outgaps/library. Zu den Ergebnissen der Europäischen Kommission vgl. Annual macro-economic database.

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	1,1	-5,1	3,7	3,0	1,0	1,9
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	40 345	40 362	40 553	41 096	41 508	41 657
Erwerbslose, ILO (1 000 Personen)	3 136	3 228	2 946	2 501	2 460	2 520
Arbeitslose, BA (1 000 Personen)	3 258	3 415	3 238	2 976	2 918	2 952
Erwerbslosenquote ² , ILO (in Prozent)	7,5	7,8	7,1	5,9	5,8	5,9
Arbeitslosenquote ² , BA (in Prozent)	7,8	8,1	7,7	7,1	6,9	6,9
Verbraucherpreise ³ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	2,6	0,3	1,1	2,3	2,1	1,8
Lohnstückkosten ⁴ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	2,3	6,0	-1,5	1,3	2,7	1,7
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
In Milliarden Euro	-1,4	-76,1	-106,0	-25,6	-9,7	-3,9
In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	-0,1	-3,2	-4,3	-1,0	-0,4	-0,1
Leistungsbilanzsaldo in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	6,2	6,0	5,9	5,5	5,5	5,2

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die Erwerbspersonen im Inland (ILO) beziehungsweise die zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigen.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin; 2012 und 2013 Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Tabelle 3

Quartalsdaten der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent, saison- und kalenderbereinigt

	2011				2012				2013			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Private Konsumausgaben	0,4	-0,6	1,2	-0,2	0,4	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,5
Öffentliche Konsumausgaben	-0,1	0,9	0,2	0,6	0,2	0,3	0,6	0,7	0,3	0,2	0,2	0,2
Ausrüstungen	0,7	0,5	1,9	0,0	-0,8	0,3	0,8	1,2	1,5	2,0	2,2	2,4
Bauten	7,2	-0,5	-1,0	1,9	-1,3	2,2	0,4	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2
Sonstige Investitionen	-0,4	1,1	2,0	2,0	-1,2	0,0	0,8	0,8	0,9	1,0	1,0	1,0
Lagerveränderung ¹	0,0	0,8	-0,5	0,0	-0,4	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,9	0,6	0,4	0,2	-0,3	0,5	0,4	0,5	0,4	0,5	0,5	0,6
Außenbeitrag ¹	0,5	-0,3	0,3	-0,4	0,9	-0,2	-0,1	0,0	0,2	0,2	0,2	0,1
Ausfuhr	2,1	2,2	2,6	-1,5	1,7	0,8	1,2	1,4	1,8	1,9	2,0	2,2
Einfuhr	1,3	3,3	2,4	-0,8	0,0	1,5	1,5	1,7	1,7	1,8	2,0	2,3
Bruttoinlandsprodukt	1,3	0,3	0,6	-0,2	0,5	0,2	0,3	0,4	0,5	0,6	0,6	0,6

1 Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab zweitem Quartal 2012.

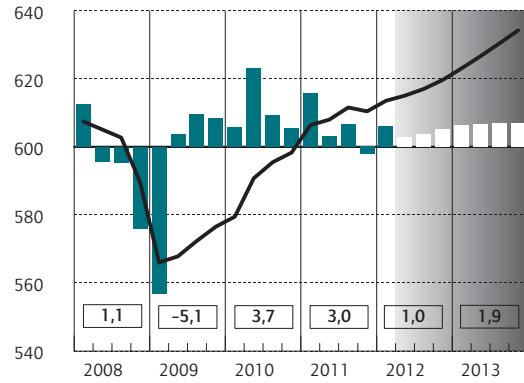
© DIW Berlin 2012

Abbildung 15

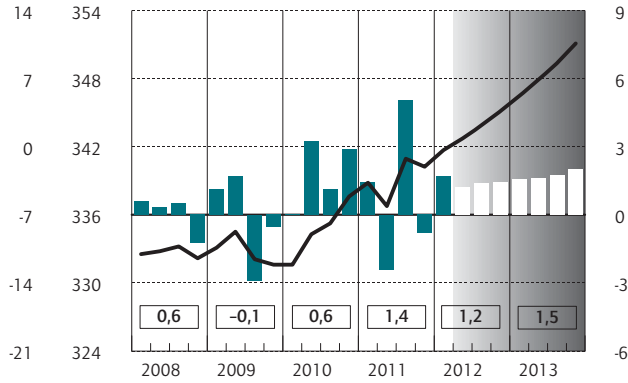
Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

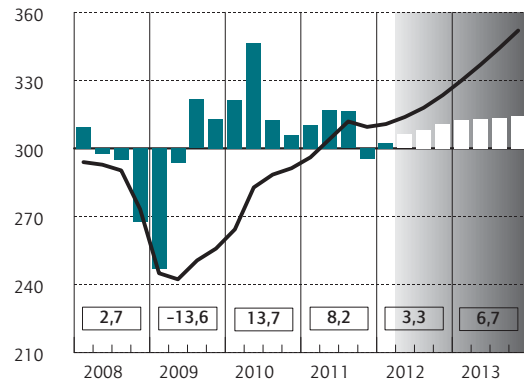
Bruttoinlandsprodukt



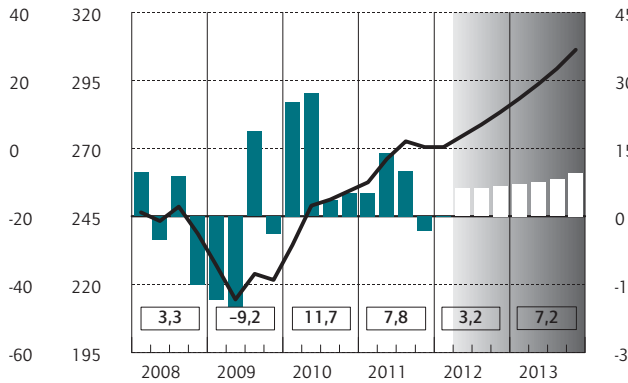
Konsumausgaben der privaten Haushalte



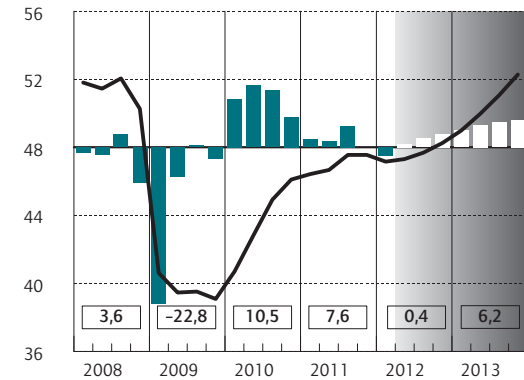
Exporte



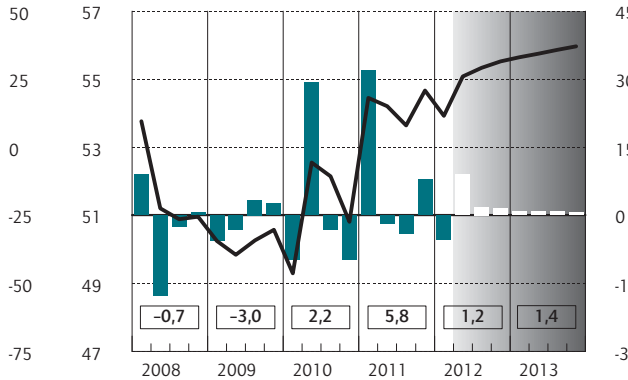
Importe



Ausrüstungsinvestitionen



Bauinvestitionen



— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)
 ■ Veranderung gegenüber dem Vorquartal¹ in Prozent (rechte Skala)
 Veranderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (Ursprungswerte)

¹ Auf Jahresrate hochgerechnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, 2012 und 2013 Prognose des DIW Berlin.

Eine kräftige Binnennachfrage schiebt das Wachstum; die Exporte ziehen erst im späteren Verlauf an.

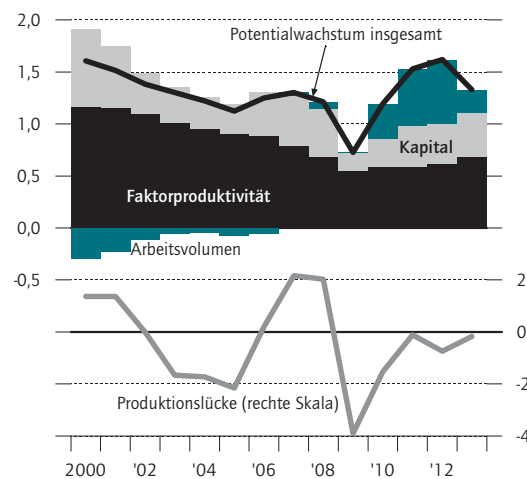
nehmen als im vergangenen Jahr (Abbildung 16), im kommenden Jahr werden es nur noch 1,3 Prozent sein. Der Grund für das langsamere Potenzialwachstum ist im Wesentlichen, dass die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter¹⁰ ab dem kommenden Jahr schrumpft. Die nach wie vor steigende Erwerbsneigung dagegen stützt das Wachstumspotenzial. Nachdem die Produktionslücke im vergangenen Jahr annähernd geschlossen war, weitet sie sich in diesem wieder aus. Da die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr vergleichsweise schwach wächst, steigt der Abstand zum Produktionspotenzial auf etwa ¾ Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im kommenden Jahr werden trotz des kräftigen Produktionswachstums die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten leicht unterausgelastet bleiben (- 0,2 Prozent). Dies dämpft den Preisauftrieb. Da die Unternehmen jedoch einen Teil der kräftigen Lohnanhebungen weiterreichen dürften, steigt die Kerninflationsrate. Nur aufgrund der rückläufigen Teuerungsrate bei Energie gibt die Inflationsrate in Deutschland in diesem Jahr

¹⁰ Entsprechend der Kommissionsmethode wird die Eurostat-Bevölkerungsprojektion vom Mai 2011 unterstellt; diese Vorgehensweise resultiert in einem Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter um 0,3 Prozent im Jahr 2013.

Abbildung 16

Potentialwachstum, seine Komponenten und die Produktionslücke¹

In Prozentpunkten



¹ In Prozent des Potentials.

Quellen: Statistisches Bundesamt; EU-Kommission; Berechnungen des DIW Berlin.

Obwohl das Wachstumspotential demografisch bedingt ab 2013 zurückgeht, bleibt die Wirtschaft leicht unterausgelastet.

auf rund zwei Prozent etwas nach und dürfte im kommenden Jahr leicht darunter liegen.

Kurze Schwächephase auf dem Arbeitsmarkt

Der Aufschwung bei der Erwerbstätigkeit, der insbesondere zu Beginn dieses Jahres sehr kräftig ausfiel, schwächte sich zuletzt ab. Der saisonbereinigte Anstieg bei der Zahl der Erwerbstätigen lag im Durchschnitt von April und Mai nur noch bei 36 000, während er im ersten Quartal noch 60 000 betragen hatte. Im Wesentlichen hat die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten zugelegt. In welcher Weise sich unter diesen Arbeitnehmern die Vollzeit- und die Teilzeittätigkeit entwickelt hat, lässt sich derzeit wegen Änderungen in der amtlichen Statistik nur schwer beurteilen.¹¹ Eindeutig ist aber, dass vor allem die Teilzeitbeschäftigung gewachsen ist.¹² Die Zahl derjenigen Personen, die lediglich einem Mini-Job nachgehen, nimmt dagegen weiter ab. Möglicherweise werden Mini-Jobs in sozialversicherungspflichtige Teilzeitarbeitsverhältnisse umgewandelt. Gestiegen ist indes die Zahl jener Arbeitnehmer, die neben einer anderen Beschäftigung einen Mini-Job ausüben. Angezogen hat auch die Selbstständigkeit.

Die Zahl der bei den Arbeitsagenturen registrierten offenen Stellen, die allerdings nur einen Teil der gesamtwirtschaftlichen Vakanzen abbildet, geht seit Beginn dieses Jahres leicht zurück. Die Zahl der Arbeitslosen zieht seit April in saisonbereinigter Betrachtung leicht an; auch die Statistik der Erwerbslosen zeigt, dass der Abbau der Unterbeschäftigung zuletzt zum Stillstand kam.

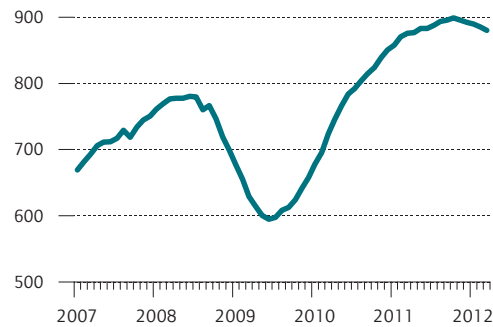
Auf dem Arbeitsmarkt zeichnet sich also eine Schwächephase ab. Die wieder schwächere Produktionsentwicklung zieht einen leichten Abbau der Beschäftigung und einen Zuwachs bei der Zahl der Arbeitslosen im zweiten Halbjahr nach sich. Der Anstieg der Erwerbslosigkeit

¹¹ Die für die Erfassung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zuständige Bundesagentur für Arbeit führt eine Erhebung bei den Arbeitgebern durch, um die Beschäftigten insbesondere mit Blick auf deren ausgeübte Tätigkeiten besser zu erfassen. Dabei geht es auch um Merkmale zur Vollzeit- und zur Teilzeitbeschäftigung. Wegen konzeptueller Änderung bei der Definition der Teilzeitarbeit und wegen der bisher eingegangenen Informationen mussten die Daten zur Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung revidiert werden. Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigungsstatistik - Umstellung der Erhebungsinhalte bei den Merkmalen „ausgeübte Tätigkeit“ (Beruf), „Arbeitszeit“ und „Ausbildung“. Methodenbericht der Statistik der BA, Nürnberg 2012.

¹² Nach den von der Bundesagentur für Arbeit veröffentlichten Daten, die gemäß neuer Methode ab Juli 2011 zuverlässig seien, hat von dieser Zeit bis April 2012 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Vollzeit um 650 000 abgenommen und die der Teilzeitkräfte ist um 1,2 Millionen gestiegen.

Abbildung 17

Zahl der Leiharbeiter¹
In 1 000 Personen



¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Die Zahl der Leiharbeiter nimmt seit November ab.

dürfte allerdings teilweise durch eine innerbetriebliche Minderung der Arbeitszeit aufgefangen werden.

Zudem wird wohl das Erwerbspersonenpotential, das bis Beginn dieses Jahres kräftig zunahm, im weiteren Verlauf nicht mehr so stark zulegen. Durch die 2011 hergestellte Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus den 2004 zur EU beigetretenen Staaten kam es zu einem Zuwanderungsschub, der nun mehr und mehr abklingen dürfte (Kasten 3). Für große Wanderungsgewinne aus Südeuropa gibt es derzeit keine Anzeichen. Zudem wird sich die Eintrübung der Arbeitsmarktlage dämpfend auf weitere Zuwächse bei der Immigration und der Erwerbsbeteiligung auswirken.

Da die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal wieder spürbar anziehen dürfte, hellt sich ab dem Jahreswechsel die Lage auf dem Arbeitsmarkt wieder auf. Dadurch könnten gerade solche Arbeitslose, die im Zuge des zeitweiligen Beschäftigungsabbaus ihren Job verloren haben, rasch wieder ins Erwerbsleben zurückfinden – zumal Kurzarbeitslosigkeit die Vermittlungschancen kaum einschränkt. Deshalb wird sich der Beschäftigungsaufbau weniger als bisher aus einer Zunahme des Erwerbspersonenpotentials speisen.

Eine zunächst schwache Beschäftigungsentwicklung ist insbesondere bei den von der Auslandsnachfrage abhängigen Sektoren zu erwarten – also bei der Industrie sowie bei industrienahen Dienstleistungszweigen. Dazu zählt auch die Leiharbeit; in dieser besonders stark auf die Konjunktur reagierenden Branche ist der Personal-

Tabelle 4

Arbeitsmarktbilanz
In Millionen Personen

	2010	2011	2012	2013
Erwerbstätige im Inland	40,55	41,10	41,51	41,66
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	4,49	4,54	4,56	4,62
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ¹	27,77	28,46	28,94	29,07
Beamte, Richter, Zeit- und Berufssoldaten	1,85	1,85	1,85	1,85
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)	4,88	4,86	4,71	4,68
Sonstige	1,56	1,39	1,45	1,44
+/- Pendler, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes beziehungsweise im Ausland etc.	-0,05	-0,06	-0,06	-0,06
Erwerbstätige Inländer	40,51	41,04	41,45	41,60
Erwerbslose	2,95	2,50	2,46	2,52
Erwerbspersonen	43,45	43,54	43,91	44,12
<i>Nachrichtlich:</i>				
Arbeitslose	3,24	2,97	2,92	2,95
Arbeitslosenquote BA ² in Prozent	7,7	7,1	6,9	6,9
Arbeitslosenquote SGB ³ in Prozent	10,4	9,4	9,2	9,2
Erwerbslosenquote ILO-Statistik in Prozent	7,1	5,9	5,8	5,9
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO	38,66	39,64	39,70	39,84

¹ Bis 2011 einschließlich Personen im Freiwilligendienst.

² Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

³ Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe aus sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Die Arbeitslosenquote wird bis Ende 2013 nicht steigen.

stand seit Ende 2011 auf Talfahrt (Abbildung 17). In diesen Wirtschaftsbereichen wird sich die Beschäftigung zu Beginn des nächsten Jahres erholen und mehr und mehr zulegen. Die konsum- und haushaltsnahen Sektoren werden indes die konjunkturelle Schwäche kaum zu spüren bekommen und ihre Beschäftigung in diesem wie im nächsten Jahr aufstocken. Dasselbe gilt für die Bauwirtschaft.

Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2012 um ein Prozent auf 41,5 Millionen Erwerbstätige steigen; rechnerisch wird der Personalabbau in der zweiten Jahreshälfte durch den starken Aufbau zu Jahresbeginn mehr als kompensiert (Tabelle 4). Im nächsten Jahr ergibt sich ein Plus von knapp 0,4 Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt bei 2,92 Millionen liegen (6,9 Prozent der zivilen Erwerbspersonen), im kommenden Jahr werden es etwa ebensoviele sein.

Das Arbeitsvolumen dürfte in diesem Jahr deutlich geringer ausfallen als 2011; das liegt neben dem generellen Trend zur Teilzeitarbeit an innerbetrieblichen Arbeitszeitverkürzungen (Abbau von Überstunden und Arbeits-

Kasten 3

Zur aktuellen Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials

Tabelle 1

**Saldo der Zuzüge und Fortzüge von Ausländern
im Alter von 20 bis 64 Jahren**

In 1 000 Personen

Staatsangehörigkeit	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Europa	64,0	62,8	71,9	46,0	42,2	92,8	191,4
EU bis 2004	2,2	4,4	6,0	4,3	1,0	13,0	34,3
<i>darunter:</i>							
Griechenland	-3,0	-2,8	-2,9	-3,3	-3,5	0,9	7,9
Spanien	0,2	-0,1	0,3	0,3	0,6	1,9	4,8
Portugal	-0,6	-0,2	0,4	0,6	0,1	0,5	2,3
EU-Beitrittsländer 2004¹	35,5	39,9	29,1	15,9	11,9	26,6	82,7
<i>darunter:</i>							
Polen	32,0	34,0	22,6	10,0	7,9	17,8	52,0
Ungarn	2,5	4,2	5,6	5,8	3,4	7,8	15,2
EU-Beitrittsländer 2007	0,9	0,8	20,6	15,6	16,7	28,9	48,3
Rumänien	1,2	1,0	13,1	9,5	9,8	18,2	31,5
Bulgarien	-0,3	-0,2	7,5	6,2	6,9	10,7	16,8
Andere Erdteile²	32,7	34,1	36,6	37,6	44,4	55,0	78,2
Insgesamt	96,7	96,8	108,5	83,6	86,7	147,8	269,5

1 Ohne Malta und Zypern.

2 Einschließlich Staatenloser und Personen mit unbekannter Staatsangehörigkeit.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Im Zuge des jüngsten kräftigen Beschäftigungsaufschwungs hat sich zwar die Arbeitslosigkeit deutlich vermindert, aber in einem viel geringerem Maß als die Erwerbstätigkeit gestiegen ist. So war nach der amtlichen Erwerbstätigenrechnung im Mai 2012 die Zahl der Erwerbstätigen um 560 000 höher als im entsprechenden Vorjahresmonat. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen nahm im selben Zeitraum indes nur um 100 000 ab, bei den Erwerbslosen gemäß ILO-Konvention ergab sich ein ebensolcher Rückgang.¹ Die Zahl der Erwerbspersonen, also jener Einwohner, die einen Arbeitsplatz haben oder suchen, hat also erheblich zugenommen. Nach Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen übertraf die Zahl im ersten Quartal 2012 das Ergebnis des entsprechenden Quartals des Vorjahrs um 270 000. Dafür kann es zwei Gründe geben. Zum einen könnte es sein, dass die erwerbsfähige

1 Arbeitslose und Erwerbslose unterscheiden sich hinsichtlich der Definition sowie der Erfassung dieser Gruppen. Arbeitslose sind solche Personen, die bei den Arbeitsagenturen als arbeitslos gemeldet sind. Unter ihnen gibt es Personen, die erwerbstätig sind, aber nicht mehr als 15 Stunden pro Woche arbeiten. Die Zahl der Erwerbslosen wird anhand regelmäßiger Umfragen (Mikrozensus) erhoben. Sie dürfen definitionsgemäß keiner Erwerbstätigkeit nachgehen und müssen bereit sein, ein Stellenangebot kurzfristig anzunehmen. Zu den Erwerbslosen zählen auch solche Personen, die zwar nicht bei den Arbeitsagenturen gemeldet sind, aber dennoch einen Job suchen.

Bevölkerung zugelegt hat – etwa infolge von Wanderungen. Zum anderen könnte sich das Erwerbsverhalten geändert haben, sodass von den Einwohnern im erwerbsfähigen Alter ein größerer Teil dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Wie im Folgenden gezeigt wird, ist der Zuwachs bei den Erwerbspersonen vor allem hierauf zurückzuführen.

Aktuelle Daten über Wanderungen gibt es derzeit nur aus den einschlägigen jährlichen Bevölkerungsstatistiken, die aber keine Angaben über den Erwerbsstatus enthalten. Es ist also nicht bekannt, ob es sich bei den Zu- und Abwanderern um Erwerbspersonen oder etwa um Studenten, arbeitsmarktferne Familienangehörige oder um nicht erwerbsberechtigte Asylbewerber handelt. Nachdem bei den Ausländern schon im Jahr 2010 die Zuwanderungen nach Deutschland angezogen hatten, gab es 2011 einen deutlicheren Schub (Tabelle 1). Da zugleich die Abwanderungen konstant blieben, ergab sich bei den Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit ein merklicher Anstieg der Wanderungsgewinne. Im Jahr 2011 belief er sich nach Angaben des Ausländerzentralregisters bei den Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren auf 270 000, im Jahr zuvor hatte der Überschuss noch knapp 150 000 betragen.²

Die Wanderungsgewinne ergaben sich vor allem bei den Ausländern mit Nationalität europäischer Staaten. Besonders deutlich zugelegt hat 2011 die Zuwanderung aus jenen Ländern, die 2004 der EU beigetreten sind – dabei vor allem aus Polen. Das liegt daran, dass seit Anfang Mai 2011 für Arbeitnehmer aus diesen Staaten auch von Deutschland die Freizügigkeit gewährt wird. Weiter kräftig zugenommen haben auch die Zuwanderungen aus den EU-Beitrittsländern von 2007, also aus Rumänien und Bulgarien. Für Arbeitskräfte von dort besteht in Deutschland zwar noch keine vollständige Freizügigkeit, doch können Sonderregelungen (etwa Saisonarbeit, Werkvertragstätigkeit, Selbständigkeit) zur Arbeitsaufnahme in Anspruch genommen werden.³ Prozentual besonders stark zugenommen haben die Wanderungsgewinne bei Ausländern aus den EU-Mitgliedsländern vor 2004. Die Hälfte des Zuwachses entfällt auf Personen aus den südeuropäischen Krisenstaaten Griechenland, Portugal und Spanien. Zudem hat sich bei Personen dieser Nationalitäten wohl wegen der schlechten Beschäftigungslage in ihren Herkunftsländern

2 Die amtliche Statistik kann nur die regulären Wanderungsbewegungen abbilden. Hierbei besteht bei den Fortzügen die große Gefahr der Untererfassung, da Abwanderer es nicht selten unterlassen, sich bei den zuständigen Stellen abzumelden.

3 Brenke, K: Arbeitskräfte aus Mittel- und Osteuropa: Bisher keine starke Zuwanderung – und auch keine Belastungen für den Arbeitsmarkt zu erwarten. DIW Wochenbericht Nr. 18/2011.

Tabelle 2

Wanderungen deutscher Staatsbürger aus dem Ausland und in das Ausland

	Zuwanderungen	Abwanderungen	Wanderungssaldo
2005	128 051	144 815	-16 764
2006	103 388	155 290	-51 902
2007	106 014	161 105	-55 091
2008	108 331	174 759	-66 428
2009	114 700	154 988	-40 288
2010	114 752	141 000	-26 248
2011	116 474	140 122	-23 648
<i>darunter:</i>			
Schweiz	10 869	22 540	-11 671
USA	10 777	13 053	-2 276
Polen	9 262	7 602	1 660
Spanien	7 468	6 685	783
Österreich	6 879	11 073	-4 194
Großbritannien	6 487	8 385	-1 898
Frankreich	6 128	6 638	-510

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

die Abwanderung aus Deutschland vermindert. In absoluten Zahlen belaufen sich die Wanderungsgewinne bei Ausländern aus den südeuropäischen Krisenstaaten zusammengenommen nach den bisher verfügbaren Zahlen, die bis Ende 2011 reichen, aber nur auf wenige Tausende – und auf viel weniger als beispielsweise die Wanderungsgewinne mit Blick auf Polen, Rumänien oder Bulgarien.

Bei den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit blieben die Zuwanderungen in den letzten Jahren dagegen weitgehend konstant (Tabelle 2). Nachgelassen haben indes die Abwanderungen. Sie liegen aber immer noch über den Zuwandererzahlen, sodass sich weiterhin bei Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit ein negativer Saldo im Bevölkerungsaustausch mit dem Ausland ergibt, groß war er im Jahr 2011 mit etwa 24 000 – ermittelt über alle Altersgruppen – aber nicht.⁴ Nach wie vor besonders beliebt sind bei deutschen Auswanderern die Schweiz, die USA, Österreich und das Vereinigte Königreich.

Über das Erwerbsverhalten können die Daten des Mikrozensus Auskunft geben; sie sind bis zum vierten Quartal 2011 verfügbar. Im Vergleich zum entsprechenden Quartal des vorhergehenden Jahres hat die Erwerbsbeteiligung deutlich angezogen – und zwar in allen Altersgruppen, besonders aber

⁴ Daten über die Wanderungen deutscher Staatsbürger sind derzeit noch nicht differenziert nach dem Alter verfügbar.

Tabelle 3

Erwerbsbeteiligung und Veränderung der Zahl der Erwerbspersonen nach Altersgruppen

In Prozent

Altersgruppe	Erwerbsquote		Veränderung	Beitrag zum Wachstum der Zahl der Erwerbspersonen	Veränderung der Zahl der Einwohner
	4. Vj. 2010	4. Vj. 2011			
	vom 4. Vj. 2010 zum 4. Vj. 2011				
15 bis 24 Jahre	52,1	53,2	2,3	15,9	0,2
25 bis 49 Jahre	87,7	88,2	-0,2	-7,2	-0,8
50 bis 64 Jahre	71,6	72,9	4,4	74,2	2,5
15 bis 64 Jahre	76,8	77,6	1,4	82,9	0,4
65 bis 74 Jahre	6,3	7,7	19,4	17,1	-2,3
15 bis 74 Jahre	66,1	67,2	1,6	100,0	-0,0

Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

bei den Älteren. Die Erwerbsquote, die den Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung angibt, ist bei Personen bis zu 64 Jahren innerhalb nur eines Jahres um 0,8 Prozentpunkte gestiegen; bei den Personen bis zu 74 Jahren ergab sich sogar ein Anstieg von mehr als einem Prozentpunkt (Tabelle 3).

Wegen der gestiegenen Erwerbsneigung ist die Zahl der Erwerbspersonen schneller als die Zahl der Einwohner im entsprechenden Alter gestiegen. Unter den Personen im Alter von 15 bis zu 64 Jahren hat im Beobachtungszeitraum die Bevölkerung lediglich um 0,4 Prozent zugenommen, die Zahl der Erwerbspersonen indes um 1,4 Prozent. Der Aufbau des Erwerbspersonenpotentials ist hier also zu knapp drei Vierteln auf die erhöhte Erwerbsbeteiligung zurückzuführen. Hinzu kommt, dass immer mehr Personen über 64 Jahren auf dem Arbeitsmarkt zu finden sind. Hier wie bei den 50- bis 64-Jährigen hat die Erwerbsbeteiligung besonders stark zugelegt. In der Gruppe der 25- bis 49-Jährigen indes hat zwar die Erwerbsquote zugenommen, dies glich aber den demographisch bedingten Rückgang nicht ganz aus.

Alles in allem: Die Zunahme des Erwerbspersonenpotentials kam zuletzt vor allem dadurch zustande, dass ein steigender Teil der Bevölkerung am Arbeitsmarkt teilnimmt. Damit hat sich ein langjähriger Trend fortgesetzt.⁵ Die Zahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter ist ebenfalls gestiegen. Das dürfte vor allem auf die vermehrte Zuwanderung zurückzuführen sein.

⁵ Brenke, K., Zimmermann, K. E.: Ältere auf dem Arbeitsmarkt. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW Berlin, Nr. 2/2011.

zeitkonten) sowie an der geringeren Zahl an Werktagen. Im nächsten Jahr steigt die Zahl der Arbeitsstunden je Erwerbstätigen leicht; die vermehrte Teilzeitarbeit wird dadurch kompensiert, dass die Vollzeitbeschäftigten wegen der besseren Auftragslage wieder länger arbeiten.

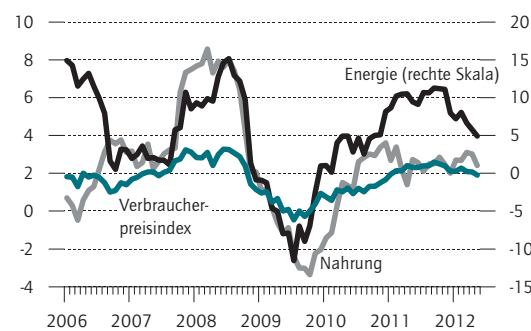
Anfang dieses Jahres setzte sich der spürbare Zuwachs bei den Löhnen fort. Insbesondere die Bruttolöhne je Arbeitnehmer legten zu. In jüngster Zeit sind für eine Reihe wichtiger Branchen Tarifabschlüsse ausgehandelt worden, die für das laufende Jahr kräftige Lohnanhebungen erwarten lassen. Für das kommende Jahr ist auch wegen der dann wieder zunehmenden Beschäftigung mit noch kräftigeren Zuwächsen bei den Entgelten zu rechnen. Da die Teuerung geringer ausfällt, kommen die Arbeitnehmer 2012 und 2013 auf merklich steigende Reallöhne.

**Verbraucherpreise:
Inflationsdruck aus dem Inland nimmt zu**

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich zuletzt etwas abgeschwächt. Im Juni lag die Teuerungsrate gegenüber dem Vorjahresmonat mit 1,7 Prozent auf dem niedrigsten Stand seit Dezember 2010 und damit unter der Zwei-Prozent-Marke (Abbildung 18). Die leichte Entspannung der Verbraucherpreisinflation ist teilweise auf die stark erhöhten Preise bei Nahrungsmitteln und Energie im vergangenen Jahr zurückzuführen. Zwar lagen die Energiepreise im Juni wohl immer noch knapp fünf Prozent über dem Vorjahresniveau. In den vergangenen Monaten jedoch gingen die Energiepreise deut-

Abbildung 18

Wichtige Komponenten der Teuerung
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quelle: Datastream.

© DIW Berlin 2012

Die Inflation hat zuletzt etwas nachgelassen – besonders die Teuerungsraten bei der Energie sind seit dem Frühjahr 2012 rückläufig.

lich zurück, was vor allem auf die fallenden Preise bei den Mineralölprodukten zurückzuführen ist. Die Kernrate der Inflation, also die Teuerungsrate ohne die volatilen Komponenten Energie und Nahrungsmittel, hat seit April 2011 deutlich angezogen, wenngleich sie im Juni wohl leicht gesunken ist.

Im Prognosezeitraum wird die Kerninflationsrate aufgrund der starken Lohnentwicklung weiter anziehen. Regressionsanalysen deuten darauf hin, dass sich Zuwächse bei den Bruttolöhnen und -gehältern zeitverzögert in der Kerninflationsrate niederschlagen. Durch die kräftigen Tarifabschlüsse im vergangenen und in diesem Jahr kommt es im Prognosezeitraum dementsprechend zu Inflationsdruck. Bei steigender Inlandsnachfrage können die Produzenten die deutlichen Lohnsteigerungen – zumindest teilweise - an die Verbraucher weitergeben. Für die kommenden Quartale ist also mit verstärktem Preisdruck von Seiten der Binnenwirtschaft zu rechnen, so dass die Kernrate ohne Nahrungsmittel und Energie bis Ende 2013 deutlich anziehen wird. 2012 wird sie bei 1,6 Prozent liegen und im kommenden Jahr bei 1,9 Prozent.

Der Inflationsdruck von Seiten der Energiepreise wird sich dagegen weiter abschwächen. Zwar müssen die Verbraucher in diesem Jahr - aufgrund der kräftigen Anstiege zu Jahresbeginn – noch einmal eine Erhöhung der Kosten für Energie um knapp sechs Prozent hinnehmen. Im kommenden Jahr werden die Energiepreise dann aber bedingt durch die hier angenommene Ölpreisentwicklung wesentlich schwächer zulegen. Preistreibend dürften allerdings weiterhin Strom und Gas wirken. Zum einen ist mit Aufschlägen bei der Umlage zur Förderung erneuerbarer Energien (EEG-Umlage) zu rechnen: Es zeichnet sich ab, dass die für 2012 kalkulierte EEG-Umlage nicht ausreicht, um die Kosten für die Förderung von Ökostrom zu decken¹³. Damit droht den Verbrauchern eine spürbare Erhöhung der EEG-Umlage für 2013. Darüber hinaus könnten im kommenden Jahr auch die Netzentgelte weiter steigen¹⁴.

Auch bei den Nahrungsmittelpreisen setzt sich der Aufwärtstrend im Prognosezeitraum fort, wenn auch mit geringerem Tempo. Darauf weisen sowohl Marktnotierungen als auch die zuletzt rückläufigen Einfuhrpreise

¹³ Im Mai 2012 haben die Ausgaben für die Förderung von Ökostrom die Einnahmen deutlich überschritten. Sollten die EEG-Ausgaben am Ende des Jahres höher als geplant ausfallen, fließen die Mehrkosten in die Berechnung der EEG-Umlage für 2013 ein und werden so an die Verbraucher weitergegeben.

¹⁴ Laut eines Urteils des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 6. 6. 2012 muss die Kostenumlage für Strom- und Gasnetze von der Bundesnetzagentur neu berechnet werden. Sollte das Urteil rechtskräftig werden, müssen die Verbraucher sowohl mit Aufschlägen bei den Netzentgelten als auch mit Nachforderungen der Energieversorger rechnen.

für Nahrungsmittel hin, die sich zeitverzögert in den Nahrungsmittelpreisen niederschlagen.

Insgesamt wird die Inflation in diesem Jahr etwas über zwei Prozent betragen. Im kommenden Jahr dürfte sie aufgrund der Entspannung bei den Energie- und Nahrungsmittelpreisen wieder unter der Zwei-Prozent-Marke liegen.

Privater Verbrauch profitiert von guter Einkommenssituation

Der private Konsum war zum Jahresauftakt recht kräftig. Dies lag an den deutlichen Lohnsteigerungen. Effektiv nahmen die Löhne je Erwerbstätigem um 2,6 Prozent im Jahresvergleich zu. Gleichzeitig ist die Beschäftigung weiter gestiegen, sodass die Bruttolöhne und -gehälter um 4,2 Prozent höher lagen als im ersten Quartal 2011. Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen haben um 3,4 Prozent zugenommen, etwas schwächer als in den vorangegangenen Quartalen. Die monetären Sozialleistungen sind hingegen zurückgegangen, vor allem, weil die Zahl der Empfänger von Lohnersatzleistungen spürbar niedriger war. Insgesamt waren die verfügbaren Einkommen um 3,6 Prozent höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zuwachsrate lag damit fast anderthalb Prozentpunkte über der Teuerungsrate.

Im Jahr 2012 dürfte die gesamtwirtschaftliche Lohnsumme mit 3,8 Prozent kräftig anziehen. Neben einem Plus bei der Beschäftigung von einem Prozent im Jahresdurchschnitt tragen hierzu vor allem die Lohnanstiege (um 2,7 Prozent je Erwerbstätigem) bei. Aufgrund der *kalten Progression* fällt der Anstieg der Nettolöhne etwas niedriger aus. Die monetären Sozialleistungen ziehen dagegen spürbar an. Dies liegt zum einen an der Rentenerhöhung zur Jahresmitte, aber auch an den steigenden Zahlungen aus den privaten Sicherungssystemen. Die den Haushalten zufließenden Einkommen aus Vermögen steigen indes relativ schwach, etwa aufgrund geringerer Dividendenzahlungen und Erträgen aus anderen Anlageformen. Insgesamt steigen die verfügbaren Einkommen der Haushalte dieses Jahr um 3,2 Prozent und damit deutlich stärker als der Konsumdeflator.

Der Beschäftigungszuwachs wird 2013 nicht mehr so hoch wie in diesem Jahr sein, die Lohnsteigerungen je Arbeitnehmer dürften jedoch mit einem Plus von 3,2 Prozent kräftiger ausfallen als 2012. Insgesamt steigen die Bruttolöhne und -gehälter 2013 ähnlich stark wie in diesem Jahr. Die Nettolöhne nehmen etwas schwächer zu, denn der progressionsbedingte Lohnsteueranstieg wird durch das Gesetz zum Abbau der *kalten Progression* lediglich gemindert. Wiederum wird die Rentenanpassung zur Jahresmitte kräftig sein, wenn auch nicht mehr so groß wie 2012; dies schiebt die mo-

netären Sozialleistungen erneut an. Insgesamt dürfte der Zuwachs aber etwas geringer ausfallen als 2012, weil die Lohnersatzleistungen bei anziehender Konjunktur zurückgehen. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen steigen im Jahr 2013 im Zuge der schwungvolleren konjunkturellen Entwicklung wieder stärker. Die verfügbaren Einkommen legen alles in allem weiter kräftig zu. Der Anstieg von 3,4 Prozent übersteigt die Teuerung bei Konsumgütern wiederum deutlich, auch wenn letztere leicht anziehen dürfte.

Da sich die Haushalte aufgrund der Zuspitzung der Krise im Euroraum bei ihren Ausgaben wohl wieder zurückhalten werden, dürfte der private Verbrauch – trotz der insgesamt guten Einkommenssituation – zunächst gedämpft verlaufen. Im ersten Quartal senkten die Haushalte ihre Sparquote noch, weil sich die Krise im Euroraum zu entschärfen schien. Nun dürfte sie wieder angehoben werden und vorübergehend auf 11,2 Prozent steigen. Auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt und die Reduzierung der Arbeitszeit dürften den Verbrauch etwas dämpfen. Abschwächungstendenzen zeigen sich bereits im Gastgewerbe: Die Umsätze lagen im April niedriger als im Durchschnitt des ersten Quartals. Während die volatilen Umsätze des Einzelhandels leicht rückläufig waren, im Vergleich zum ersten Quartal aber noch im Plus lagen, sind die Kfz-Umsätze im April eingebrochen und lagen um ein Prozent unter dem Niveau des ersten Vierteljahres; die monatlichen Neuzulassungen zeigen hier vorerst keine Erholung an, sie lagen im Durchschnitt von April und Mai deutlich niedriger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Alles in allem dürfte der private Verbrauch in der zweiten Jahreshälfte wieder etwas anziehen, so dass der Konsum im Jahresdurchschnitt um 1,2 Prozent zulegen wird. Da der dämpfende Einfluss einer steigenden Sparquote im kommenden Jahr wegfallen dürfte und die Einkommen weiter spürbar steigen, legen die privaten Konsumausgaben mit 1,5 Prozent im Jahr 2013 noch kräftiger zu als in diesem Jahr.

Zurückhaltung bei den Ausrüstungsinvestitionen löst sich nur allmählich auf

Die Ausrüstungsinvestitionen sind im ersten Quartal dieses Jahres um 0,8 Prozent zurückgegangen. Nach wie vor scheint die Besorgnis über die europäische Staatsschuldenkrise die Investitionsneigung der Unternehmen zu hemmen. Dies zeigen die ifo-Geschäftserwartungen, die sich in den vergangenen Monaten deutlich eingetrübt haben und mittlerweile leicht unter dem langjährigen Durchschnitt liegen. Im April gingen die Produktion von Investitionsgütern sowie die Umsätze der Investitionsgüterproduzenten im Inland weiter zurück und lagen unter

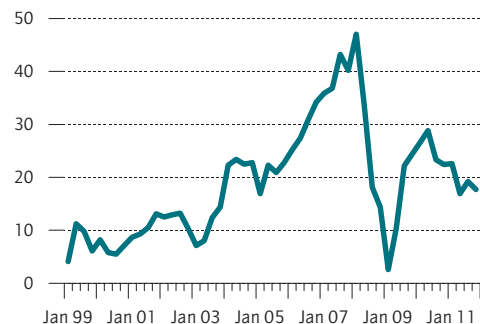
dem Durchschnitt des ersten Quartals. Auch die Vorzeichen für die weitere Investitionstätigkeit sind derzeit eher schwach. Der Order-Capacity Index der Bundesbank, der den Auftragseingang ins Verhältnis zur Produktionskapazität setzt, geht seit nunmehr drei Quartalen zurück, und auch die Gewinnsituation der Unternehmen hat sich in den vergangenen Quartalen durchgängig verschlechtert (Abbildung 19). Zwar sinken die inländischen Auftrags-eingänge für Investitionsgüter seit Jahresbeginn nicht weiter, die Investitionstätigkeit hat sich im zweiten Quartal aber noch nicht deutlich beleben können.

Allerdings sind die Bedingungen für die externe Finanzierung von Investitionen nach wie vor günstig. So lag der durchschnittliche Zinssatz für Unternehmenskredite bis zu einer Million Euro im April bei 3,3 Prozent. Bei anhaltend expansiver Zinspolitik der EZB wird die reale Zinslast für deutsche Unternehmen bis auf Weiteres nahe null bleiben. Die Gewinnsituation der Unternehmen dürfte sich ab dem dritten Quartal aufgrund der kräftig zulegenden Produktion wieder verbessern. So wird wohl die gegenwärtige Schwächephase bei den Ausrüstungsinvestitionen im weiteren Verlauf des Jahres überwunden. Wegen der steigenden Kapazitätsauslastung dürften Ersatzinvestitionen in den Hintergrund treten und Erweiterungsinvestitionen wieder eine größere Rolle spielen. Aufgrund des schwachen Jahresbeginns werden die Investitionen im Jahr 2012 allerdings lediglich um 0,4 Prozent steigen. Im nächsten Jahr setzt sich der Anstieg jedoch fort; die Investitionen können dann mit gut sechs Prozent zulegen.

Abbildung 19

Unternehmens- und Vermögenseinkommen nicht finanzieller Kapitalgesellschaften

In Milliarden Euro¹



¹ Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Die Einkommen der deutschen Unternehmen sind seit dem zweiten Quartal 2010 deutlich zurückgegangen.

Bauinvestitionen ziehen weiter an

Die Wohnungsbauinvestitionen legten im ersten Quartal dieses Jahres trotz des witterungsbedingten Einbruchs im Februar um 0,3 Prozent zu. Bereits im März wurden die Rückgänge aus dem Vormonat mehr als kompensiert. Die Dynamik im Wohnungsbau ist somit nach wie vor hoch. Dies zeigt sich unter anderem im Auftragsbestand des Bauhauptgewerbes, der im ersten Quartal weiter stieg und ein Niveau erreichte, das so hoch ist wie seit zehn Jahren nicht mehr. Im April legte der Auftragseingang sogar noch einmal deutlich zu. Auch bei den Baugenehmigungen zeichnet sich kein Abflauen der Bautätigkeit ab. Zwar brachen die Baugenehmigungen im Januar ein, dies ist aber auf eine Umstellung bei der statistischen Erhebung zurückzuführen. Zusätzlich zur regen Neubautätigkeit dürften seit Jahresbeginn auch die Bestandsmaßnahmen wieder verstärkt durchgeführt worden sein. Dies lässt sich an der Kreditvergabe der KfW für Sanierungsmaßnahmen ablesen, die im ersten Quartal fast zehn Prozent über dem Niveau des Vorquartals lag.

Ursächlich für die anhaltend hohe Investitionstätigkeit sind vor allem das derzeitige Finanzierungsumfeld für Wohnbauten und die Rahmenbedingungen für alternative Anlageformen. Im volumengewichteten Mittel lagen die Zinsen für Wohnungsbaukredite im April bei 3,3 Prozent. Baugeld ist somit recht günstig zu haben. Andererseits ist die Rendite für festverzinsliche Anleihen mit 1,6 Prozent niedrig und liegt sogar unter der Teuerungsrate, die im April bei 2,2 Prozent lag. Bei der Abwägung zwischen den Investitionsmöglichkeiten stehen die Wohnungsbauinvestitionen derzeit somit gut da (Abbildung 20). Außerdem dürfte die massive Geldmengenausweitung durch die EZB Sorgen über in der längeren Frist höhere Inflation in Deutschland geweckt haben und Anleger vermehrt den Weg in die Sachwerte suchen lassen.

Alles in allem wird der Aufwärtstrend im Wohnungsbau anhalten. Im Jahr 2012 dürfte er um 1,7 Prozent zulegen. Für das nächste Jahr ist dann eine Zunahme um 1,9 Prozent zu erwarten. Vor diesem Hintergrund dürften die Preissteigerungen im Wohnungsbau im Prognosezeitraum beträchtlich sein. Sie dürften in beiden Jahren ungefähr drei Prozent betragen und liegen damit deutlich über der allgemeinen Teuerungsrate.

Die Investitionen im gewerblichen Bau sind mit einem Zuwachs von 2,1 Prozent ins Jahr gestartet. Bei den Bauten scheint die Investitionsneigung der Unternehmen nicht so stark eingetrübt wie bei den Ausrüstungen. Angesichts der guten Auftragslage der Unternehmen des Bauhauptgewerbes ist in diesem Bereich mit weiteren moderaten Zuwächsen zu rechnen. Dies ist

nicht zuletzt auch auf die günstigen Finanzierungsbedingungen für Baumaßnahmen zurückzuführen. Somit dürfte der Wirtschaftsbau in diesem Jahr um knapp zwei Prozent zulegen, im nächsten Jahr werden es 0,7 Prozent sein.

Im Gegensatz zu den anderen Baubereichen gingen die Investitionen im öffentlichen Bau im ersten Quartal deutlich zurück und lagen knapp 17 Prozent unter dem Niveau des Vorquartals. Dabei spielt zum einen eine Rolle, dass der vom Tiefbau geprägte öffentliche Bau in besonderem Maße von der Witterung beeinflusst wird. Die Produktionseinbußen im Februar waren in diesem Bereich somit entsprechend hoch und die Nachholung der für diesen Zeitraum geplanten Investitionen wird wohl noch bis ins zweite Quartal andauern. Zum anderen ist der Einbruch der öffentlichen Investitionen immer noch durch das Auslaufen der Konjunkturprogramme bedingt. Die Baugenehmigungen und der Auftragsbestand zeigen an, dass sich der öffentliche Bau insgesamt im Rückwärtsgang befindet. Seit dem Höhepunkt der Konjunkturprogramme im Winterhalbjahr 2009/2010 sind diese Indikatoren fast durchgängig gefallen. Die Zuwächse bei den Steuereinnahmen im vergangenen Jahr, die den Kommunen nun für Investitionen zur Verfügung stehen, fangen den Wegfall der Konjunkturprogramme zwar durchaus auf. Aufgrund der steigenden Preise wird es real aber dennoch zu einem Rückgang der öffentlichen Bauinvestitionen kommen: Zwar steigen die Investitionen der öffentlichen Hand im zweiten Quartal zunächst deutlich an, insgesamt dürf-

ten sie in diesem Jahr jedoch um 3,3 Prozent zurückgehen. Im nächsten Jahr ist dann wieder ein leichter Anstieg in Höhe von 0,6 Prozent zu erwarten.

Nur geringe Impulse vom Außenhandel

Die deutschen Exporte sind mit einem Plus von 1,7 Prozent gegenüber dem Vorquartal vergleichsweise schwach ins Jahr 2012 gestartet. Der Rückgang im Schlussquartal 2011 hat sich damit aber nicht fortgesetzt. Dies lag vor allem daran, dass die Ausfuhren ins europäische Ausland, die im vierten Quartal stark eingebrochen waren, zuletzt wieder zunahmen. Diese Entwicklung ist aber vor allem auf die europäischen Abnehmerländer außerhalb der Eurozone zurückzuführen. Insbesondere die Ausfuhren nach Mittel- und Osteuropa verzeichneten im ersten Quartal einen Zuwachs. Der Warenabsatz in der Eurozone hingegen stieg im ersten Quartal nur leicht. Innerhalb des Euroraums verläuft der Außenhandel heterogen. Während die Ausfuhren nach Frankreich und in die Niederlande¹⁵ im ersten Vierteljahr kräftig stiegen, ist die Nachfrage aus den Krisenländern nach wie vor schwach. Der Rückgang der Nachfrage ist dabei zeitlich eng mit der Verschärfung der Staatsschuldenkrise verbunden (Abbildung 21). In den weniger stark betroffenen Ländern der Eurozone ist hingegen seit dem Abklingen der Finanzkrise eine Aufwärtsbewegung zu beobachten. Die Exporte in die USA legten im ersten Quartal weiter zu, die Ausfuhren nach China stagnierten dagegen im gleichen Zeitraum.

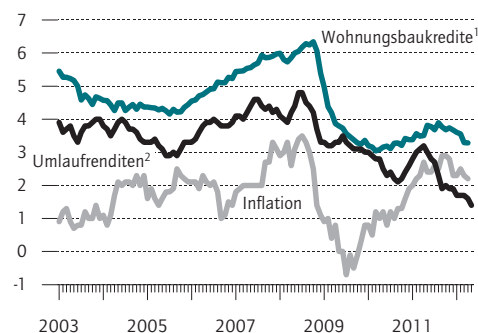
Für den weiteren Verlauf ist zu erwarten, dass die deutschen Exporte langsam weiter zulegen werden. Zwar gingen die Warenexporte im April zunächst etwas zurück und die Indizes für die Auftragseingänge aus dem Ausland zeigen nach wie vor eine Seitwärtsbewegung (bei den Vorleistungsgütern sind sie sogar abwärts gerichtet), doch die allgemeinen Aussichten für den Welthandel sind positiv. Der geldpolitische Kurs in den Schwellenländern, die inzwischen knapp ein Viertel der deutschen Exporte ausmachen, wird die dortige Investitionstätigkeit beflügeln und sich positiv auf die deutschen Ausfuhren auswirken. Die Ausfuhren in die USA werden durch die dort zunehmend restriktive Finanzpolitik beeinträchtigt; in der EU dämpft die Staatsschuldenkrise die Nachfrage.

Insgesamt ist zu erwarten, dass das Wachstumstempo bei den deutschen Exporten im Laufe des Jahres zulegen wird. Trotzdem werden die Ausfuhren insgesamt nur 3,3 Prozent über dem Vorjahresniveau liegen (Abbildung 22). Der Anteil der Ausfuhren in die Schwellenlän-

Abbildung 20

Zinsen für Wohnungsbaukredite, Renditen alternativer Anlagen und Inflation

In Prozent



1 Inländische Inhaberschuldverschreibungen.

2 Effektivzinsen.

Quellen: Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

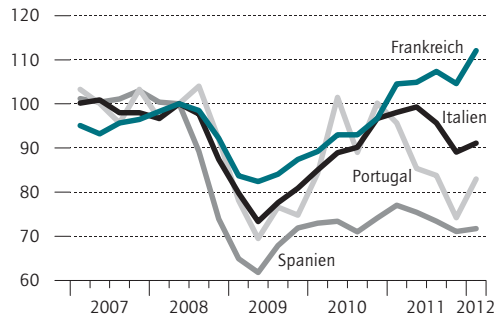
© DIW Berlin 2012

Niedrige Finanzierungskosten und Renditen für alternative Anlageformen machen Investitionen in den Wohnungsbau attraktiv.

15 Mangels gesonderter statistischer Ausweisung nicht bereinigt um den Anteil der Güter, der für den Weiterexport von Rotterdam aus bestimmt ist.

Abbildung 21

Exporte in Länder der Eurozone
Index 2. Quartal 2008 = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2012

Mit der Verschärfung der Staatsschuldenkrise in Spanien, Portugal und Italien ging ein deutlicher Rückgang der deutschen Ausfuhren einher.

der dürfte weiter steigen. Im nächsten Jahr werden die Exporte wohl im Einklang mit der wieder anziehenden Weltkonjunktur um knapp sieben Prozent steigen.

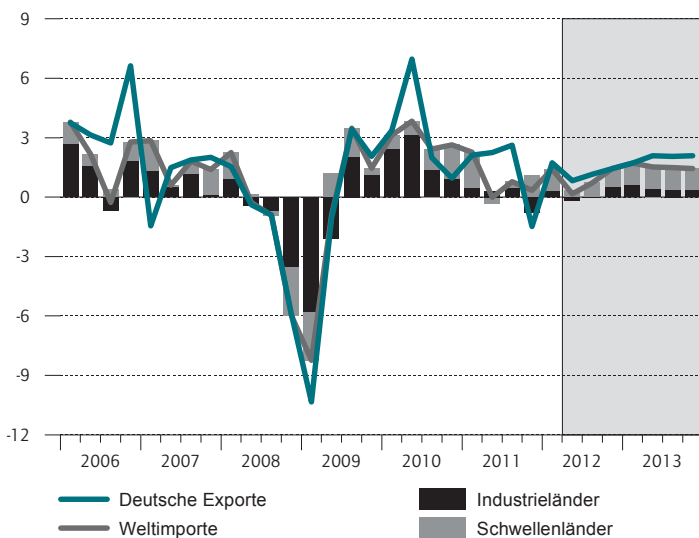
Die Importe stagnierten im Gegensatz zu den Exporten zu Jahresbeginn in fast allen Gütergruppen. Für die kommenden Quartale ist zu erwarten, dass die Importe wieder deutlich zunehmen. Insbesondere die Nachfrage nach Konsumgütern dürfte im Zuge der konjunkturellen Erholung und der kräftigen Reallohnentwicklung in der zweiten Jahreshälfte steigen, so dass die Einfuhren 2012 insgesamt um 3,2 Prozent zulegen werden. Da auch im nächsten Jahr mit einer starken Binnennachfrage zu rechnen ist, dürften sich die Zuwächse in der zweiten Jahreshälfte fortsetzen. Daraus ergibt sich für 2013 dann eine Importzunahme von gut sieben Prozent.

Aufgrund des Anstiegs bei den Exporten bei gleichzeitiger Importstagnation war der Außenbeitrag im ersten Quartal hoch und ausschlaggebend für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts. Allerdings dürften steigende Importe bei gleichzeitiger Exportflaute dämpfend wirken. Bei einer anziehenden Nachfrage insbesondere aus den Schwellenländern im späteren Verlauf des Jahres wird der Außenhandel ab dem Jahreswechsel wohl wieder positiv zum Wachstum beitragen. Deutlich wird dieser Effekt aber nicht ausfallen, da bei einer nach und nach anziehenden Binnenkonjunktur sowohl für Investitionen als auch für den privaten Verbrauch verstärkt Importgüter nachgefragt werden. Der Außenbeitrag bleibt alles in allem in beiden Jahren eine Stütze des Wachstums, fällt aber weniger ins Gewicht als in den Jahren zuvor.

Der Welthandel wird im Sommerhalbjahr eine geringere Dynamik zeigen. Gleichwohl werden die deutschen Exporteure bemüht sein, den durch die Lohnsteigerungen bedingten Kostenanstieg weiterzugeben, insbesondere bei wenig preissensitiven Gütern. Im kommenden Jahr, wenn der Welthandel wieder anzieht, wird dies zusehends einfacher und die Exportpreise dürften im Verlauf etwas stärker zulegen. Im Jahresdurchschnitt steigen sie dennoch mit annähernd gleichen Raten von 1,7 bzw. 1,6 Prozent, was an dem kräftigen Preisauftrieb zu Beginn des Jahres 2012 liegt. Bei den Importen hat sich der Preisanstieg trotz der Abwertung des Euro weiter verlangsamt. Die Energiepreise waren zu Jahresbeginn deutlich gestiegen, sind mittlerweile aber wieder gesunken (Abbildung 23). Angesichts einer rückläufigen Entwicklung beim Ölpreis ist außerdem damit zu rechnen, dass die Importpreise innerhalb des Prognosezeitraums nur leicht steigen werden. In diesem Jahr werden die Importpreise mit 2,4 Prozent und im kommenden Jahr dann nur noch mit 1,6 Prozent zulegen.

Abbildung 22

Auslandsnachfrage und deutsche Exporte
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

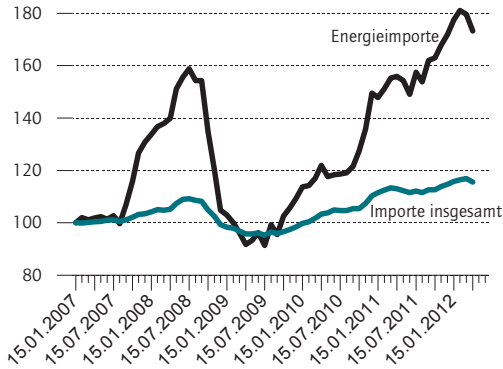
© DIW Berlin 2012

Die Exporte steigen nächstes Jahr wieder kräftiger.

Abbildung 23

Importpreise

Index 15. Januar 2007 = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2012

Seit Anfang 2009 sind die Preise für Energieimporte deutlich stärker gestiegen als für andere Güter.

**Öffentliche Finanzen:
niedriges Defizit bei hohem Schuldenstand**

Die Lage der öffentlichen Haushalte in Deutschland ist zurzeit recht günstig und auch im Prognosezeitraum zeichnen sich keinerlei Anspannungen ab. So werden die Einnahmen des Staates im Zuge der konjunkturellen Entwicklung weiter spürbar zulegen. Dies gilt vor allem für die Steuereinnahmen. Die Lohnsteuer – die zweitergiebigste Steuer in Deutschland – expandiert angesichts des bis zuletzt anhaltenden Beschäftigungsaufbaus, der seit dem vergangenen Jahr zudem mit kräftigen Lohnabschlüssen einhergeht, bereits seit zwei Jahren deutlich. Zwar wird der Beschäftigungsaufbau im weiteren Verlauf nur noch verhalten sein, in jahresdurchschnittlicher Betrachtung steigt die Zahl der Arbeitnehmer aber spürbar. Im kommenden Jahr wird die Beschäftigung nur noch wenig zunehmen, allerdings ist der Anstieg der Pro-Kopf-Verdienste nochmals höher. Alles in allem steigen die Lohnsteuereinnahmen in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) in diesem Jahr um 5,6 Prozent, wozu progressionsbedingte Mehreinnahmen deutlich beitragen. In dieser Prognose ist unterstellt, dass das Gesetz zum Abbau der kalten Progression in diesem Jahr verabschiedet wird (Tabelle 5); dies wird die Progressionseffekte aber lediglich dämpfen können. Das Lohnsteueraufkommen wird mit sechs Prozent etwas stärker als im Vorjahr zunehmen. Auch die Einnahmen bei der veranlagten Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer nehmen im Prognosezeitraum wei-

Tabelle 5

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-) in Milliarden Euro gegenüber 2011

	2012	2013
Einführung einer Luftverkehrsabgabe	0,1	0,1
Abbau von Vergünstigungen bei der Energie- und der Stromsteuer ²	-0,2	-0,8
Einführung einer Kernbrennstoffsteuer	0,6	0,4
Erhöhung der Tabaksteuer	0,3	0,5
Steuervereinfachungsgesetz 2011	-0,5	-0,3
Gesetz zum Abbau der kalten Progression		-1,9
Sonstige steuerliche Maßnahmen ³	-0,4	-0,3
Steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung		-0,0
Schrittweise Abschaffung der Eigenheimzulage	1,2	1,6
Einführung einer Bankenabgabe	0,6	0,6
Doppeltes Weihnachtsgeld für Beamte	-0,5	-0,5
Einführung der Lkw-Maut auf Bundesstraßen		0,1
Einführung eines Betreuungsgeldes		-0,3
Zusätzliche Ausgaben des Bundes zum Ausbau der Kitas		-0,4
Wegfall der Heizkostenkomponente beim Wohngeld	0,2	0,2
Zusätzliche Infrastrukturinvestitionen, Koalitionsbeschluss im Oktober 2011	-0,4	-0,1
Zusätzliche Ausgaben des Bundes zur energetischen Sanierung von Bundesgebäuden		-0,4
Ersatz von Pflicht durch Ermessensleistungen (SGB II- und SGB III-Bereich)	1,0	1,5
Einsparungen bei disponiblen Ausgaben	1,0	1,0
Diskretionäre Maßnahmen von Ländern und Gemeinden	0,5	1,0
Eingriffe in die Rentenformel	3,7	5,5
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 1.1.2012 um 0,3 Prozentpunkte auf 19,6 Prozent	-3,2	-3,3
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 1.1.2013 um 0,4 Prozentpunkte auf 19,2 Prozent		-4,4
Erhöhung des allgemeinen Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 1.1.2013 um 0,1 Prozentpunkte auf 2,05 Prozent		1,1
Zuschussrente für Geringverdiener		-0,1
Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung	-0,2	-0,3
Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung	-0,1	-1,1
Private Zusatzpflegeversicherung		-0,1
Insgesamt	3,1	-0,8
in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %	0,1	0,0

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.

² Aufgrund EU-rechtlicher Beihilferegeln sind die Ausnahmen für energieintensive Unternehmen bei der Ökosteuern bis zum 31.12.2012 beschränkt. Der Abbau von Steuervergünstigungen ist somit ebenfalls auf Ende des Jahres beschränkt

³ Jahressteuergesetz 2013, Gesetz zur Umsetzung der Betreibungsrichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften, Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes, Verordnung zur Absenkung der Steuersätze bei der Luftverkehrsteuer, Verordnung zur Änderung der Fahrzeug-Zulassungsverordnung, Anwendung des BFH-Urteils zur regelmäßigen Arbeitsstätte bei mehreren Tätigkeitsstätten.

Quellen: BMF; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

ter dynamisch zu. Zwar wird die Gewinnentwicklung in diesem Jahr nur schwach sein. Die Nachzahlungen für Vorjahre dürften aber immer noch hoch sein. Das Aufkommen bei den nichtveranlagten Steuern vom Ertrag sowie der Abgeltungsteuer wird sich im Prognosezeitraum hingegen verhalten entwickeln, denn die Dividendenausschüttungen wie auch die Zinseinnahmen

Kasten 4

Kabinettsbeschluss zum Entwurf des Bundeshaushalts 2013 und der mittelfristigen Finanzplanung der Jahre 2013

Am 27. Juni 2012 hat das Kabinett den Entwurf für den Bundeshaushalt 2013 sowie die mittelfristige Finanzplanung bis zum Jahr 2016 gebilligt. Die Nettokreditaufnahme wird im kommenden Jahr 18,8 Milliarden Euro betragen und damit um 13,3 Milliarden Euro unter dem Haushaltssoll des Vorjahrs liegen.¹ Im Jahr 2016 ist dann sogar ein leichter Überschuss geplant.

Gegenüber der geltenden Finanzplanung vom Sommer 2011 finden sich sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite einige Änderungen. So sind in dem neuen Entwurf die Steuereinnahmen im Jahr 2013 um 3 ½ Milliarden Euro höher angesetzt als zuvor geschätzt. Die gute konjunkturelle Entwicklung hätte allerdings einen stärkeren Anstieg bewirkt, wären nicht gleichzeitig Steuerentlastungen beschlossen worden. So ist das Vorhaben, die kalte Progression abzumildern, im Ansatz zwar richtig; es wäre allerdings wünschenswert gewesen, ihr stünde eine Gegenfinanzierung an anderer Stellen gegenüber.

Entgegen der geltenden Finanzplanung werden die Ausgaben des Bundes zwar zurückgeführt; sie liegen im Jahr 2013 um 9,3 Milliarden Euro unter der bisherigen Planung. So günstig, wie sich die Ausgabenentwicklung auf den ersten Blick darstellt, ist sie auf den zweiten Blick allerdings nicht.

Die Ausgaben des Bundes gehen auch deshalb zurück, weil der Bund weiterhin Ausgaben auf die Bundesagentur für Arbeit verschiebt. Bereits für das Jahr 2012 hat er seinen Beitrag an den Kosten der Arbeitsförderung gesenkt und wird dies in der Finanzplanungsperiode fortsetzen. Zudem nehmen die Ausgaben des Bundes ab, weil der Beitragsatz zur Rentenversicherung zu Beginn der Jahre 2012 und 2013 gesenkt wird; nach der Rentenformel geht in einem solchen Fall automatisch auch der Bundeszuschuss zurück.

¹ Die Haushaltslage des Jahres 2012 wird hier einschließlich Nachtragshaushalt dargestellt.

Die Reduktion des Beitragssatzes ist dabei wohl nicht allein der guten konjunkturellen Lage zu verdanken; das günstigere Verhältnis von Beitragszahlern und Rentnern dürfte auch auf strukturelle Verbesserungen zurückzuführen sein. Schließlich ist ein Teil des Ausgabenrückgangs gegenüber dem Haushaltssoll 2012 darin begründet, dass die Zinsausgaben des Bundes bereits im laufenden Jahr deutlich unter ihrem Haushaltsansatz liegen werden, denn die Finanzierungsbedingungen des Bundes sind außergewöhnlich günstig; auch im kommenden Jahr ergeben sich gegenüber der geltenden Planung daher Minderausgaben.

Alles in allem ist der Ausgabenrückgang somit auf Sonderfaktoren und auf die gute konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen. Außerdem enthält die Finanzplanung zusätzliche ausgabenerhöhende Maßnahmen. So wird der Bund seine Ausgaben bei der energetischen Sanierung von Gebäuden steigern. Vor allem aber soll ein Betreuungsgeld eingeführt werden.² Diese Transferleistung ist nicht nur gesellschaftlich, ökonomisch und politisch höchst umstritten, zudem ist sie in der mittelfristigen Finanzplanung nicht gegenfinanziert; es wird lediglich eine globale Minderausgabe in einer Größenordnung von 1,4 Milliarde Euro eingestellt.

Für die Finanzplanung des Bundes bestehen zudem weitere Risiken. Bei den Verhandlungen zum Fiskalpakt hat der Bund den Ländern Zusagen gegeben, die für ihn ebenfalls mit finanziellen Belastungen einhergehen werden. Diese sollen im kommenden Jahr lediglich einen Umfang von einer Milliarde Euro annehmen und gemäß Haushaltsplan 2013 durch Ausgabenumschichtungen aufgebracht werden, letztlich fehlt also auch hier noch eine Gegenfinanzierung. In der mittleren Frist kommen auf den Bund dann aber höhere Belastungen

² Vom 1. Januar 2013 an soll für ein- bis zweijährige Kinder ein Betreuungsgeld von 100 Euro pro Monat, ab dem Jahr 2014 für ein- bis dreijährige Kinder ein monatliches Betreuungsgeld von 150 Euro gezahlt werden.

dürften nach wie vor nur wenig zulegen.¹⁶ Alles in allem legen die Einkommen- und Vermögensteuern in diesem Jahr um knapp acht Prozent und im kommenden Jahr um 4,4 Prozent zu.

¹⁶ In den Jahren 2011 und 2012 führen einige Sondereffekte in nennenswerter Größenordnung dazu, dass das Aufkommen bei den nichtveranlagten Steuern vom Ertrag verringert, in gleichem Ausmaß aber das Aufkommen bei der Körperschaftsteuer erhöht wird. Wird die Entwicklung der einzelnen Steuerarten betrachtet, muss dies berücksichtigt werden.

Auch die indirekten Steuern nahmen im Gefolge der konjunkturellen Entwicklung merklich zu; insbesondere die Einnahmen bei den Steuern vom Umsatz legten aufgrund des spürbaren Anstiegs des privaten Konsums deutlich zu. Weiterhin hohe Arbeitsplatzsicherheit sowie kräftig steigende Einkommen werden den (nominalen) privaten Konsum nicht nur in diesem, sondern auch im kommenden Jahr spürbar expandieren lassen; die Steuern vom Umsatz werden mit 3 ½ Prozent in beiden Jahren zulegen. Demgegenüber entwickeln sich die ande-

bis 2016

aufgrund der gegebenen Zusagen zu. So hat er nicht nur zugesagt, sich stärker an den Investitionen beim Ausbau der Kita-Infrastruktur zu beteiligen.³ Auch will er Zuschüsse für die Betriebskosten leisten. Hinzu kommt, dass der Bund einen Teil der Kosten für die Eingliederungshilfen für Schwerbeschädigte übernehmen wird. Wie hoch dieser Anteil ist, soll im Herbst verhandelt werden; derzeit zeichnet sich ein Volumen von gut vier Milliarden Euro ab.

Alles in allem werden die Ausgaben des Bundes damit in der mittleren Frist, das heißt bis 2016, allein aufgrund der bereits absehbaren Maßnahmen in einer Größenordnung von sechs bis sieben Milliarden Euro pro Jahr höher sein. Für sich genommen ist dieses Volumen sicherlich nicht besorgniserregend. Übersehen werden darf aber auch nicht, dass die Krise im Euroraum weiter vor sich hin schwelt. Bereits in den Jahren 2012 und 2013 werden die Ausgaben des Bundes durch zwei Tranchen und im Jahr 2014 durch eine Tranche an den ESM steigen. Welche weiteren Belastungen dem deutschen Fiskus aus der Krise im Euroraum erwachsen können, ist derzeit kaum absehbar. Wenn der Bund vor diesem Hintergrund in seinen Planungen erst für das letzte Jahr der Finanzplanung einen – noch dazu einen nur geringen – Haushaltsüberschuss zu Grunde legt, und diese Planung noch dazu unter Rückgriff auf eine globale Minderausgabe und unter Vernachlässigung der bereits zusätzlich eingegangenen Verpflichtungen aufgestellt wird, zeigt dies keine befriedigende Haushaltsentwicklung. Gegeben die gute konjunkturelle Entwicklung hätte die Neuverschuldung des Bundes wesentlich ambitionierter zurückgeführt werden können.

3 Ab dem kommenden Jahr haben einjährige Kinder in Deutschland einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz, aber der Ausbau der Kita-Plätze liegt noch weit hinter den ursprünglichen Plänen der Regierung.

ren indirekten Steuern eher verhalten, auch wenn die Tabaksteuer weiter angehoben wird. Alles in allem steigen die indirekten Steuern in diesem Jahr um 2,5 Prozent und um 2,7 Prozent im kommenden Jahr.¹⁷

17 Regierung und Opposition in Deutschland haben sich darauf geeinigt, möglichst bis Ende 2012 die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf den Weg zu bringen. Auch haben sich die großen Euroländer darauf verständigt, eine schnelle Einführung der Finanztransaktionssteuer anzustoßen. Gleichwohl ist in dieser Prognose unterstellt, dass eine solche Einführung in dieser Legislaturperiode nicht mehr erfolgt.

Die Sozialbeiträge nehmen in beiden Jahren des Prognosezeitraums kräftig zu – und dies, obgleich der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung zu Beginn dieses Jahres um 0,3 Prozentpunkte gesenkt wurde und im kommenden Jahr um 0,4 Prozentpunkte zurückgehen wird. Der Beschäftigungsstand ist aber gerade bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hoch und die Löhne steigen deutlich.¹⁸ Im Jahr 2013 wird zudem der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung leicht angehoben. Insgesamt werden die Sozialbeiträge in diesem Jahr um 2,7 Prozent zunehmen; im kommenden Jahr steigen sie mit etwa der gleichen Rate.

Die übrigen Einnahmen des Staates werden sich im Prognosezeitraum eher verhalten entwickeln. Dies gilt etwa für die empfangenen Vermögenseinkommen, die zuletzt kräftig zugelegt hatten. Unter der Annahme, dass die Finanzkrise nicht weiter eskaliert, werden vor allem die Zinseinnahmen des Staates wieder mit deutlich geringerer Dynamik steigen; die Einkommenszuwächse waren in den vergangenen Jahren vor allem durch die vermehrte Inanspruchnahme der Rettungsschirme und die Gründung der Abwicklungsbanken bestimmt. Alles in allem werden die Einnahmen des Staates in diesem Jahr um 3,7 Prozent und im kommenden Jahr um 3,1 Prozent expandieren.

Die Ausgaben des Staates werden im Prognosezeitraum merklich zunehmen. So sieht der im Frühjahr des Jahres 2012 verabschiedete Tarifvertrag in beiden Jahren spürbare Lohnerhöhungen bei den Bediensteten von Bund und Kommunen vor. Im kommenden Jahr stehen Tarifverhandlungen auf Länderebene an; es ist davon auszugehen, dass – wie bei Bund und Kommunen – auch diese Abschlüsse über den Lohnerhöhungen der vergangenen Jahre liegen werden. Zudem werden die sozialen Sachleistungen wieder kräftig zulegen, denn gesetzliche Maßnahmen, die deren Anstieg im Vorjahr gebremst hatten, sind ausgelaufen.¹⁹

Die monetären Sozialleistungen werden ebenfalls merklich um 2,1 Prozent steigen. Zwar geht die Zahl der Arbeitslosen in jahresdurchschnittlicher Betrachtung in diesem Jahr nochmals deutlich zurück. Vor allem

18 Die Einnahmen des Staates aus Sozialbeiträgen werden auch deshalb tendenziell höher ausfallen, da der Christlichen Gewerkschaft im Jahr 2010 die Tariffähigkeit aberkannt wurde. In der Folge müssen Unternehmen, die Leiharbeiter nach diesen Tarifen beschäftigt hatten, diese nun wie ihre Stammebelegschaft entlohnen. Auf diese Nachzahlungen werden Sozialbeiträge fällig. Betroffene Unternehmen hatten gegen diese Zusatzbelastung zwar geklagt; in den vergangenen Monaten gab es nun aber erste Urteile. Auch wenn in diesen teilweise noch aufschiebende Wirkung angeordnet worden ist, dürften Einnahmen aufgrund nachentrichteter Beiträge im Prognosezeitraum anfallen.

19 Im Jahr 2011 hat das Arzneimittelparquet die Grunddynamik bei diesen Ausgaben gebremst. Diese Maßnahme ist zu Beginn des Jahres jedoch ausgelaufen und im Jahr 2011 wirkt nur noch das Arzneimittelneuerordnungs-gesetz preisdämpfend.

aber werden die Rentenzahlungen zur Jahresmitte kräftig angehoben. Im Jahr 2013 wird die Zahl der Bezieher von Lohnersatzleistungen in jahresdurchschnittlicher Betrachtung zunehmen. Auch beabsichtigt die Regierung, das sogenannte Betreuungsgeld einzuführen. Allerdings wird die Rentenanpassung zur Jahresmitte – obwohl noch immer kräftig – hinter der Anhebung in diesem Jahr zurückbleiben. Einerseits werden die Pro-Kopf-Löhne als Berechnungsgrundlage für die Rentenanpassung im Jahr 2012 etwas geringer als im Vorjahr zulegen. Andererseits wirkt der Nachhaltigkeitsfaktor zwar nach wie vor erhöhend auf den Anpassungssatz, aber nicht mehr in so großem Ausmaß wie im Jahr zuvor, denn das Verhältnis der Beitragszahler zu den Rentenempfängern verbessert sich im Jahr 2012 nicht. Alles in allem werden die monetären Sozialleistungen im kommenden Jahr mit 1,9 Prozent zulegen.²⁰

20 Bei der Rentenanpassung wirkt im Prognosezeitraum immer noch dämpfend, dass rentenmindernde Faktoren – in den Jahren 2008 und 2009 war der Riesterfaktor, in den Jahren 2005 und 2006 der Nachhaltigkeitsfaktor ausgesetzt worden – nachgeholt werden. Für die neuen Bundesländer wird dies letztmalig im Jahr 2012 die Rentenanpassung reduzieren, für die alten Bundesländer zur Mitte nächsten Jahres.

Die Bruttoinvestitionen des Staates werden im Jahr 2012 stagnieren. Zwar entfallen die Impulse aus den Konjunkturpaketen nunmehr vollends, die Kassenlage der Kommunen verbessert sich allerdings zusehends und bietet somit Spielraum für investive Ausgaben. Zudem dürfte der Kita-Ausbau beschleunigt vorangetrieben werden, auch weil der Bund den Ländern zugesagt hat, seine Investitionen in Kita-Ausbau zu erhöhen. Alles in allem werden die Bruttoinvestitionen in diesem Jahr stagnieren und im kommenden Jahr um 1,7 Prozent expandieren.

Die Zinsausgaben des Staates verharren in diesem Jahr in etwa auf ihrem Niveau. Zwar finanziert der Bund sich zurzeit zu äußerst günstigen Konditionen und die Zinsausgaben der Abwicklungsanstalten werden wohl leicht zurückgehen. Gleichzeitig dürften aber etwas höhere Rückstellungen für inflationsindexierte Bundesanleihen gebildet werden müssen, denn der Anteil dieser Schuldtitel nimmt weiter zu; diese Rückstellungen erhöhen die Zinsausgaben in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Auch im Jahr 2013 dürften die Zinsausgaben des Staates nahezu unverändert bleiben. Zwar wird der Staat bei der Emission

Tabelle 6

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs-saldo	nachrichtlich: Zins/Steuer- quote ²	Schulden- stand nach Maastricht
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozial- beiträge		Zins- ausgaben	Brutto- investitionen			
2000 ³	45,9	23,3	18,5	47,2	3,2	1,9	-1,3	13,6	59,7
2001	44,3	21,7	18,3	47,4	3,1	1,8	-3,1	14,1	58,8
2002	43,8	21,4	18,3	49,9	2,9	1,8	-6,1	13,8	60,4
2003	44,0	21,4	18,4	48,1	3,0	1,6	-4,1	14,0	64,0
2004	43,3	21,1	18,1	47,1	2,9	1,5	-3,8	13,6	66,3
2005	43,6	21,4	17,9	46,9	2,8	1,4	-3,3	13,3	68,6
2006	43,7	22,2	17,3	45,3	2,9	1,5	-1,7	12,9	68,1
2007	43,7	23,0	16,5	43,5	2,8	1,5	0,2	12,3	65,2
2008	44,0	23,1	16,5	44,0	2,8	1,6	-0,1	11,9	66,7
2009	44,9	23,0	17,3	48,1	2,7	1,7	-3,2	11,7	74,4
2010 ⁴	43,6	22,2	16,9	48,1	2,5	1,6	-4,5	11,3	83,2
2011	44,7	22,9	16,9	45,7	2,6	1,6	-1,0	11,2	81,0
2012	45,3	23,5	17,0	45,6	2,5	1,6	-0,4	10,7	82,6
2013	44,9	23,5	16,8	45,1	2,4	1,6	-0,1	10,3	81,4

¹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

² Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

³ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen (50,8 Milliarden Euro).

⁴ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Milliarden Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin; 2012 und 2013: Prognose des DIW Berlin.

von Bundesanleihen wohl etwas höhere Zinsen bieten müssen, die Abwicklungsanstalten dürften aber planmäßig weiter zurückgeführt werden. Die geleisteten Vermögenstransfers werden im Prognosezeitraum stagnieren. Dabei ist unterstellt, dass die Abwicklung der WestLB in Abgrenzung der VGR nicht defizitwirksam wird und sich letztlich nur im Schuldenstand niederschlägt. Alles in allem werden die Ausgaben des Staates in diesem Jahr um 2,3 Prozent und im kommenden Jahr um 2,6 Prozent steigen.

In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt wird das Defizit im Jahr 2013 auf 0,1 Prozent sinken, nach 0,4 Prozent im laufenden Jahr (Tabelle 6). Auf den ersten Blick scheint die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen damit erfolgreich vorangetrieben worden zu sein. Im Jahr 2010 lag die Defizitquote immerhin noch bei 4,5 Prozent²¹. Bei genauerer Betrachtung relativiert der Konsolidierungserfolg sich jedoch. Zum einen war es zu einem großen Teil die konjunkturelle Entwicklung – und hier in erster Linie der robuste Arbeitsmarkt – der die Defizite der öffentlichen Haushalte merklich schrumpfen ließ. Zum anderen schlugen sich im Jahr 2010 Einmaleffekte in den öffentlichen Haushalten nieder. Allein die Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der HRE erhöhten die Defizitquote um 1,2 Prozentpunkte; außerdem wurden die öffentlichen Haushalte im Jahr 2010 noch durch die Konjunkturpakete belastet, ebenfalls Einmaleffekte, die nunmehr entfallen sind. Die Haushaltskonsolidierung selbst wurde zudem über Einnahmenerhöhungen betrieben, Ausgabenkürzungen sind hingegen weitge-

21 Werden die Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunklizenzen beim Finanzierungssaldo berücksichtigt, lag die Defizitquote bei 4,3 Prozent.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Simon Junker ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Kerstin Bernoth ist Stellvertretende Abteilungsleiterin der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Franziska Bremus ist Doktorandin in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent beim Vorstand des DIW Berlin

Mareike Breuer ist Praktikantin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Christian Dreger ist Leiter der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

hend unterblieben. Dennoch dürfte der strukturelle Finanzierungssaldo des Gesamthaushalts ausgeglichen sein. Dabei ist der Bundeshaushalt allerdings nach wie vor defizitär (Kasten 4).

Die Schuldenstandsquote wird in diesem Jahr nochmals spürbar zunehmen. Zum einen wird die Abwicklung der WestLB den Schuldenstand erhöhen. Zum anderen wird Deutschland im laufenden Jahr zwei Tranchen zur Ausstattung des ESM leisten.²² Unter der Annahme, dass es zu keinen weiteren Belastungen durch die Finanzkrise kommt, wird die Schuldenstandsquote im kommenden Jahr bei 81,4 Prozent liegen. Wenngleich eine solche Schuldenstandsquote für das Vertrauen in die deutsche Finanzpolitik bisher nicht besorgniserregend ist; Bei einer Zuspitzung der Krise im Euroraum mit einhergehenden Belastungen für die öffentlichen Haushalte in Deutschland könnte dieses Vertrauen mehr und mehr verloren gehen. Die aktuell günstige Lage der öffentlichen Haushalte sollte die Finanzpolitik nicht dazu verleiten, die Konsolidierung auf die lange Bank zu schieben – zumal mittelfristig noch Risiken bestehen. Spielraum für deutliche Ausgabenerhöhungen oder Steuersenkungen ist noch nicht vorhanden.

22 Die Schuldenstandsquote wird entscheidend davon beeinflusst werden, über welche Institution die Hilfen für die spanischen und zyprischen Banken fließen. Fließen sie über den ESM, so wird der Schuldenstand des Staates erst dann erhöht, wenn der ESM aufgrund dieser Hilfen tatsächlich Verluste zu verbuchen hat. Werden die Hilfen hingegen noch über die ESFS gewährt, so erhöht sich der Schuldenstand Deutschlands zeitgleich. Außerdem müsste Deutschland einen größeren Anteil der bereits gewährten Pakete an Portugal, Irland und Griechenland übernehmen. Auch dies würde zeitgleich den Schuldenstand erhöhen. Zwar werden die Bankenhilfen wohl geleistet werden müssen bevor der ESM gegründet ist; in dieser Prognose wird allerdings davon ausgegangen, dass die ESFS diese nur zwischenzeitlich finanziert und der ESM sie dann ablöst. Die Schuldenstandsquote im Jahr 2012 wird so nicht erhöht.

Christoph Große Steffen ist Doktorand in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Hendrik Hagedorn ist Doktorand in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

David Kunst ist Praktikant in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Katharina Pijnenburg ist Doktorandin in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Kristina van Deuverden ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Max Winkler ist Praktikant in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

DIW SUMMER PROJECTION 2012

Abstract: In the projection period, the German economy will grow at a considerably slower pace than in the previous years. After a three per cent increase in 2011, German GDP will rise by only one per cent in this year and by close to two per cent next year. It is primarily domestic demand that drives this expansion, while exports are not expected to pick up until the turn of the year. The weaker economy is likely to lead to a temporary reduction in employment. On annual average, however, the unemployment rate will remain just below seven per cent in this and the next year.

The economic crisis in the Euro Area has amounted to a stronger than expected drag on the German economy. While economic tensions seemed to ease at the beginning of the year, the crisis has re-gained momentum due to the political instability in Greece and the problems in the Spanish banking sector, which have now become more evident. The resulting uncertainty together with the ongoing austerity policies are a drag on domestic demand in the crisis countries and, as a consequence, on German exports. Growth will remain slow in those economies in the medium term, since the process of structural change underlying the current reduction in GDP will last for some years. Also, for the rest of the industrialised economies, the economic outlook remains gloomy. Persistent problems in the labour market and high levels of sovereign and private debt are likely to hamper economic development. Even the emerging markets have recently seen lower growth rates. However, more expansionary monetary and fiscal policies have been adopted there, which should stimulate the economy from the second half of this year.

As a consequence, the export industry's contribution to economic growth in Germany is only moderate this year. Investment activity is expected to be restrained as well, with the construction sector being a notable exception due to favourable financing conditions. Employment is thus expected to decrease slightly, although it remains at high level. Nevertheless, private consumption continues to be the main source of growth, mostly based on high wage agreements and declining inflation rates. In the following year, exports and, as a result, investments are expected to pick up again. Thus, the unemployment rate will increase slightly to above seven percent until the end of this year. Thanks to stronger growth in the following year it is then expected to decline to about 6.5 per cent by the end of next year.

The consolidation of public budgets currently makes slower progress than in the previous year. On the one hand, government revenues are expected to rise considerably thanks to strong economic developments. On the other hand, government spending will increase strongly compared to last year's increase. The reasons for this lie in noticeable wage increases in the public service, significant pension increases, as well as discretionary measures. The budget deficit will decrease to 0.4 per cent in 2012 and to 0.1 per cent in 2013. While Germany thus does well in comparison to other European countries, the currently favourable economic situation should be used to reduce the deficit more rapidly.

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook



Dr. Ferdinand Fichtner,
Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik
am DIW Berlin

ACHT FRAGEN AN FERDINAND FICHTNER

»Eurokrise holt deutsche Wirtschaft ein«

- Herr Fichtner, die Eurokrise hat sich bislang weniger auf die deutsche Wirtschaft ausgewirkt als befürchtet. Wird das so bleiben? Tatsächlich haben wir im ersten Quartal ein sehr kräftiges Wachstum in Deutschland gehabt, weil sich die Eurokrise zunächst etwas beruhigt zu haben schien. Wir rechnen trotzdem damit, dass das Wachstum in den nächsten Quartalen erst einmal etwas schwächer wird, weil die Krise sich wieder verschärft hat.
- Mit welchen Wachstumszahlen rechnen Sie? Wir rechnen für dieses Jahr mit einer jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate in Deutschland von 1,0 Prozent. Für nächstes Jahr dürften es knapp zwei Prozent sein. Das ist dann schon wieder ganz ordentlich, aber immer noch weit vom Wert des letzten Jahres entfernt, als die deutsche Wirtschaft mit drei Prozent zulegen konnte.
- Wie wirkt sich die schlechte Konjunktur in den europäischen Krisenländern auf die deutsche Wirtschaft aus? Die Eurokrise hat zwei unterschiedliche Effekte auf die deutsche Konjunktur. Zum einen den ganz direkten Effekt über die Handelsströme, weil ein großer Teil der Exporte aus Deutschland in die europäischen Länder geht, die von der Sparpolitik stark betroffen sind. Zum anderen sind die Haushalte wegen der Krise wieder zunehmend verunsichert. Das heißt, sie werden sich mit Ausgaben zurückhalten. Gleichzeitig halten sich die Unternehmen in einem so unsicheren Umfeld mit Investitionen zurück. Das drückt auch die Binnennachfrage.
- Wie sieht es mit der Nachfrage aus den stark wachsenden Schwellenländern und den USA aus? Wir haben in den Schwellenländern im ersten Halbjahr, möglicherweise auch im gesamten Sommerhalbjahr, eine deutlich schwächere Konjunktur gesehen. Allerdings ist mittlerweile die Geldpolitik in vielen Schwellenländern wesentlich expansiver geworden. Das dürfte dazu beitragen, dass diese Länder in der zweiten Jahreshälfte wieder zulegen, was dann dazu führen dürfte, dass auch die deutschen Exporte um die Jahreswende kräftiger laufen und so die Konjunktur in Deutschland zusätzlich stützen können.
- Wird die Exportwirtschaft auch in Zukunft das Zugpferd der deutschen Wirtschaft bleiben? Kurzfristig müssen wir damit rechnen, dass gerade in der deutschen Exportwirtschaft die Konjunktur ein bisschen gedämpfter ausfällt. Mittelfristig ist es trotzdem so, dass die deutsche Exportwirtschaft nach wie vor ihre sehr gute Position behält. Wir sind weiterhin sehr wettbewerbsfähig auf den internationalen Märkten und können deswegen von der kräftigen Entwicklung in den Schwellenländern profitieren.
- Welche Auswirkungen wird das auf den deutschen Arbeitsmarkt haben? Wir erwarten für die nächsten Monate zunächst eine Eintrübung auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Es dürfte wahrscheinlich sogar Beschäftigungsrückgänge geben. Trotzdem ist die Situation insgesamt immer noch sehr gut.
- Kann sich das deutsche Baugewerbe weiterhin gut behaupten? Tatsächlich kann die Bauwirtschaft im Moment als einzige Branche in Deutschland von der Krise profitieren. Dazu dürfte auch beitragen, dass die Zinsen in Deutschland derzeit sehr niedrig sind. Das macht das Bauen insgesamt attraktiv. Wir rechnen auch nicht damit, dass die Zinsen im Prognosezeitraum wesentlich ansteigen werden. In den anderen Branchen, auch in der Konsum- und Investitionsgüterbranche, ist es ein bisschen zurückhaltender, weil die Haushalte, aber auch die Unternehmen, sich zunächst mit Ausgaben etwas zurückhalten werden.
- Wie entwickeln sich die Inflation und die Verbraucherpreise? Die Inflationsraten werden voraussichtlich zurückgehen, und die Verbraucherpreise dürften in den nächsten Monaten und Jahren nicht mehr so kräftig steigen. Das liegt vor allem daran, dass die Energiepreise in den letzten Monaten relativ deutlich zurückgegangen sind. Das schlägt nach und nach auch auf die Verbraucherpreise durch.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2011

In Milliarden Euro

	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt
1 Bruttowertschöpfung	2 295,5	1 522,9	239,5	533,1	-
2 - Abschreibungen	383,7	225,6	44,2	114,0	-
3 = Nettowertschöpfung ¹	1 911,8	1 297,3	195,3	419,1	-127,7
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 317,3	917,4	199,7	200,2	9,9
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	17,1	8,1	0,1	9,0	-
6 + Empfangene sonstige Subventionen	25,6	23,1	0,4	2,1	-
7 = Betriebsüberschuss/Selbständigeneinkommen	603,0	395,0	-4,1	212,0	-137,6
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 318,7	-	-	1 318,7	8,6
9 - Geleistete Subventionen	26,2	-	26,2	-	5,6
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	292,3	-	292,3	-	6,3
11 - Geleistete Vermögenseinkommen	873,1	754,9	66,0	52,1	192,5
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	922,0	475,3	26,2	420,5	143,6
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 236,7	115,4	222,2	1 899,1	-177,3
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	292,4	66,3	-	226,1	3,9
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	295,9	-	295,9	-	0,3
16 - Geleistete Sozialbeiträge	521,4	-	-	521,4	2,9
17 + Empfangene Sozialbeiträge	522,4	86,7	435,2	0,6	1,9
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	478,3	52,6	425,1	0,6	0,4
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	472,2	-	-	472,2	6,5
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers	198,0	73,2	54,3	70,6	4,5
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	161,6	73,7	16,1	71,7	40,9
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 198,8	83,7	490,1	1 625,0	-139,4
23 - Konsumausgaben	1 974,5	-	501,4	1 473,1	-
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-29,1	-	29,1	-
25 = Sparen	224,3	54,6	-11,3	181,0	-139,4
26 - Geleistete Vermögenstransfers	38,3	4,8	27,6	6,0	3,7
27 + Empfangene Vermögenstransfers	37,3	16,2	9,8	11,4	4,7
28 - Bruttoinvestitionen	468,7	264,0	42,0	162,7	-
29 + Abschreibungen	383,7	225,6	44,2	114,0	-
30 - Nettozugang an nichtproduktiven Vermögensgütern	-	0,5	-1,4	0,9	-
31 = Finanzierungssaldo	138,3	27,1	-25,6	136,8	-138,3
<i>Nachrichtlich:</i>					
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 198,8	83,7	490,1	1 625,0	-139,4
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	320,1	-	320,1	-	-
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	320,1	-	-	320,1	-
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 198,8	83,7	170,0	1 945,1	-139,4
38 - Konsum ²	1 974,5	-	181,3	1 793,2	-
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-29,1	-	29,1	-
40 = Sparen	224,3	54,6	-11,3	181,0	-139,4

¹ Für den Sektor Übrige Welt: Importe abzüglich Exporte aus der beziehungsweise an die Übrige Welt.

² Für den Sektor Staat: Kollektivkonsum; für den Sektor Private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck: Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, das heißt einschließlich sozialer Sachtransfers).

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2012

In Milliarden Euro

	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt
1 Bruttowertschöpfung	2 352,5	1 560,2	244,6	547,7	-
2 - Abschreibungen	388,7	228,0	45,5	115,2	-
3 = Nettowertschöpfung ¹	1 963,8	1 332,2	199,1	432,5	-126,9
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 364,8	956,8	203,6	204,4	10,0
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	19,7	10,4	0,1	9,2	-
6 + Empfangene sonstige Subventionen	26,3	23,8	0,4	2,1	-
7 = Betriebsüberschuss/Selbständigeneinkommen	605,6	388,7	-4,2	221,0	-136,8
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 365,8	-	-	1 365,8	8,9
9 - Geleistete Subventionen	25,9	-	25,9	-	6,6
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	299,7	-	299,7	-	7,0
11 - Geleistete Vermögenseinkommen	898,4	780,0	66,0	52,4	199,7
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	951,1	491,2	25,1	434,8	147,0
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 297,9	99,9	228,7	1 969,3	-180,2
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	313,3	69,5	-	243,8	6,2
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	319,2	-	319,2	-	0,3
16 - Geleistete Sozialbeiträge	531,5	-	-	531,5	2,9
17 + Empfangene Sozialbeiträge	532,6	85,3	446,7	0,6	1,9
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	488,8	54,0	434,2	0,6	0,5
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	482,6	-	-	482,6	6,6
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers	202,7	74,3	56,7	71,7	6,4
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	163,8	74,7	16,2	72,9	45,2
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 259,9	62,2	519,9	1 677,8	-142,2
23 - Konsumausgaben	2 036,7	-	519,2	1 517,5	-
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-30,1	-	30,1	-
25 = Sparen	223,1	32,1	0,7	190,4	-142,2
26 - Geleistete Vermögenstransfers	35,8	4,4	25,4	6,0	3,6
27 + Empfangene Vermögenstransfers	34,9	15,9	10,0	9,0	4,5
28 - Bruttoinvestitionen	469,6	263,5	42,0	164,2	-
29 + Abschreibungen	388,7	228,0	45,5	115,2	-
30 - Nettozugang an nichtproduktiven Vermögensgütern	-	0,5	-1,4	0,9	-
31 = Finanzierungssaldo	141,3	7,6	-9,7	143,4	-141,3
<i>Nachrichtlich:</i>					
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 259,9	62,2	519,9	1 677,8	-142,2
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	331,4	-	331,4	-	-
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	331,4	-	-	331,4	-
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 259,9	62,2	188,5	2 009,2	-142,2
38 - Konsum ²	2 036,7	-	187,8	1 849,0	-
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-30,1	-	30,1	-
40 = Sparen	223,1	32,1	0,7	190,4	-142,2

1 Für den Sektor Übrige Welt: Importe abzüglich Exporte aus der beziehungsweise an die Übrige Welt.

2 Für den Sektor Staat: Kollektivkonsum; für den Sektor Private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck: Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, das heißt einschließlich sozialer Sachtransfers).

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2013

In Milliarden Euro

	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt
1 Bruttowertschöpfung	2 444,4	1 626,1	253,1	565,3	-
2 - Abschreibungen	394,2	230,7	46,9	116,6	-
3 = Nettowertschöpfung¹	2 050,3	1 395,4	206,2	448,7	-130,8
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 413,8	991,2	210,9	211,7	10,0
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	19,8	10,4	0,1	9,3	-
6 + Empfangene sonstige Subventionen	26,3	23,8	0,4	2,1	-
7 = Betriebsüberschuss/Selbständigeneinkommen	642,9	417,5	-4,4	229,8	-140,7
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 414,5	-	-	1 414,5	9,3
9 - Geleistete Subventionen	26,0	-	26,0	-	6,6
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	307,8	-	307,8	-	7,1
11 - Geleistete Vermögenseinkommen	929,1	810,0	65,9	53,2	207,6
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	984,7	505,4	25,7	453,7	152,0
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 394,8	112,9	237,1	2 044,7	-186,5
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	327,4	71,8	-	255,6	6,3
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	333,4	-	333,4	-	0,3
16 - Geleistete Sozialbeiträge	547,9	-	-	547,9	3,0
17 + Empfangene Sozialbeiträge	548,9	90,0	458,3	0,6	1,9
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	498,0	55,2	442,3	0,6	0,5
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	491,9	-	-	491,9	6,6
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers	206,6	75,3	58,5	72,8	6,6
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	165,9	75,7	16,5	73,8	47,3
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 354,9	76,3	544,6	1 734,1	-146,7
23 - Konsumausgaben	2 107,6	-	539,7	1 567,8	-
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-31,2	-	31,2	-
25 = Sparen	247,4	45,1	4,8	197,4	-146,7
26 - Geleistete Vermögenstransfers	34,7	4,2	24,6	5,9	3,6
27 + Empfangene Vermögenstransfers	33,8	15,8	10,2	7,9	4,5
28 - Bruttoinvestitionen	494,8	280,3	42,7	171,8	-
29 + Abschreibungen	394,2	230,7	46,9	116,6	-
30 - Nettozugang an nichtproduktiven Vermögensgütern	-	0,5	-1,4	0,9	-
31 = Finanzierungssaldo	145,8	6,6	-3,9	143,2	-145,8
<i>Nachrichtlich:</i>					
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 354,9	76,3	544,6	1 734,1	-146,7
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	343,7	-	343,7	-	-
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	343,7	-	-	343,7	-
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 354,9	76,3	200,9	2 077,7	-146,7
38 - Konsum ²	2 107,6	-	196,1	1 911,5	-
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-31,2	-	31,2	-
40 = Sparen	247,4	45,1	4,8	197,4	-146,7

¹ Für den Sektor Übrige Welt: Importe abzüglich Exporte aus der beziehungsweise an die Übrige Welt.

² Für den Sektor Staat: Kollektivkonsum; für den Sektor Private Haushalte, private Organisationen ohne Erwerbszweck: Individualkonsum (einschließlich Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, das heißt einschließlich sozialer Sachtransfers).

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2012 bis 2013

	2010	2011	2012	2013	2011		2012		2013	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts										
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Erwerbstätige	0,5	1,3	1,0	0,4	1,3	1,3	1,4	0,6	0,0	0,7
Arbeitszeit, arbeitstäglich	1,3	0,4	0,6	0,6	0,2	0,5	0,2	1,1	0,6	0,6
Arbeitstage	0,5	-0,1	-1,2	-0,2	0,8	-1,0	0,0	-2,3	-1,3	0,8
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	2,3	1,6	0,4	0,7	2,4	0,8	1,5	-0,6	-0,7	2,2
Produktivität ¹	1,4	1,4	0,6	1,2	1,6	1,2	-0,4	1,5	2,1	0,3
Reales Bruttoinlandsprodukt	3,7	3,0	1,0	1,9	4,0	2,1	1,2	0,8	1,4	2,4
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen										
a) Milliarden Euro										
Konsumausgaben	1 911,8	1 974,5	2 036,8	2 107,6	959,4	1 015,1	990,1	1 046,6	1 021,7	1 085,9
Private Haushalte ²	1 423,0	1 473,1	1 517,5	1 567,8	716,4	756,8	738,9	778,7	760,2	807,7
Staat	488,8	501,4	519,2	539,7	243,1	258,3	251,2	268,0	261,6	278,2
Anlageinvestitionen	433,6	467,7	479,1	501,6	222,1	245,6	227,5	251,6	236,8	264,8
Ausrüstungen	170,8	183,5	183,9	194,3	87,1	96,4	88,2	95,7	91,3	103,0
Bauten	235,0	255,5	266,2	277,4	121,3	134,3	125,3	140,9	131,2	146,2
Sonstige Anlageinvestitionen	27,8	28,6	29,0	29,8	13,7	14,9	14,0	15,0	14,3	15,5
Vorratsveränderung ³	-4,0	1,0	-9,4	-6,7	7,7	-6,8	1,0	-10,4	3,2	-9,9
Inländische Verwendung	2 341,4	2 443,2	2 506,4	2 602,4	1 189,2	1 254,0	1 218,6	1 287,8	1 261,7	1 340,7
Außenbeitrag	135,5	127,7	126,9	130,8	67,8	59,9	69,6	57,2	67,1	63,6
Exporte	1 159,8	1 289,1	1 354,7	1 468,2	630,3	658,8	667,5	687,2	712,5	755,7
Importe	1 024,4	1 161,5	1 227,8	1 337,5	562,6	598,9	597,9	629,9	645,4	692,1
Bruttoinlandsprodukt	2 476,8	2 570,8	2 633,3	2 733,2	1 257,0	1 313,9	1 288,2	1 345,0	1 328,9	1 404,3
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	2,6	3,3	3,2	3,5	3,5	3,1	3,2	3,1	3,2	3,7
Private Haushalte ²	2,6	3,5	3,0	3,3	3,8	3,2	3,1	2,9	2,9	3,7
Staat	2,7	2,6	3,6	4,0	2,4	2,7	3,4	3,7	4,1	3,8
Anlageinvestitionen	5,9	7,9	2,4	4,7	10,3	5,7	2,4	2,4	4,1	5,2
Ausrüstungen	10,1	7,4	0,2	5,7	11,7	3,8	1,3	-0,7	3,5	7,7
Bauten	3,5	8,7	4,2	4,2	10,2	7,5	3,3	4,9	4,7	3,8
Sonstige Anlageinvestitionen	2,7	3,1	1,3	2,9	2,9	3,2	2,1	0,5	2,6	3,2
Inländische Verwendung	3,8	4,3	2,6	3,8	4,8	3,9	2,5	2,7	3,5	4,1
Exporte	16,5	11,2	5,1	8,4	14,3	8,3	5,9	4,3	6,7	10,0
Importe	16,7	13,4	5,7	8,9	16,1	11,0	6,3	5,2	7,9	9,9
Bruttoinlandsprodukt	4,3	3,8	2,4	3,8	4,6	3,0	2,5	2,4	3,2	4,4
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt										
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro										
Konsumausgaben	1 801,5	1 825,5	1 849,9	1 876,9	893,7	931,8	906,6	943,2	917,7	959,2
Private Haushalte ²	1 338,9	1 357,7	1 374,6	1 394,8	662,7	695,0	672,1	702,5	679,1	715,7
Staat	462,6	467,8	475,3	482,1	230,9	236,8	234,5	240,7	238,6	243,5
Anlageinvestitionen	414,1	440,6	444,7	459,6	209,0	231,6	211,1	233,7	216,7	242,9
Ausrüstungen	175,8	189,1	189,8	201,6	89,0	100,1	90,1	99,7	93,6	107,9
Bauten	205,7	217,6	220,1	223,1	103,9	113,6	104,4	115,7	106,2	116,9
Sonstige Anlageinvestitionen	32,1	33,7	34,4	35,6	15,9	17,8	16,4	18,0	16,9	18,7
Inländische Verwendung	2 228,1	2 283,5	2 301,6	2 345,4	1 121,4	1 162,1	1 130,8	1 170,8	1 150,0	1 195,3
Exporte	1 131,9	1 225,1	1 266,1	1 351,2	601,3	623,8	627,0	639,0	659,3	691,9
Importe	992,0	1 069,1	1 103,5	1 183,1	517,9	551,2	538,8	564,7	572,7	610,5
Bruttoinlandsprodukt	2 368,8	2 439,7	2 463,6	2 510,5	1 204,9	1 234,8	1 218,9	1 244,7	1 235,5	1 275,0
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	0,9	1,3	1,3	1,5	1,4	1,2	1,5	1,2	1,2	1,7
Private Haushalte ²	0,6	1,4	1,2	1,5	1,6	1,2	1,4	1,1	1,0	1,9
Staat	1,7	1,1	1,6	1,4	0,9	1,3	1,6	1,7	1,7	1,1
Anlageinvestitionen	5,5	6,4	0,9	3,3	9,0	4,2	1,0	0,9	2,7	3,9
Ausrüstungen	10,5	7,6	0,4	6,2	11,9	3,9	1,3	-0,4	3,9	8,2
Bauten	2,2	5,8	1,2	1,4	7,4	4,3	0,4	1,8	1,8	1,0
Sonstige Anlageinvestitionen	4,7	4,8	2,2	3,5	4,7	4,9	3,5	1,1	3,1	3,8
Inländische Verwendung	2,4	2,5	0,8	1,9	2,9	2,1	0,8	0,8	1,7	2,1
Exporte	13,7	8,2	3,3	6,7	10,3	6,3	4,3	2,4	5,1	8,3
Importe	11,7	7,8	3,2	7,2	8,7	6,9	4,0	2,4	6,3	8,1
Bruttoinlandsprodukt	3,7	3,0	1,0	1,9	4,0	2,1	1,2	0,8	1,4	2,4

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2012 bis 2013

	2010	2011	2012	2013	2011		2012		2013	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2005= 100)										
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Private Konsumausgaben ²	1,9	2,1	1,8	1,8	2,2	2,0	1,7	1,8	1,8	1,8
Konsumausgaben des Staates	1,0	1,4	1,9	2,5	1,5	1,4	1,8	2,0	2,3	2,6
Anlageinvestitionen	0,4	1,4	1,5	1,3	1,2	1,5	1,4	1,5	1,4	1,2
Ausrüstungen	-0,3	-0,1	-0,2	-0,5	-0,2	-0,1	0,0	-0,3	-0,4	-0,5
Bauten	1,2	2,8	3,0	2,8	2,6	3,0	2,9	3,0	2,9	2,7
Exporte	2,4	2,7	1,7	1,6	3,6	1,9	1,6	1,8	1,5	1,6
Importe	4,5	5,2	2,4	1,6	6,8	3,8	2,1	2,7	1,6	1,6
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,8	1,4	1,9	0,6	1,0	1,3	1,6	1,8	1,9
5. Einkommensentstehung und -verteilung										
a) Milliarden Euro										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	1 815,4	1 899,1	1 969,3	2 044,7	932,2	966,9	968,0	1 001,3	998,9	1 045,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	236,2	243,6	250,4	258,1	118,0	125,7	121,6	128,8	124,7	133,4
Bruttolöhne und -gehälter	1 026,7	1 075,0	1 115,4	1 156,3	512,3	562,8	532,7	582,7	549,4	607,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	552,6	580,5	603,5	630,3	302,0	278,5	313,7	289,8	324,9	305,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	330,6	337,6	328,6	350,1	144,1	193,5	139,5	189,1	147,7	202,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 146,1	2 236,7	2 297,9	2 394,8	1 076,3	1 160,4	1 107,5	1 190,4	1 146,6	1 248,2
Abschreibungen	376,7	383,7	388,7	394,2	192,0	191,7	194,5	194,2	197,2	196,9
Bruttonationaleinkommen	2 522,8	2 620,4	2 686,6	2 788,9	1 268,3	1 352,1	1 302,0	1 384,6	1 343,9	1 445,1
<i>Nachrichtlich:</i>										
Volkseinkommen	1 897,8	1 970,6	2 024,1	2 113,0	944,1	1 026,5	971,4	1 052,7	1 006,8	1 106,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	635,0	651,9	658,3	698,6	313,8	338,1	317,2	341,1	332,7	365,8
Arbeitnehmerentgelt	1 262,9	1 318,7	1 365,8	1 414,5	630,2	688,4	654,3	711,6	674,0	740,4
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2,5	4,6	3,7	3,8	4,9	4,3	3,8	3,6	3,2	4,4
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,1	3,2	2,8	3,1	3,1	3,2	3,1	2,5	2,5	3,6
Bruttolöhne und -gehälter	2,7	4,7	3,8	3,7	5,1	4,3	4,0	3,5	3,1	4,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	2,3	5,0	4,0	4,4	5,3	4,8	3,9	4,0	3,6	5,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	18,2	2,1	-2,7	6,5	3,1	1,4	-3,2	-2,3	5,8	7,0
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	4,6	4,2	2,7	4,2	4,7	3,8	2,9	2,6	3,5	4,9
Abschreibungen	0,9	1,9	1,3	1,4	1,8	1,9	1,3	1,3	1,4	1,4
Bruttonationaleinkommen	4,0	3,9	2,5	3,8	4,2	3,5	2,7	2,4	3,2	4,4
<i>Nachrichtlich:</i>										
Volkseinkommen	5,1	3,8	2,7	4,4	4,0	3,7	2,9	2,6	3,6	5,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	10,5	2,7	1,0	6,1	2,5	2,8	1,1	0,9	4,9	7,2
Arbeitnehmerentgelt	2,5	4,4	3,6	3,6	4,7	4,1	3,8	3,4	3,0	4,1
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte										
a) Milliarden Euro										
Masseneinkommen	1 080,1	1 102,1	1 135,4	1 167,3	531,2	570,9	548,3	587,1	563,3	604,0
Nettolöhne- und -gehälter	688,5	713,7	737,4	760,3	336,2	377,6	348,0	389,5	357,3	403,0
Monetäre Sozialleistungen	476,6	472,2	482,6	491,9	237,2	235,0	242,1	240,5	247,9	243,9
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	85,1	83,9	84,7	84,9	42,2	41,7	41,8	42,9	42,0	42,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	552,6	580,5	603,5	630,3	302,0	278,5	313,7	289,8	324,9	305,4
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-56,8	-57,5	-61,1	-63,4	-29,4	-28,2	-31,2	-29,9	-32,4	-31,0
Verfügbares Einkommen	1 575,9	1 625,0	1 677,8	1 734,1	803,8	821,2	830,8	847,0	855,7	878,4
<i>Nachrichtlich:</i>										
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	28,0	29,1	30,1	31,2	14,3	14,9	14,8	15,4	15,3	15,9
Konsumausgaben	1 423,0	1 473,1	1 517,5	1 567,8	716,4	756,8	738,9	778,7	760,2	807,7
Sparen	180,8	181,0	190,4	197,4	101,7	79,3	106,7	83,7	110,8	86,6
Sparquote in Prozent ⁷	11,3	10,9	11,1	11,2	12,4	9,5	12,6	9,7	12,7	9,7
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Masseneinkommen	3,0	2,0	3,0	2,8	1,8	2,3	3,2	2,8	2,7	2,9
Nettolöhne- und -gehälter	4,1	3,7	3,3	3,1	3,8	3,5	3,5	3,1	2,7	3,5
Monetäre Sozialleistungen	1,2	-0,9	2,2	1,9	-1,8	0,0	2,1	2,4	2,4	1,4
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	0,9	-1,4	1,0	0,3	-2,8	0,1	-0,9	2,9	0,5	0,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	2,3	5,0	4,0	4,4	5,3	4,8	3,9	4,0	3,6	5,4
Verfügbares Einkommen	2,9	3,1	3,2	3,4	3,2	3,1	3,4	3,1	3,0	3,7
Konsumausgaben	2,6	3,5	3,0	3,3	3,8	3,2	3,1	2,9	2,9	3,7
Sparen	4,5	0,1	5,1	3,7	-1,1	1,8	4,9	5,5	3,9	3,5

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2012 bis 2013

	2010	2011	2012	2013	2011		2012		2013	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁸										
a) Milliarden Euro										
Einnahmen										
Steuern	548,9	588,3	618,9	641,1	297,2	291,0	311,0	307,9	319,2	321,9
Sozialbeiträge	418,7	435,2	446,7	458,3	211,2	223,9	217,2	229,5	222,1	236,2
Verkäufe	66,8	72,8	74,3	76,0	35,0	37,8	35,6	38,7	36,4	39,5
Sonstige Einnahmen	45,4	52,5	51,8	52,7	26,6	25,9	25,9	25,9	27,4	25,3
Insgesamt	1 079,75	1 148,68	1 191,66	1 228,14	570,0	578,7	589,7	601,9	605,1	623,1
Ausgaben										
Vorleistungen	120,0	127,0	133,0	137,8	58,2	68,8	61,1	71,9	63,3	74,5
Arbeitnehmerentgelte	194,5	199,7	203,6	210,9	96,7	103,1	97,9	105,7	101,4	109,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	61,9	66,0	66,0	66,0	33,4	32,6	34,4	31,6	34,4	31,6
Subventionen	27,2	26,2	25,9	26,0	12,8	13,3	12,4	13,5	12,5	13,5
Monetäre Sozialleistungen	429,3	425,1	434,2	442,3	213,9	211,2	218,2	216,0	223,4	218,9
Soziale Sachleistungen	203,0	207,7	215,8	224,8	103,3	104,4	107,1	108,7	112,0	112,8
Bruttoinvestitionen	40,8	42,0	42,0	42,7	18,0	24,0	17,3	24,7	17,6	25,1
Sonstige Ausgaben	109,1	80,5	80,8	81,7	39,0	41,5	39,2	41,6	39,1	42,6
Insgesamt	1 185,8	1 174,3	1 201,4	1 232,1	575,3	598,9	587,7	613,6	603,7	628,4
Finanzierungssaldo	-106,0	-25,6	-9,7	-3,9	-5,3	-20,3	2,0	-11,7	1,4	-5,3
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Einnahmen										
Steuern	0,5	7,2	5,2	3,6	9,4	5,0	4,6	5,8	2,6	4,5
Sozialbeiträge	2,2	3,9	2,7	2,6	3,7	4,1	2,8	2,5	2,2	3,0
Verkäufe	5,5	9,1	2,0	2,3	9,7	8,5	1,7	2,3	2,3	2,3
Sonstige Einnahmen	-2,5	15,5	-1,3	1,8	14,9	16,0	-2,4	-0,2	5,5	-2,0
Insgesamt	1,3	6,4	3,7	3,1	7,5	5,3	3,5	4,0	2,6	3,5
Ausgaben										
Vorleistungen	4,5	5,9	4,7	3,6	5,3	6,4	5,0	4,4	3,5	3,6
Arbeitnehmerentgelte	2,5	2,7	1,9	3,6	2,8	2,5	1,3	2,6	3,6	3,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-3,1	6,7	0,0	-0,1	7,3	6,2	3,0	-3,2	-0,1	0,0
Subventionen	0,1	-3,7	-1,0	0,4	-5,9	-1,4	-3,1	1,0	0,4	0,4
Monetäre Sozialleistungen	0,9	-1,0	2,1	1,9	-1,9	0,0	2,0	2,3	2,4	1,3
Soziale Sachleistungen	3,1	2,3	3,9	4,2	2,3	2,4	3,7	4,1	4,5	3,8
Bruttoinvestitionen	-1,5	3,0	-0,1	1,7	5,4	1,2	-3,9	2,8	1,7	1,7
Sonstige Ausgaben	31,9	-26,2	0,4	1,1	4,0	-42,1	0,5	0,3	-0,3	2,3
Insgesamt	3,8	-1,0	2,3	2,6	1,4	-3,1	2,2	2,5	2,7	2,4

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

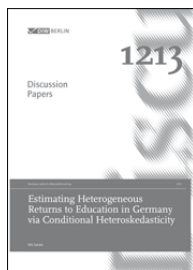
6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Berechnungen des DIW Berlin.

Discussion Papers No. 1213/2012
Nils Saniter

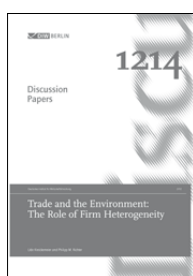


Estimating Heterogeneous Returns to Education in Germany via Conditional Heteroskedasticity

In this paper I investigate the causal returns to education for different educational groups in Germany by employing a new method by Klein and Vella (2010) that bases identification on the presence of conditional heteroskedasticity. Compared to IV methods, key advantages of this approach are unbiased estimates in the absence of instruments and parameter interpretation that is not bounded to local average treatment effects. Using data from the German Socio-Economic Panel Study (SOEP) I find that the causal return to education is 8.5% for the entire sample, 2.3% for graduates from the basic school track and 11% for graduates from a higher school track. Across these groups the endogeneity bias in simple OLS regressions varies significantly. This confirms recent evidence in the literature on Germany. Various robustness checks support the findings.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

Discussion Papers No. 1214/2012
Udo Kreickemeier, Philipp M. Richter

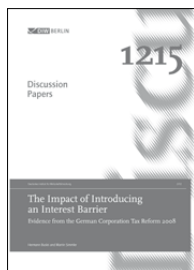


Trade and the Environment: The Role of Firm Heterogeneity

This paper derives a new effect of trade liberalisation on the quality of the environment. We show that in the presence of heterogeneous firms the aggregate volume of emissions is influenced not only by the long-established scale effect, but also by a reallocation effect resulting from an increase in the relative size of more productive firms. We show how the relative importance of these effects, and hence the overall effect of trade liberalisation on the environment, is affected by the emission-intensity at the firm level: Aggregate emissions decrease when trade is liberalised if and only if firm-specific emission intensity decreases strongly with increasing firm productivity.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

Discussion Papers No. 1215/2012
Hermann Buslei, Martin Simmler

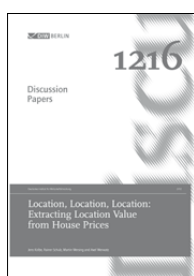


The Impact of Introducing an Interest Barrier: Evidence from the German Corporation Tax Reform 2008

In this study we investigate the impact of the thin capitalization rule (TCR), introduced in Germany in 2008, on firms' capital structure, investment and profitability. The identification of the causal effects is based on the escape clauses in the regulation using a difference-in-difference approach. Our results present evidence that firms strongly react in order to avoid the limited deductibility of interest expenses: They either decrease their debt ratio or split their assets to use the exemption limit. The latter is especially used by firms with an interest result around the exemption limit of the interest barrier. In case the debt ratio is reduced, our results present evidence for a proportional increase of firms' tax base. In general, in the short term, no negative investment effects are caused by the TCR. This suggests that a part of the firms is able to substitute equity for debt at low costs or expects to be able to circumvent the regulation. However, investment might also be fixed in the short-run for example due to long-lasting contracts.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

Discussion Papers No. 1216/2012
Jens Kolbe, Rainer Schulz, Martin Wersing, Axel Werwatz



Location, Location, Location — Extracting Location Value from House Prices

The price for a single-family house depends both on the characteristics of the building and on its location. We propose a novel semiparametric method to extract location values from house prices. After splitting house prices into building and land components, location values are estimated with adaptive weight smoothing. The adaptive estimator requires neither strong smoothness assumptions nor local symmetry. We apply the method to house transactions from Berlin, Germany. The estimated surface of location values is highly correlated with expert-based land values and location ratings. The semiparametric method can therefore be used for applications where no other location value information exists or where this information is not reliable.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Dr. Nicola Jentzsch ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Informationsgesellschaft und Wettbewerb am DIW Berlin.

Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

Ökonomen und Juristen sollten gemeinsam für verbesserten Datenschutz arbeiten

Die Herangehensweise von Ökonomen und Juristen an Probleme des Datenschutzes und der Privatsphäre scheint höchst unterschiedlich. Während Ökonomen sich für den Handel mit persönlichen Daten interessieren, halten Juristen Privatsphäre für ein unveräußerliches Menschenrecht, das nicht einfach verkauft werden kann. Auf dem diesjährigen *Workshop on the Economics of Information Security (WEIS 2012)*, veranstaltet vom DIW Berlin und der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, kamen sich die Fraktionen allerdings ein Stück näher.

Die aktuellen Diskussionen über Google Street View und die Schätzung von Kreditwürdigkeit auf Basis von Facebook-Daten hätten die explosive Mischung von Technologie, Privatsphäre und Datenschutz gezeigt, sagte Nicolas Zimmer, Staatssekretär für Wirtschaft und Forschung in Berlin, zum Auftakt des Workshops. Themen des Datenschutzes und der Privatsphäre, sowie Aspekte der Offenheit und Transparenz seien Teil der Berliner Agenda dieser Wahlperiode, betonte er. Allerdings sei die Politik nicht in der Lage, alle Probleme selbst zu beschreiben und zu lösen: „Wir brauchen die Unterstützung des Forschungssektors, um alternative Lösungen zu entwickeln und über den richtigen Weg in Zukunft zu entscheiden.“

Die meisten der Sprecher auf dem Panel „Wann lernt die Datenschutzpolitik von der Ökonomie der Privatsphäre?“ waren sich einig, dass es sich bei Privatsphäre um eine soziale Norm handelt, die ständigen Veränderungen unterworfen ist. Tot sei Privatsphäre aber noch lange nicht, wie dies gelegentlich in den Medien behauptet werde. Was Menschen auf Facebook und in anderen sozialen Netzen veröffentlichten, sei nicht wirklich sensitiv, aber letzteres hänge oft vom Kontext ab. Gerade diese Aspekte erschweren allerdings das gemeinsame juristische und ökonomische Verständnis von Privatsphäre.

Wichtige Fragen, die gemeinsam angegangen werden müssten, so die Sprecher auf dem Panel, seien jene des Wettbewerbs, der Wettbewerbspolitik und die Interaktion beider mit dem Datenschutz. So kann letzterer ein

Verkaufsargument für Firmen werden. Wie genau diese Fragen aber zusammenhängen, muss in Zukunft sehr viel besser untersucht werden, da hier nicht nur die EU-Kommission ein tieferes Verständnis entwickeln muss, sondern auch die amerikanische Wettbewerbsbehörde.

Auf dem Workshop diskutierten Juristen und Ökonomen auch Ansätze zu Datenschutz-Gütesiegeln, wie sie im Augenblick von der EU-Kommission befürwortet werden. Solche Gütesiegel zertifizieren die Compliance von IT-Produkten und -Dienstleistungen mit Datenschutz-Gesetzen. Es zeigt sich, dass dynamische Betrachtungen, wie sich Märkte für Siegel entwickeln könnten oder ob Interessenskonflikte zwischen verleihenden Institutionen und zertifizierten Unternehmen entstehen, sehr fruchtbar sein können – auch für Juristen.

Doch wie können und sollen sich die verschiedenen Professionen in Zukunft austauschen? Ein wichtiger Aspekt ist, dass (Experimental-)Ökonomen helfen könnten, ein besseres Verständnis dafür zu entwickeln, wie sich juristische Maßnahmen (zum Beispiel Datenschutz-Siegel) tatsächlich auf das Verbraucherverhalten auswirken. Dies sollte auf Basis von kontrollierten Laborexperimenten untersucht werden, flankiert von Feldexperimenten. So ist es von absoluter Wichtigkeit, nicht (nur) auf Umfragedaten zu vertrauen, sondern vielmehr zu beobachten, was Personen real im Internet tun. Hierzu zählt, ob sie ihre Privatsphäreneinstellungen verändern oder ob Siegel ihr Einkaufsverhalten beeinflussen, denn nur dann entwickeln diese eine disziplinierende Wirkung.

Ökonomen können der Politik und damit Juristen helfen, Regulierungen zu entwerfen, die das Verbraucher-Verhalten in Bezug auf persönliche Daten besser einbeziehen. Maßnahmen können dadurch effektiver werden. Doch selbst wenn das gemeinsame Verständnis von Juristen und Ökonomen in Bezug auf Verbraucher-Verhalten, Datenschutz-Maßnahmen und Spiel der Marktkräfte besser entwickelt wird, muss immer im Bewusstsein bleiben, dass Privatsphäre als soziale Norm, Konvention oder Vorstellung ständigen Veränderungen unterworfen ist.